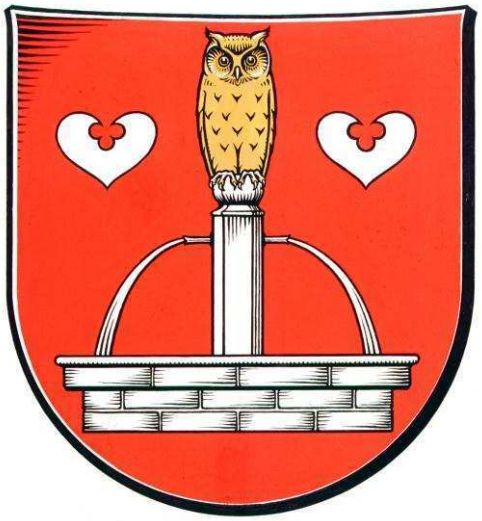


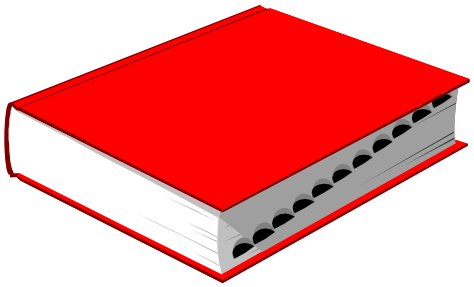
Stadt Quickborn
Berichte zur Jahresmitte 2012

Berichtswesen der Stadt Quickborn

Berichte zur Jahresmitte 2012

siehe auch Beratungsvorlage **IX/576**

Inhalt



	Seite
Produktorientierte Finanzberichte	
Zusammenfassende Betrachtung	8
1 Zentrale Verwaltung	
11101 Gemeindeorgane, Verwaltungssteuerung	10
11102 Innere Verwaltungsangelegenheiten	11
11103 Rechtsamt	12
11104 Finanzverwaltung	13
11105 Liegenschaftsverwaltung	14
11107 Gleichstellungsbeauftragte	15
12100 Statistik und Wahlen	16
12201 Ordnungsaufgaben	16
12202 Melde- und Personenstandswesen	17
12600 Brandschutz	18
2 Schule und Kultur	
21100 Grundschulen	20
21600 Regionalschule	21
21700 Gymnasien	23
22100 Sonderschulen	25
24100 Schülerbeförderung	26
24300 Sonstige schulische Angelegenheiten	27
24310 Mittagsversorgung (Betrieb gewerbl. Art)	28
26200 Musikpflege	29
26300 Musikschulen	29
27100 Volkshochschule	30
27200 Bücherei	31

28100 Heimat- und sonstige Kulturpflege	32
3 Soziales und Jugend	
31100 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	33
31200 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II	34
31501 Beseitigung von Obdachlosigkeit	35
31502 Sonstige soziale Einrichtungen / Aussiedler	36
33100 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	37
36200 Jugendarbeit	38
36501 Kindertagesstätte Zauberbaum	39
36502 Zuschüsse an Kindertagesstätten	40
36600 Einrichtungen der Jugendarbeit	41
36700 Suchtberatung	42
4 Gesundheit und Sport	
42100 Förderung des Sports	42
42401 Sporthallen und Außensportanlagen	43
42402 Freibad	44
5 Gestaltung der Umwelt	
51100 Räumliche Planung und Entwicklung	45
52100 Bau- und Grundstücksordnung	46
52200 Wohnungsbauförderung	47
53500 Kombinierte Versorgung	48
53700 Abfallwirtschaft	49
53800 Oberflächenentwässerung (Abwasserbeseitigung)	50
54100 Gemeindestraßen	52
54600 Parkeinrichtungen	55
54700 ÖPNV	55
55102 Spielräume für Kinder und Jugendliche	56
55400 Naturschutz und Landschaftspflege	57
57100 Wirtschaftsförderung	59
57301 Märkte	59
57302 Dorfgemeinschaftshaus Renzel	60
57303 Sport- und Begegnungsstätte Quickborn	61

57304 Bauhof 62

6 Zentrale Finanzleistungen

61100 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen 63

61200 Sonstige allg. Finanzwirtschaft 65

Finanzvergleich der Mittelstädte

Entwicklungsberichte

Personalentwicklung, Personalplanung, Sammelnachweis Personalausgaben 68

Sozialdaten, Sozialleistungen 76

Wirtschaftsdaten 83

Gewerbebetriebe 88

Steuerentwicklung 92

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren 97

Wichtige Angelegenheiten 2012

Comenius Schule Quickborn - Sanierung Aula-Gebäude und Aussenanlagen 108

Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium – Altbausanierung und Aussenanlagen 109

Schulzentrum Süd – Sanierung der Sporthalle und der Schulgebäude 110

Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh 110

Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt und Hasloh, Datenübernahme Finanz-software 111

Regionales Entwicklungskonzept REK A/7 Süd 111

Planfeststellungsverfahren der Tennet zum sog. Ersatzneubau einer 380 KV-Leitung 114

Planfeststellungsverfahren der DEGES zum 6-spurigen Ausbau der A 7 115

NORDGATE 116

Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung 117

Statusbericht Photovoltaikanlage Lilli-Henoch-Halle 117

Verschuldungssituation der Stadt Quickborn und Zinsentwicklung 118

Bildung des Fachbereiches 11 “Tiefbauten und Kommunalbetriebe“ 120

Kommunalbetriebe der Stadt Quickborn 120

Übernahme der Sparten Bauhof, Abwasser und Freibad von den Kommunalbetrieben 121

Haus 25 - Umzug und Einrichtung des Kinder- und Jugendbüros 121

Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn 122

Rückblick auf wichtige Veranstaltungen im Berichtszeitraum 123

20 Jahre Amt der Gleichstellungsbeauftragten in Quickborn	124
Vergabeverfahren	124
Beitragsangelegenheiten	124
Durchführung der Landtagswahl	124
Asylbewerber – verstärkte Zuweisung	125
Öffentliche Sicherheit und Feuerwehr	125
EDV-Zweckverband Kommunit	125
Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein	125
Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Quickborn	126
Ausführung von Beschlüssen	127

Stadt Quickborn

Produktorientierte Finanzberichte

(Der Turm des DBG wird abgerissen)

Finanzbericht

Zusammenfassende Betrachtung

1. Weiterentwicklung des Finanzberichtes

   Entsprechend der Beratung in der Sitzung des Finanzausschusses am 24.04.2012 (Protokoll Nr. 4/2012-IX, TOP 4) wurde die Spaltennummerierung entfernt und die Beträge zum Personalaufwand für die Jahre 2009 und 2010 gestrichen. Für diese Jahre wird nun auch die Summe nicht mehr mit aufgeführt, da sie nicht vergleichbar ist.

2. Jahresabschluss 2012

   Mit der Fortschreibung der mittel- und langfristigen Finanzplanung 2012 – 2021 zum Haushalt 2013 wurde offensichtlich, dass der im Haushalt 2012 geplante Ansatz für Personalaufwendungen um rd. 1 Mio. € überschritten wird.
   Weiterhin stehen derzeit noch Steuererträge in Höhe von rd. 1,5 Mio. € aus. Dem stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von rd. 0,3 Mio. € gegenüber.
   In Kenntnis dieser Lage hat der Bürgermeister am 19.06.2012 eine Haushaltssperre von 5 % auf die Ansätze aller Investitions- und Aufwandskonten erlassen. Ausgenommen hiervon sind Auszahlungen, die einer gesetzlichen oder rechtlichen Verpflichtung unterstehen. Es wird eine Einsparung von 0,6 Mio. € erwartet.
   Der Haushaltsplan 2012 weist einen Überschuss von 70.700 € aus. Unter Berücksichtigung der vorgenannten Punkte, sollte mit einem Fehlbetrag von rd. 1 Mio. € zum Jahresende gerechnet werden.

3. Personalaufwand

   Der Haushaltsansatz für Personalaufwendungen ist für 2012 zu niedrig angesetzt. Die Planungen zur Aufstellung des Haushaltes 2012 waren zu ehrgeizig. Es wurde davon ausgegangen, dass der Personalmehrbedarf sowie die Besoldungs- und Tariferhöhungen - wie in der Vergangenheit geschehen – aufgefangen werden. In den letzten Jahren ist es immer wieder gelungen, die Mehraufwendungen durch Nichtbesetzen von Stellen des Stellenplanes, krankheitsbedingten Ausfällen, dem Auslaufen von befristeten Verträgen, dem Verzicht auf sofortige Stellennachbesetzungen, dem Verzicht auf Ersatzbesetzungen bei längerfristigen Ausfällen sowie durch Erstattungen Dritter zu einem Großteil zu kompensieren. Aufgrund der Vielzahl von Projekten, zusätzlicher Aufgaben und der in fast allen Bereichen individuellen starken Arbeitsplatzbelastungen können die Maßnahmen zur Reduzierung von Personalkosten nicht mehr umgesetzt werden.

   Die Personalkosten betrugen im Jahr 2010 rd. 7,350 Mio. €, für das Jahr 2011 wurden rd. 7,8 Mio. € eingeplant. Im Bericht zur Jahresmitte 2011 wurde bereits angekündigt, dass das Budget ausgeschöpft wird. Letztlich betrugen die Personalkosten im Jahr 2011 rd. 7,835 Mio. €. Die Personalkosten belaufen sich für 2012 (ohne Zuführungen für Rückstellungen, Versorgungsaufwendungen, Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder) auf voraussichtlich 8,1 Mio. €. Die Steigerung beträgt damit 3,3 % bei einer Tarifsteigerung von 3,5 % ab 01.03.2012. Die höheren Personalkosten sind bei der Prognose zum Jahresende beim Personalaufwand entsprechend zu berücksichtigen.

   In der ersten Jahreshälfte 2012 wurden zusätzlich vier Beschäftigte eingestellt, die dem Jobcenter zugewiesen wurden. Den höheren Personalaufwendungen für das zusätzliche

Personal, das beim Jobcenter beschäftigt wird, stehen die Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüber.

Nachfolgend sind die einzelnen Produkte mit Erläuterungen zu Erträgen, Aufwendungen und den geplanten Investitionsmaßnahmen aufgeführt. In der Tabelle zu jedem Produkt wurden die Personalaufwendungen zum Stand 01.07.2012 verdoppelt und der Betrag in die Spalte „Prognose zum Jahresende“ aufgenommen. Die Haushaltssperre wurde bei den Investitionen und in der Spalte „Prognose zum Jahresende“ nicht berücksichtigt, es wurden aber die tatsächlich schon bekannten Änderungen aufgeführt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
11101	**Gemeindeorgane, Verwaltungssteuerung**	**Herr Lattmann / Herr Gercken**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**85**	**111**	**132**	**119**	**62**	**107**
Personalaufwand in T€			**502**	**448**	**344**	**688**
Stellenanteil		*6,73*	*6,62*	*6,62*		
Bilanzbuchungen in T€	**-8**	**-111**	**-15**	**0**	**0**	**0**
Summe			**619**	**567**	**406**	**795**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2010 haben sich die Fraktionen der Ratsversammlung auf Kürzungen im Bereich der Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder verständigt. Seit der Neuwahl von Ausschüssen am 03.05.2010, sowie erneut am 31.01.2011, gibt es jedoch mehr Ausschussmitglieder und Funktionsträger, die Anspruch auf Sitzungsgeld und Aufwandsentschädigung haben. Zudem wurde die Entschädigungssatzung rückwirkend zum 01.05.2010 geändert, wodurch ebenfalls weitere Personen Anspruch auf Sitzungsgeld haben. Die gewünschten Einsparungen konnten daher nicht erreicht werden. Die Aufwendungen beliefen sich in 2010, wie bereits im Vorjahr, auf rund 90.000 €.
Zum 01.12.2010 wurde die Landesverordnung über Entschädigungen in kommunalen Ehrenämtern (Entschädigungsverordnung – EntschVO) geändert, sodass seitdem höhere Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder zu leisten sind. Der Ansatz für Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen wurde daher in 2011 um ca. 10.000 € überschritten. Die Deckung erfolgte im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten. Für die folgenden Jahre sind die Ansätze entsprechend erhöht worden.

Im Jahr 2010 sind die Geschäftsaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um ca. 20.000 € gestiegen, u.a. weil Mittel für besondere Beauftragungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Verwaltungskooperation mit der Gemeinde Bönningstedt benötigt wurden. Hinzu kamen Versorgungsaufwendungen des Fachbereiches 9 als außerordentlicher Aufwand.
Im Jahr 2011 sind weitere Mittel für besondere Beauftragungen und Prüfaufträge im Zusammenhang mit den geplanten Verwaltungskooperationen mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh angefallen. Ferner ist der in 2010 erteilte Auftrag im Zusammenhang mit der Beratung in Sachen „Großküche Quickborner Schulen“ in 2011 kassenwirksam geworden. Er wurde aus dem u.a. hierfür ins Jahr 2011 übertragenen Haushaltsrest beglichen, der damit vollständig aufgebraucht wurde. Für 2012 kann davon ausgegangen werden, dass der Ansatz für Geschäftsaufwendungen nicht in voller Höhe benötigt wird. Bei der Prognose zum Jahresende 2012 wurde die verhängte Haushaltssperre von 5 % berücksichtigt.

Die Reduzierung der Stellenanteile um 0,11 erfolgte durch interne Verschiebungen im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management.

Die Abweichungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Entnahmen aus und Zuführungen an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
11102	**Innere Verwaltungsangelegenheiten**	**Herr Putz**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**443**	**495**	**536**	**614**	**532**	**614**
Personalaufwand in T€			**501**	**433**	**357**	**527**
Stellenanteil		*7,32*	*7,32*	*7,32*		
Bilanzbuchungen in T€	**110**	**105**	**83**	**71**	**0**	**71**
Summe			**1.120**	**1.118**	**889**	**1.212**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der steigende Zuschussbedarf ist vorrangig auf die allgemeine Kostenentwicklung und die Übernahme zusätzlicher Aufgaben in der EDV-Betreuung durch Kommunit zurückzuführen.

In 2012 wurde eine 5 %'ige Haushaltssperre verhängt. Auf die Umlagehöhe für Kommunit hat dies keine Auswirkung, da hier eine rechtliche Verpflichtung besteht.

Die Erträge haben sich seit 2011 aufgrund geringerer Erstattungen verringert.

Die Sachaufwendungen 2012 liegen im Rahmen der Planung. Die Haushaltssperre wird bei nicht vertraglich vereinbarten Leistungen zu entsprechenden Einsparungen führen.

Der Ansatz für Personalaufwendungen wird in 2012 nicht ausreichen. Es ist nicht möglich, durch geeignete Maßnahmen Personalkosten einzusparen. Auf die Ausführungen in der zusammenfassenden Betrachtung wird hierzu verwiesen. Weiterhin wurde der Haushaltsansatz für Beihilfe- und Unterstützungsleistungen und dgl. in Höhe von 79.700 € bereits Mitte des Jahres überschritten. Allein die Abschlagszahlungen für die Beihilfekasse, die im Voraus zu bezahlen sind, betragen in 2012 insgesamt 91.692 €. Außerdem waren für die gesetzliche Unfallversicherung insgesamt 32.400 € zu begleichen. Der Prognoseansatz wurde daher nicht „einfach" verdoppelt, sondern aufgrund der vorgenannten Zahlungen, die für das ganze Jahr geleistet worden sind, genauer berechnet.

Die Bilanzbuchungen erfolgen im Rahmen des Jahresabschlusses 2012.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
11103	**Rechtsamt**	**Herr Knees**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**168**	**63**	**86**	**172**	**41**	**172**
Personalaufwand in T€	**153**		**216**	**206**	**115**	**230**
Stellenanteil		*3,00*	*3,00*	*3,00*		
Bilanzbuchungen in T€	**-131**	**1**	**97**	**120**	**0**	**120**
Summe			**399**	**498**	**156**	**522**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Differenz bei den Sachaufwendungen zwischen dem Haushaltsansatz und dem Stand 01.07.2012 beträgt 131.000 €.
Dieses resultiert im wesentlichen daraus, dass die Verfahrensrückstellung (120.000 €) bisher nur in Höhe von rund 21.000 € in Anspruch genommen werden musste, da laufende Verfahren und beabsichtigte Klageverfahren bisher nicht abgeschlossen bzw. eingeleitet wurden (z.B. 380 KV-Leitung). Der Ansatz für Gerichts- und Anwaltskosten (40.000 €) für Fälle des laufenden Jahres wurde bisher mit rund 11.000 € ausgeschöpft.
Die Abrechnung von Gerichts- und Anwaltskosten steht noch aus.

Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen resultieren aus der Bildung und Auflösung der in jedem Jahr unterschiedlichen Verfahrensrückstellung. In 2009 kommt weiterhin ein Ertrag aus der Auflösung einer Sicherheitsleistung von 140.000 € für den Bau der Abbiegespur Friedrichsgaber Weg hinzu.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
11104	**Finanzverwaltung**	**Frau Wölfel**	**FA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-33**	**-56**	**-50**	**-35**	**-29**	**-45**
Personalaufwand in T€			**271**	**251**	**170**	**340**
Stellenanteil		*5,35*	*5,05*	*4,55*		
Bilanzbuchungen in T€	**12**	**25**	**66**	**0**	**0**	**0**
Summe			**287**	**216**	**141**	**295**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2010 konnten mit rd. 60.000 € rd. 10.000 € mehr Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren eingenommen werden als in den beiden Vorjahren. Weiterhin sind in 2010 die Geschäftsaufwendungen um rd. 7.000 € im Vergleich zu den beiden Vorjahren gesunken. Im Jahr 2009 führten die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B (Bescheiddruck und Versand) und die 2 Informationsveranstaltungen zur Haushaltslage der Stadt zu höheren Aufwendungen.

Im Jahr 2011 beträgt der Ansatz für Säumniszuschläge, Mahn- und Vollstreckungsgebühren 55.000 €. Zum Jahresende wurden Gebühren von rd. 65.000 € eingenommen, so dass der Ansatz um 10.000 € überschritten worden ist. Die Hälfte der Mehrerträge wurde verwendet, um zusätzliche Kosten bei den Geschäftsaufwendungen zu decken.

In 2012 kann voraussichtlich wieder mit Säumniszuschlägen, Mahn- und Vollstreckungsgebühren von 65.000 € gerechnet werden (Ansatz 55.000 €), so dass das Ergebnis auch um 10.000 € günstiger ausfallen wird.

Beim Stellenanteil wurden2011 0,3 Stellenanteile bei der Geschäftsbuchhaltung reduziert. In 2012 wurde ein Anteil von 0,5 Stellen den Produkten 61100 und 61200 zugeordnet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
11105	**Liegenschaftsverwaltung**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**15**	**42**	**-310**	**-441**	**21**	**-450**
Personalaufwand in T€			**353**	**311**	**148**	**296**
Stellenanteil		*6,26*	*6,76*	*6,96*		
Bilanzbuchungen in T€	**42**	**54**	**141**	**222**	**36**	**222**
Summe			**184**	**92**	**205**	**68**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Grundstücksverkauf Talstraße ist abgeschlossen. Der Haushaltsansatz 2011 konnte durch den Verkaufserlös erfreulicherweise überschritten werden. Weitere Mehrerträge konnten durch Abrechnung über die im März 2010 neu verabschiedete Verwaltungsgebührensatzung, insbesondere für Aufgrabescheine, erzielt werden. Dank dieser Mehrerträge konnten hieraus Mittel in Höhe von 8.926,37 € dem Produkt 54100-522100 (Straßenunterhaltung) für eine überplanmäßige Ausgabe (ÜPL) zur Verfügung gestellt werden. Weiterhin dienten die Mehrerträge bei den Gebühren zur Deckung einer ÜPL in Höhe von 3.300 € beim Produkt 42401-785103 (Außensportanlagen, Kunstrasenspielfeld Mühlenberg).

Der Ansatz für 2012 beinhaltet Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken in Höhe von rund 500 T€. Die Einnahmen fließen im zweiten Halbjahr.

Im Bereich der Hochbauunterhaltung „Allgemeine Liegenschaftsverwaltung“ sind bereits Mehrausgaben durch den Umbau des Hauses „Am Freibad 25“, Nutzer Stadtjugendpflege, entstanden. Die Mehrausgaben sind über den Sammelnachweis Hochbauunterhaltung gedeckt. Der Umzug der Stadtjugendpflege ist zwischenzeitlich erfolgt.

Prognose zum Jahresende:

Für den neuen Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe ist der Umbau des Hauses „Am Freibad 27“ zwingend erforderlich. Dadurch werden weitere Mehrausgaben anfallen, die jedoch nicht zu einer Überschreitung des Haushaltsrahmens führen, da die Deckung ebenfalls über den Sammelnachweis Hochbauunterhaltung durch Verschiebung anderer Maßnahmen gewährleistet ist.

Die Stellenanteile haben sich in 2011 um 0,5 im Bereich der Hausmeister erhöht und in 2012 um 0,2 für Gebäudeleittechnik.

Bei den Bilanzbuchungen wurden im Jahr 2012 zentral bei 11105 die Aktivierung von Eigenleistungen von 200 T€ veranschlagt. Diese werden im Rahmen des Jahresabschlusses auf die einzelnen Produkte verteilt. Die aufgeführten 36 T€ resultieren aus der Herausbuchung des letzten Teilstücks des Grundstücks Talstraße.

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	**500.000,00**	**50.767,34**	**449.232,66**
2. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	**150.000,00**	**0,00**	**150.000,00**
3. Pauschale Planungskosten zzgl. Haushaltsrest 2011	**10.000,00** **4.232,60**	**2.931,81**	**11.300,79**
Rest 2011:			
4. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	**104.673,45**	**10.882,50**	**93.790,95**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden	Bisher wurde die Abwicklung von landschaftspflegerischen Ausgleichsmaßnahmen und der Erschließung der verkauften Grundstücke Talstraße verbucht. Die noch ausstehenden Einnahmen aus der Veräußerung weiterer Grundstücke an der Kieler Straße und am Amselweg fließen im zweiten Halbjahr.
2. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Siehe Erläuterungen zu Ziffer 4.
3. Pauschale Planungskosten	Beauftragt wurde ein Ingenieurbüro mit der Erfassung des baulichen Zustandes des Regenwasserkanals im Bereich Am Mühlenberg und Ziegenweg mit Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes. Es erfolgte bereits die 1. Abschlagsrechnung. Die Ingenieurmäßige Beurteilung des Zustandes der Regenwasserkanalisation in der Bahnstraße wird für den August 2012 erwartet. Abrechnung erfolgt zeitgleich.
Rest 2011:	
4. Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	Die Mittel sind vorgesehen für Grundstückskäufe im Zusammenhang mit noch in der Aufstellung befindlichen Bebauungsplänen. Die Gelder konnten aufgrund schwieriger Verhandlungen bisher noch nicht ausgegeben werden.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
11107	**Gleichstellungsbeauftragte**	**Frau Glock-Pick**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**4**	**6**	**7**	**6**	**3**	**6**
Personalaufwand in T€			**25**	**23**	**12**	**23**
Stellenanteil		*0,50*	*0,50*	*0,50*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**	**0**
Summe			**32**	**29**	**15**	**29**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Gleichstellungsbeauftragte verfügt in der Regel über keine Erträge, d.h. die Aufwendungen sind fast ausschließlich über einen Zuschuss aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Der Ansatz für den Sachaufwand wird voraussichtlich voll ausgeschöpft. Wiederkehrende Angebote wie der Alleinerziehendentreff müssen durchgängig finanziert werden. Die Beratungen von Frau & Beruf, die Frauengeschichtswerkstatt sowie die Ausstellung zum Equal Pay Day erfordern nur sehr geringe finanzielle Mittel. Hinzu kommen die Honorare für Vorträge zu Elternzeit/Elterngeld, Trennung/Scheidung, HPV-Impfung für junge Mädchen, zum Bundesgleichstellungsbericht anlässlich des zwanzigjährigen Jubiläums der Gleichstellungsstelle in Quickborn und für den Internationalen Frauentag. Der Girls Day und die Modulschulung für Frauen in Führungspositionen für Kolleginnen in der Verwaltung beanspruchen etwas mehr finanzielle Mittel. Im zweiten Halbjahr 2012 werden das Theaterstück 2 x Heimat im Rahmen der Interkulturellen Woche sowie die Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“ zusätzlich zu finanzieren sein. Darüber hinaus soll versucht werden, den Familienwegweiser Quickborn zu aktualisieren und drucken zu lassen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
12100	**Statistik und Wahlen**	**Herr Dentzin**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-1**	**9**	**0**	**11**	**7**	**7**
Personalaufwand in T€			**29**	**30**	**22**	**44**
Stellenanteil		*1,10*	*1,10*	*1,10*		
Bilanzbuchungen in T€	**-1**	**7**	**0**	**0**	**0**	**0**
Summe	**21**		**29**	**41**	**29**	**51**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Die im Jahr 2010 entstandenen Wahlkosten für die Bürgermeisterwahl mit Stichwahl sind genauso wie die Kosten für die Kommunalwahlen in 2008 zu 100 % von der Stadt zu tragen. Eine Wahlkostenerstattung (im Gegensatz zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen) gibt es nicht.

Der Ansatz in 2011 wird nicht benötigt, da in 2011 keine Wahlen stattfinden.

Der Ansatz wird 2012 nicht vollständig ausgeschöpft; eine Wahlkostenerstattung des Landes bei der Landtagswahl 2012 erfolgt nicht.

Bei den **Bilanzbuchungen** 2010 von 7 T€ handelt es sich um eine Zuführung an die Pensionsrückstellung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
12201	**Ordnungsaufgaben**	**Frau Lohse**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-27**	**-30**	**-25**	**-19**	**-16**	**-19**
Personalaufwand in T€			**263**	**271**	**168**	**336**
Stellenanteil		*5,63*	*5,63*	*5,63*		
Bilanzbuchungen in T€	**21**	**6**	**42**	**3**	**0**	**3**
Summe			**280**	**255**	**152**	**320**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

1. Die Erträge aus Bußgeldern sanken von 2009 zum Jahr 2010 um rd. 10.000 €, da 2 Mitarbeiter länger erkrankt waren.
2. Dagegen waren im Jahr 2009 vermehrt Aufwendungen für die Unterbringung von als gefährlich eingestuften Hunden und die Entsorgung von Altautos und Wohnwagen zu leisten.
3. Die bis zur Mitte 2012 getätigten Aufwendungen und eingegangenen Erträge entsprechen der Planung für dieses Jahr.

Die Beträge bei den Bilanzbuchungen resultieren aus Entnahmen aus und Zuführungen an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
12202	**Melde- und Personenstandswesen**	**Herr Dentzin**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-53**	**-75**	**-80**	**-74**	**-42**	**-83**
Personalaufwand in T€			**445**	**395**	**219**	**258**
Stellenanteil		*8,87*	*8,87*	*8,87*		
Bilanzbuchungen in T€	**-26**	**-1**	**7**	**0**	**0**	**0**
Summe			**372**	**321**	**177**	**175**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand:2010: Die Verwaltungsgebühren haben sich von ca. 124.000 € in 2009 auf ca. 145.000 € in 2010 erheblich erhöht. Dieses hängt neben zusätzlichen Standesamtsgebühren (u.a. Eheschließungen außerhalb der Öffnungszeiten) maßgeblich von einer verstärkten Nachfrage nach dem „alten“ (d.h. noch vor dem 01.11.2010) sowie nach dem deutlich teureren neuen Personalausweis (ab 01.11.2010 u.a. in Checkkartenformat) ab; zumal die Beschaffungskosten in 2010 von ca. 63.000 € auf ca. 67.000 € nur leicht angestiegen sind (Ansatz 2012: 80.000 €).

Der Wegfall von Druck und Versand der Lohnsteuerkarten führt zu einer Ersparnis von ca. 5.000 €. Der Betrag wird ab 2011 nicht mehr benötigt.

2011: Die Verwaltungsgebühren haben sich gegenüber dem Vorjahr (146.000 €) bzw. dem Ansatz (145.000 €) nochmals erheblich auf über 191.000 € erhöht. Diese erneute Steigerung ist primär auf die erhebliche Gebührenerhöhung bei dem Personalausweis zum 01.11.2010 zurückzuführen, wobei gleichzeitig den Mehrerträgen höhere Beschaffungskosten für den neuen Personalausweis (Vergleich 2010: 67.000 € gegenüber 2011 i.H.v. 104.000 €) und einem nicht unerheblich höheren Verwaltungsaufwand gegenüberstehen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Erträge sich nach Abzug der Aufwendungen gegenüber dem Jahr 2008 mit 42.000 € (Vergleich: 2009 mit 53.000 € und 2010 mit 75.000 €) in 2011 mit 82.000 € fast verdoppelt haben. Gründe -wie oben ausgeführt- sind die allg. Gebührenerhöhungen insbesondere beim Personalausweis aber auch im Standesamt sowie durch vermehrte Eheschließungen außerhalb der Öffnungszeiten.

2012: Sowohl die Erträge als auch die Aufwendungen erfolgen planmäßig, wobei die zu erwartenden Verwaltungsgebühren (ca. 200.000 € in 2012) abzüglich Sachaufwendungen (ca. 117.000 € in 2012) gegenüber dem Vorjahr sogar noch leicht ansteigen werden.

Bei den **Bilanzbuchungen** 2009 konnte ein Teil der Urlaubs- und Überstundenrückstellung aufgelöst werden; dies führte zu Erträgen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
12600	**Brandschutz**	**Frau Lohse**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**106**	**155**	**180**	**174**	**72**	**174**
Personalaufwand in T€			**162**	**149**	**96**	**192**
Stellenanteil		*3,45*	*3,45*	*3,45*		
Bilanzbuchungen in T€	**72**	**111**	**157**	**76**	**2**	**76**
Summe			**499**	**399**	**170**	**442**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

1. Im Jahr 2008 konnten rd. 72.300 € an Benutzungsgebühren für Feuerwehreinsätze erzielt werden, 2009 rd. 25.000 € und im Jahr 2010 rd. 8.000 €. Im Jahr 2011 wurden bisher knapp 10.000 € eingenommen. Die Abrechnung für das 2. Halbjahr 2011 erfolgt Anfang 2012.
2. Aus der Veräußerung von 2 Fahrzeugen (Unimog und Mannschaftstransportwagen) der Feuerwehr konnte 2010 ein Gesamtbetrag von 21.171 € erzielt werden.
3. Die bis zur Mitte 2012 getätigten Aufwendungen und eingegangenen Erträge entsprechen der Planung für dieses Jahr.

Bei den Bilanzbuchungen erhöhen sich bis 2011 aufgrund der getätigten Investitionen die Abschreibungen, ab 2012 steht die Auflösung von erfolgten Zuweisungen dagegen und der Wegfall von abgeschriebenem Vermögen.

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Atemschutzgeräte	**28.000,00**	**0,00**	**28.000,00**
2. Einsatzleitwagen	**120.000,00**	**0,00**	**120.000,00**
3. Feuerwache, Abscheideranlage	**55.000,00**	**0,00**	**55.000,00**
Reste 2011:			
4. Feuerwache EDV	**15.000,00**	**15.000,00**	**0,00**
5. Feuerwache Sanierung und Erweiterung	**155.032,94**	**266.625,87**	**-80.833,37**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Atemschutzgeräte	Bestellung ist erfolgt, Lieferung und Rechnungstellung im 2.Halbjahr.
2. Einsatzleitwagen	Ausschreibung erfolgt im 2. Halbjahr, Lieferung voraussichtlich 2013.
3. Feuerwache, Abscheideranlage	Ein Abstimmungsgespräch mit Vertretern der Feuerwache hat stattgefunden. Derzeit werden Angebote eingeholt. Auftragsvergabe erfolgt im 2. Halbjahr.
Reste 2011:	
4. Feuerwache EDV	Die Mittel für die EDV wurden vollständig für die Installation der Anlagen verbraucht.
5. Feuerwache Sanierung und Erweiterung	Die Baumaßnahme ist abgeschlossen. Derzeit laufen Mängelbeseitigungsarbeiten. Es stehen noch einige Schlussrechnungen (z.B. Generalplaner) aus. Im Zusammenhang mit der Sanierung der Feuerwache ist – nachdem das der Feuerwehr benachbarte Grundstück erworben werden konnte- die Parkplatzsituation neu geplant und vollständig anders gelöst worden. Auf dem Gelände wurde zusammenhängend eine Parkfläche für die Feuerwehreinsatzkräfte geschaffen, die vollumfänglich den Forderungen der Unfallkasse entsprach. Hierfür waren Mittel von 150.000 € erforderlich, die im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe zur Verfügung gestellt werden mussten – vgl. Unterrichtungen im Ausschuss für kommunale Dienstleistungen vom 05.10.2010 (Protokoll Nr. 7/2010-IX)-.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
21100	**Grundschulen**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**417**	**349**	**383**	**334**	**286**	**334**
Personalaufwand in T€			**364**	**326**	**198**	**396**
Stellenanteil		*5,99*	*6,12*	*7,19*		
Bilanzbuchungen in T€	**78**	**86**	**175**	**130**	**0**	**130**
Summe			**922**	**790**	**484**	**860**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf der Jahre 2009 bis 2010 war sinkend, da große Unterhaltungsmaßnahmen in den Grundschulen abgeschlossen wurden, z.B. bekam die Turnhalle der Grundschule Waldschule 2008 einen neuen Hallenfußboden.

Von 2009 auf 2010 sank der Ansatz der Bewirtschaftungskosten für die Grundschule Waldschule und die Grundschule Goethe-Schule um insgesamt 50.000 €, da die beiden Turnhallen, dem Produkt 42401 „Sporthallen und Außensportanlagen“ zugeordnet wurden.

In der Grundschule Goethe-Schule ergab sich ein erhöhter Unterhaltungsaufwand aufgrund von Schäden, die durch Dritte verursacht wurden. Diese wurden durch Versicherungsleistung überwiegend ausgeglichen.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich im Rahmen der Planung.

Die Erhöhung des Stellenanteils 2011 setzt sich zusammen aus 0,03 Stellen Sachbearbeitung und 0,1 Stellen Gebäudeleittechnik. Ab 2012 kommen Stellenanteile aus den nicht mehr bestehenden Realschulen und der Hauptschule hinzu.

Bei den Bilanzbuchungen sind zum Haushalt 2011 Aufwendungen aus Verrechnungszuschüssen für die Nutzung der Sporthallen durch die Schulen hinzugekommen und Abschreibungen aus der fertig gestellten Sanierung der Grundschule Mühlenberg. Die Abschreibungen werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Grundschule Mühlenberg, Investitionszuweisungen	**90.700,00**	**0,00**	**90.700,00**
Rest 2011:			
2. Grundschule Mühlenberg, energetische Sanierung	**80.165,95**	**12.162,21**	**68.003,74**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Grundschule Mühlenberg, Investitionszuweisungen	Ansatz ist im Haushalt 2012 aufgenommen worden; Geld ist jedoch schon im Dezember 2011 überwiesen worden.
Rest 2011:	
2. Grundschule Mühlenberg, energetische Sanierung	Die Maßnahme steht kurz vor dem Abschluss. Kleinere Restarbeiten sowie Schlusszahlungen stehen noch aus.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
21600	**Regionalschule**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**0**	**-95**	**190**	**334**	**361**	**334**
Personalaufwand in T€	**0**	**0**	**324**	**489**	**255**	**510**
Stellenanteil		*2,62*	*7,03*	*10,07*		
Bilanzbuchungen in T€	**-21**	**15**	**384**	**445**	**0**	**445**
Summe			**898**	**1.268**	**616**	**1.289**

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 31.12.12 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2011:			
Hochbauunterhaltung	**11.747,68**	**4.728,74**	**7.018,94**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für 2010 sind dem Produkt 21600 „Regionalschule“ die Schulkostenbeiträge (Fälligkeit: September) zugeordnet worden. Da dem jedoch nur geringe Aufwendungen (ab August wurden erst Aufwendungen geplant) gegenüberstanden, sind bei dem Produkt mehr Erträge als Aufwendungen vorhanden.

Ab 2011 sind die Produkte 21201 „Erich Kästner-Schule“ und 21502 „Heinrich-Hertz-Realschule“ hier zusammengefasst.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich im Rahmen der Planung.

Die Erträge aus Schulkostenbeiträgen werden erst zum Ende des Jahres 2012 gebucht bzw. eingenommen, da der Stichtag zur Berechnung erst im September ist.

Der Haushaltsrest Aufwand Hochbauunterhaltung beinhaltet Aufträge zur Beseitigung von Mängeln an der Blitzschutzanlage. Der verbleibende Haushaltsrest wird noch in Anspruch genommen.

Die Stellenanteile in 2010 setzen sich zusammen aus der Projektplanung, der Fachbereichsleitung Bildung und Anteilen des Fachbereiches Liegenschaften für die Durchführung des Neubauprojektes. In 2011 kommen dann auch die Schulsekretärinnen, Sachbearbeitung Fachbereich Bildung und Sozialpädagogen hinzu. Für das Jahr 2012 wurden 0,57 Anteile Sachbearbeitung aus dem Wegfall der Realschulen und der Hauptschule zugeordnet und 2,47 Anteile Schulsozialpädagogen.

In den Bilanzpositionen finden sich die ersten Beträge für die Abschreibung des Neubaus und die Verrechnungszuschüsse für die Nutzung der Sporthalle.

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Grundausstattung	**55.000,00**	**10.406,23**	**44.593,77**
2. Sanierung HHRS	**250.000,00**	**0,00**	**250.000,00**
Reste 2011:			
3. Grundausstattung	**85.434,66**	**0,00**	**85.434,66**
4. Außenanlagen	**264.376,63**	**48.349,57**	**216.027,06**
5. Leitungen	**254.893,47**	**29.007,63**	**225.885,84**
6. Sanierung HHRS	**3.632.925,32**	**321.480,72**	**3.311.444,60**
7. HHRS, energetische Sanierung	**70.892,71**	**16.943,49**	**53.949,22**

Finanzbericht

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Grundausstattung	Die Ausstattung steht im direkten Zusammenhang mit der Sanierungsmaßnahme, die erst 2013 abgeschlossen wird.
2. Sanierung HHRS	Die Schadstoffsanierung im Innenbereich ist nahezu abgeschlossen. Parallel dazu wurde die Ausführungsplanung erstellt. Ferner wurden in der ersten Jahreshälfte zahlreiche Ausschreibungen für die Sanierung des übrigen Gebäudes durchgeführt. U.a. wurden Aufträge erteilt für die Gewerke Rohbau, Elektro und Lüftung. Diverse weitere Vergaben werden folgen. Die Ausschreibungsergebnisse überschreiten die Kostenanschläge bislang nicht. Die Ratsversammlung wurde am 27.08.2012 über eine Eilentscheidung des Bürgermeisters unterrichtet, wonach 100.000 € Mehrauszahlungen für die Sanierung des Dachs des Querbaus erforderlich sind. Die Mittel können innerhalb der Maßnahme gedeckt werden.
Reste 2011:	
3. Grundausstattung	s. Erläuterung zu Ziffer 1.
4. Außenanlagen	Anfang des Jahres erfolgte die Auftragsvergabe für die Fläche Hof C (Fläche zwischen Haus 2, 4 und Sporthalle). Die Arbeiten sind nahezu abgeschlossen. Es fehlt noch die Bepflanzung, welche erst im Herbst durchgeführt werden kann. Ebenfalls für die zweite Jahreshälfte ist die Auftragsvergabe Hof D (Fläche zwischen Haus 1 und Haus 2) vorgesehen.
5. Leitungen	Die Auftragsvergabe für die Leitungen erfolgt zusammen mit den Außenanlagen (s. Ziffer 4).
6. Sanierung HHRS	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Baumaßnahme in Anspruch genommen vgl. Pkt. 2
7. HHRS, energetische Sanierung	Es sind noch kleinere Restarbeiten (Absturzsicherungen, Dämmarbeiten) sowie Mängelbeseitigungsarbeiten durchzuführen. Die verbleibenden Haushaltsmittel werden noch benötigt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
21700	**Gymnasien**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**17**	**0**	**86**	**23**	**547**	**23**
Personalaufwand in T€			**372**	**335**	**197**	**394**
Stellenanteil		*5,85*	*7,02*	*8,63*		
Bilanzbuchungen in T€	**34**	**217**	**525**	**454**	**0**	**454**
Summe			**983**	**812**	**744**	**871**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf ist für 2011 gestiegen, da die bauliche Unterhaltung für das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium um ca. 100.000 € erhöht wurde. Für die Einrichtung des Neubaus Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sind 30.000 € im Ergebnishaushalt eingestellt worden (hierfür wurde der Ansatz entsprechend im Finanzplan gekürzt).

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich im Rahmen der Planung.

Die Erträge aus Schulkostenbeiträgen werden erst zum Ende des Jahres 2012 gebucht bzw. eingenommen, da der Stichtag zur Berechnung erst im September ist.

Aufgrund des Neubaus und der Sanierung kommen ab 2011 Stellenanteile für die Projektleitung und aus dem Fachbereich Bildung hinzu, ab 2012 Anteile für die Schulsozialarbeit.

In den Bilanzpositionen sind Beträge für die Abschreibung von Investitionen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und dem Elsensee-Gymnasium sowie die Verrechnungszuschüsse beider Schulen für die Nutzung der Sporthallen enthalten.

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Investitionszuweisungen	**604.000,00**	**0,00**	**60.4000,00**
2. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Investitionszuweisungen	**686.000,00**	**0,00**	**686.000,00**
3. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Zuschuss Schule	**30.000,00**	**0,00**	**30.000,00**
4. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Gestühl Empore	**30.000,00**	**0,00**	**30.000,00**
5. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung zzgl. überplanm. Ausgabe	**1.334.000,00** **+55.000,00**	**174.642,20**	**1.214.357,80**
6. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau	**215.000,00**	**0,00**	**215.000,00**
7. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen	**344.000,00**	**0,00**	**344.000,00**

8. Elsensee-Gymnasium, Sanierung abzgl. überpl. Ausgabe	**500.000,00** **-55.000,00**	**2.078,84**	**442.921,16**
Reste 2011:			
9. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung	**80.197,66**	**71.772,81**	**8.424,85**
10. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung	**722.466,04**	**722.466,04**	**0,00**
11. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau	**732.028,20**	**205.293,09**	**526.735,11**
12. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen	**52.524,22**	**16.006,59**	**36.517,63**

.

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Investitionszuweisungen	Die Anträge wurden gestellt. Es liegen noch keine Förderbescheide vor.
2. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Investitionszuweisungen	Die Anträge wurden gestellt. Es liegen noch keine Förderbescheide vor.
3. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Zuschuss Schule	Eine Zusage des Fördervereins liegt vor. Die Baumaßnahme wird in 2013 beginnen.
4. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Gestühl Empore	Der Auftrag ist erteilt.
5. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung	Der Altbau wird flügelweise seit Februar 2011 in 3 Abschnitten bis zu den Sommerferien 2012 saniert. Die Arbeiten sind nahezu abgeschlossen. Restarbeiten und Schlussrechnungen stehen noch aus.
überplanm. Ausgabe:	Die Ratsversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.02.2012 einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 55.000 € für das Erstellen einer Drainage entlang des Ostflügels Südseite sowie entlang der gesamten Gebäudefront zum Biotop hin (Ost- und Nordflügel) zugestimmt. Auf die Drucksache IX/505 wird verwiesen. Die Deckung ist gewährleistet durch Einsparrungen bei dem Produktkonto 21702-785100 (Schulzentrum Süd / Sanierung Elsensee-Gymnasium). Weiterhin wurde die Ratsversammlung am 27.08.2012 unterrichtet, dass im Rahmen einer Eilentscheidung 395.000 €, aufgrund von 3 Insolvenzen, zusätzlichem Austausch für Bodenbeläge und Mehrmassen, zur Verfügung gestellt werden mussten. Die Deckung erfolgt aus den Mitteln des Produktkontos 21702-785100 (Schulzentrum Süd / Sanierung Elsensee-Gymnasium).
6. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau	In den Sommerferien wurde das Turmgebäude der Schule abgerissen. Der Abriss verlief ohne weitere Komplikationen. Es stehen noch Schlussrechnungen aus.
7. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen	Die Arbeiten zu Fläche 10 (Fahrradständer) sind schlussgerechnet. Flächen 2a und 5 (Westausgänge) sind zu 90% fertiggestellt.
8. Elsensee-Gymnasium, Sanierung	Vgl. Ausführungen zur überplanmäßigen Ausgabe, Ziffer 5.
Reste 2011:	
9. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Ausstattung	Die Aufträge sind erteilt.

10. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Sanierung	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Baumaßnahme in Anspruch genommen, vgl. Ziffer 5.
11. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Neubau	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Baumaßnahme in Anspruch genommen, vgl. Ziffer 6.
12. Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Außenanlagen	Der Haushaltsrest wird im Rahmen der weiteren Baumaßnahme in Anspruch genommen, vgl. Ziffer 7.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
22100	**Sonderschulen**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-22**	**3**	**-23**	**-11**	**24**	**-11**
Personalaufwand in T€			**99**	**89**	**46**	**92**
Stellenanteil		*1,75*	*1,81*	*1,81*		
Bilanzbuchungen in T€	**-6**	**1**	**50**	**37**	**0**	**37**
Summe			**126**	**115**	**70**	**118**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

2010 führten erhöhte Aufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen an der Ernst-Barlach-Schule zu einer Änderung im Zuschussbedarf. Zum Stichtag 01.07. ist der Großteil der Erträge noch nicht geflossen, da die Abrechnung der Schulkostenbeiträge erst im September 2011 erfolgt.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich im Rahmen der Planung.

Bei den Stellenanteilen sind 0,01 Stellen Sachbearbeitung Bildung und 0,05 Stellen für die Gebäudeleittechnik hinzugekommen.

Bei den Bilanzzahlen handelt es sich in erster Linie um Verrechnungszuschüsse für die Nutzung der Sporthalle, Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen und die Aktivierung von Eigenleistungen.

Investitionen	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Rest 2011:			
1. Sanierung	**25.431,05**	**7.909,57**	**17.521,48**

Erläuterungen zu den Resten

Rest 2011:	
1. Sanierung	Im Jahr 2011 wurden die Aufträge für die Verkabelung (Sicherheitsbeleuchtung, Hausalarmierung) des Schulgebäudes mit der Gebäudeleitzentrale der Comenius-Schule sowie das Herrichten einer Außenbeleuchtung vergeben. Die Arbeiten befinden sich derzeit in der Ausführung. Weitere Arbeiten im Rahmen dieser Baumaßnahme werden anschließend nicht mehr erwartet, so dass die Maßnahme dann als abschließend beendet gilt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
24100	**Schülerbeförderung**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**113**	**131**	**118**	**125**	**139**	**125**
Personalaufwand in T€			**8**	**7**	**2**	**4**
Stellenanteil		*0,13*	*0,15*	*0,00*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Summe			**126**	**132**	**141**	**129**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Bereich der Schülerbeförderung gibt es immer einen schwankenden Bedarf durch Veränderung der Schülerzahlen. 2009 ist der Zuschussbedarf etwas geringer ausgefallen, da der Kreis Pinneberg für 2008 eine Nachzahlung (außerordentlicher Ertrag) leisten musste.

2011 wurden Mehrerträge von ca. 4.000 € bei der Elternbeteiligung sowie der Zuweisung des Kreises an den Kosten der Schülerbeförderung erzielt. Minderaufwendungen von ca. 7.000 € sind durch geringere Aufwendungen bei der Beförderung von Schülern mit dem Taxi entstanden.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich im Rahmen der Planung.

0,02 Stellenanteile sind im Bereich der Sachbearbeitung Bildung durch interne Verschiebungen zunächst hinzugekommen und wurden 2012 anderen Produkten zugeordnet.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
24300	**Sonstige schulische Angelegenheiten**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**234**	**304**	**396**	**284**	**-62**	**284**
Personalaufwand in T€			**8**	**51**	**1**	**2**
Stellenanteil		*0,12*	*0,12*	*0,10*		
Bilanzbuchungen in T€	**-16**	**-9**	**-2**	**0**	**0**	**0**
Summe			**402**	**335**	**-61**	**286**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der erhöhte Zuschussbedarf ergibt sich zum einen durch eine Erhöhung der Schulkostenbeiträge Quickborner Kinder, die auswärtige Schulen besuchen und zum anderen durch eine Umschichtung von Mitteln vom Finanzplan zum Ergebnisplan für die Beschaffung von Schülermobiliar und EDV unter 150 € (Pauschalbeträge).

Durch die freie Schulwahl in Schleswig-Holstein ist eine genaue Planung der Schulkostenbeiträge Quickborns für andere Kommunen nicht möglich. Nach Abrechnung der Schulkostenbescheide der Kommunen und dem Land sind Mehraufwendungen von 127.000 entstanden. Die Mehrerträge der Stadt Quickborn für auswärtige Schüler, die in Quickborn zur Schule gehen, sind den Produkten der jeweiligen Schule zugeordnet und wurden zur Deckung der Mehraufwendungen herangezogen.

Die Abrechnung der Schulkostenbeiträge der anderen Kommunen erfolgt erst Ende 2012.

Bei den Bilanzbuchungen wurden in 2008 Zuführungen zu sonstigen Rückstellungen (Urlaubs- und Überstundenrückstellungen) getätigt, die ab 2009 zu einem Großteil wieder aufgelöst worden sind.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
24310	**Mittagsversorgung (Betrieb gewerbl. Art)**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahres-ende
Sachaufwand in T€	**0**	**0**	**19**	**-48**	**-31**	**-48**
Personalaufwand in T€			**86**	**76**	**54**	**108**
Stellenanteil		*0,00*	*3,28*	*3,28*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**0**	**43**	**4**	**0**	**4**
Summe			**148**	**32**	**23**	**64**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die verzögerte Inbetriebnahme sind im Bereich Sachaufwand Mindererträge in Höhe von 45.563,70 € entstanden, denen Minderaufwendungen in Höhe von 23.093,78 € gegenüberstehen.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich derzeit im Rahmen der Planung. Die Entwicklung zum Beginn des Schuljahres muss noch abgewartet werden.

Spätestens im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2011 wurden die Gebäudeanteile und Inventare für den Betrieb der Küche und der Mensen in den Schulen diesem Produkt zugeordnet und entsprechend abgeschrieben.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
26200	**Musikpflege**	**Herr Möller**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**7**	**7**	**6**	**6**	**0**	**6**
Personalaufwand in T€			**2**	**2**	**1**	**2**
Stellenanteil		*0,03*	*0,03*	*0,03*		
Bilanzbuchungen in T€	**6**	**5**	**5**	**5**	**0**	**5**
Summe			**13**	**13**	**1**	**13**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.
Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
26300	**Musikschulen**	**Herr Möller**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**31**	**29**	**30**	**31**	**29**	**31**
Personalaufwand in T€			**1**	**1**	**1**	**2**
Stellenanteil		*0,03*	*0,03*	*0,03*		
Bilanzbuchungen in T€	**73**	**75**	**75**	**75**	**0**	**75**
Summe			**106**	**107**	**30**	**108**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.
Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
27100	**Volkshochschule**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-122**	**-205**	**-157**	**-152**	**-23**	**-152**
Personalaufwand in T€			**261**	**264**	**129**	**258**
Stellenanteil		*1,75*	*1,88*	*2,02*		
Bilanzbuchungen in T€	**-3**	**-2**	**8**	**3**	**0**	**3**
Summe			**112**	**115**	**106**	**109**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch wachsende Entgelte (in erster Linie Hörerentgelte) verringert sich der Zuschussbedarf. In 2011 stehen erhöhte Aufwendungen von rd. 60.000 € für die Anmietung, Ausstattung und Bewirtschaftung weiterer Räume im Forum dagegen.

Die Steigerung der Hörerentgelte in 2011 fiel geringer aus als geplant, da sowohl die Weiterbildung „Bürokaufmann IHK“ als auch das „Wissenschaftliche Forum Medizin“ nicht die notwendige Resonanz fanden und keine entsprechenden Deckungsbeiträge erwirtschafteten. Derzeit sind weitere Ausbildungslehrgänge in Planung, die zukünftig entsprechende Deckungsbeiträge erwirtschaften sollen.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich derzeit im Rahmen der Planung. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob der aktuelle Ausbildungsgang zum Systemischen Berater den in diesem Jahr geplanten Erfolg erzielen wird.

Die Steigerung der Stellenanteile resultiert aus der Erweiterung des Angebots für die Weiterbildung. Im Gegenzug konnten die Hörerentgelte gesteigert werden.

Die Bilanzbuchungen ergeben sich aus Abschreibungsbeträgen für die Inventare der Volkshochschule und werden im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
27200	**Bücherei**	**Herr Arndt**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**141**	**152**	**142**	**158**	**118**	**158**
Personalaufwand in T€			**166**	**150**	**80**	**160**
Stellenanteil		*3,31*	*3,31*	*3,31*		
Bilanzbuchungen in T€	**7**	**-15**	**30**	**7**	**0**	**7**
Summe			**338**	**315**	**198**	**325**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der niedrigere Zuschussbedarf 2009 ergab sich u.a. durch Mehrerträge bei dem Zuschuss des Büchereivereins.

Die Differenz 2011 ergibt sich u.a. durch Minderaufwendungen beim Zuschuss der Fahrbücherei. Im Bereich Hochbauunterhaltung gab es kaum Unterhaltungsaufwand.

Die Erträge und Aufwendungen 2012 befinden sich im Rahmen der Planung.

Die Bilanzbuchungen ergeben sich aus Abschreibungsbeträgen für die Inventare der Bücherei, in 2010 ergaben sich Erträge aus der Reduzierung der Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

Investitionen	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Reste 2011:			
1. Inventar und Geräte	**14.607,73**	**0,00**	**14.607,73**
2. Mediensicherung	**24.470,29**	**0,00**	**24.470,29**

Erläuterungen zu den Resten

Reste 2011:	
1. Inventar und Geräte	Mit dem betroffenen Unternehmen werden derzeit die Vertragsdetails
2. Mediensicherung	verhandelt

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
28100	**Heimat- und sonstige Kulturpflege**	**Herr Möller**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**33**	**32**	**31**	**43**	**16**	**43**
Personalaufwand in T€			**83**	**72**	**33**	**66**
Stellenanteil		*1,67*	*1,27*	*1,38*		
Bilanzbuchungen in T€	**7**	**36**	**31**	**19**	**0**	**19**
Summe			**145**	**134**	**49**	**128**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.

Der Anteil einer Sachbearbeiterstelle im Fachbereich Ehrenamt, Kultur und Veranstaltungen wurde 2011 um 0,4 reduziert und 2012 wieder um 0,11 erhöht.

Die Bilanzbuchungen setzen sich in erster Linie aus Verrechnungszuschüssen und Abschreibungen von Zuschussgewährungen an Dritte zusammen.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
31100	**Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII**	**Herr Dentzin**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-87**	**-109**	**-96**	**-58**	**-39**	**-78**
Personalaufwand in T€			**156**	**131**	**78**	**156**
Stellenanteil		*2,94*	*2,94*	*2,94*		
Bilanzbuchungen in T€	**5**	**-94**	**31**	**0**	**1**	**0**
Summe			**91**	**73**	**40**	**78**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

1. **SGB XII**: Im Jahr 2010 wurden in einem Alt-BSHG-Fall (Ablöse einer Grundbucheintragung) vom Kreis Pinneberg 30.000 € Stadtanteil überwiesen. Die Aufgabenübertragung nach dem SGB XII vom Kreis Pinneberg an die Stadt Quickborn (als Kooperationskommune neben Quickborn auch für die Gemeinden Ellerbek, Bönningstedt und Hasloh) stellt sich in 2011 wie folgt dar: Den reinen Aufwendungen für Personal (Reduzierung von 2 Vollzeitkräften (VK) auf 1,5 VK in 2011) in Höhe von ca. 75.000 € stehen aufgrund der jüngst geänderten Fallkostenpauschale Erträge aus der Personalkostenerstattung des Kreises von ca. 78.000 € und einem Stadtanteil an BSHG-Rückforderungen in Höhe von ca. 15.000 € (von 30.000 € Erstattungen stehen der Stadt nunmehr 50 % /ALT 30 %) also insgesamt ca. 93.000 € gegenüber. Es ist wichtig, dass diese Aufgaben (u.a. Grundsicherung für über 65 –Jährige) auch weiterhin in Quickborn bearbeitet werden; zumal sogar wie in 2010 auch in 2011 die Erträge höher als die Aufwendungen waren.
2. **Wohngeld**: Zwar werden die Wohngeldleistungen (ca. 500.000 bis 600.000 €) zu 100 % vom Land/Bund erstattet; die Personalkosten (z.Zt. 1,2 VK) gehen zu Lasten der Stadt.

Sachaufwand: 2012: Die Erstattungen des Kreises belaufen sich planmäßig auf ca. 78.000 € jährlich. Allerdings wurden die Erträge aus BSHG-Rückzahlungen aus dem Vorjahr 2011 erst in 2012 mit dem Kreis Pinneberg abgerechnet (von ca. 27.800 € Einnahme in 2011 stehen je zur Hälfte Kreis und Stadt zu), so dass die Erträge um ca. 13.900 € reduziert werden. Ansonsten sind die Ansätze planmäßig.

Weitere Details können auch aus dem Sozialbericht zur Jahresmitte ersehen werden.

Bei den **Bilanzbuchungen** kam es in 2008 und 2010 zu Erträgen aus der Pensionsrückstellung. Diese wird jährlich auf Grundlage der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse angepasst

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
31200	**Grundsicherung f. Arbeitssuchende SGB II**	**Herr Dentzin**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**317**	**325**	**299**	**325**	**284**	**284**
Personalaufwand in T€			**30**	**16**	**8**	**16**
Stellenanteil		*20,06*	*21,03*	*1,02*		
Bilanzbuchungen in T€	**-3**	**13**	**15**	**0**	**0**	**0**
Summe			**344**	**341**	**364**	**300**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Entgegen dem Trend der Vorjahre (2008 = 297.000 €; 2009 = 316.000 €; 2010 = 325.000 €) konnten die Kosten für Unterkunft usw. nach dem SGB II in 2011 auf 299.000 € gesenkt werden. Die Aufgabe wird vom Jobcenter wahrgenommen; die Höhe der Aufwendungen kann daher nicht direkt von der Stadt Quickborn beeinflusst werden.

Die **Personalaufwendungen** ergeben sich aus Aufwendungen für das Personal, das beim Jobcenter (vorher ArGe) beschäftigt ist und denen Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüberstehen. Darüber hinaus wird auch ein Verwaltungskostenanteil erstattet.
Die im Jahr 2011 aufgeführten Personalaufwendungen von rd. 30.000 € ergeben sich, da an die Versorgungsausgleichskasse bis zum Jahr 2013 eine Umlage für eine ausgeschiedene Beamtin in Höhe von 19.500 € gezahlt werden muss, die nicht erstattet wird. Die verbleibende Differenz resultiert aus einem gezahlten Leistungsorientierten Entgelt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche zum Jobcenter des Kreises Pinneberg abgeordnet wurden (gem. Tarifvertrag) und einer aufgrund eines Rechtsstreits zu zahlenden Abfindung.
Die für 2012 aufgeführten Personalaufwendungen in Höhe von 16.000 € sind auf die von der Stadt Quickborn anteilig zu tragende Versorgungsumlage zurückzuführen für eine Beamtin, die dem Jobcenter zugewiesen ist.

In der ersten Jahreshälfte 2012 wurden zusätzlich sieben Beschäftigte eingestellt, die dem Jobcenter zugewiesen wurden. Den höheren Personalaufwendungen für das zusätzliche Personal, das im Jobcenter beschäftigt wird, stehen entsprechende Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüber.

Bei den **Bilanzbuchungen** kam es in 2008 zu Erträgen aus der Pensionsrückstellung, in 2010 mussten rd. 13.000 € zugeführt werden. Die Rückstellung wird jährlich auf Grundlage der Berechnung der Versorgungsausgleichskasse angepasst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
31501	**Beseitigung von Obdachlosigkeit**	**Herr Dentzin**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-3**	**2**	**43**	**15**	**-11**	**0**
Personalaufwand in T€			**49**	**45**	**22**	**44**
Stellenanteil		*0,52*	*0,52*	*0,52*		
Bilanzbuchungen in T€	**8**	**12**	**7**	**7**	**0**	**7**
Summe			**99**	**67**	**11**	**51**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand:

Nutzungsentgelte: Die Erträge (u.a. Nutzungsentgelte für die städtischen Unterkünfte) konnten in 2009 auf 36.000 € und 2010 auf 38.000 € erhöht werden. Trotz Abriss der Altbauten am Feldweg und eines Wasserschadens in der Bahnstraße 154 (die Unterkunft konnte einige Wochen nicht genutzt werden), betrugen die Nutzungsentgelte in 2011 über 34.000 € (4.000 € über den Ansatz). Zusätzlich hat die Versicherung den Nutzungsausfall der Unterkunft in Höhe von 15.000 € entschädigt.

Da die städtischen Unterkünfte sehr stark ausgelastet sind (u.a. aufgrund steigender Zahl der zugewiesenen Asylbewerbern) liegen die Erträge für 2012 voraussichtlich bei über 39.000 € (Ansatz 30.000 €), wobei gleichzeitig die Kosten für Bewirtschaftung und Unterhaltung geringer als der Haushaltsansatz (45.000 €) ausfallen, so dass in 2012 voraussichtlich die erzielten Benutzungsgebühren sogar wieder die Sachaufwendungen decken werden.

Unterhaltungsaufwand: Auf der Aufwandsseite hat und wird sich der Unterhaltungsaufwand der Gebäude im Bereich der vorhandenen Unterkünfte erhöhen (Erneuerungen Sanitär- und Küchenausstattung). Die im Zusammenhang mit dem Wasserschaden in der städtischen Unterkunft an der Bahnstraße entstandenen Aufwendungen in der Bauunterhaltung wurden seitens der Versicherung bereits erstattet (ca. 15.000 €). Der Ansatz für die Hochbauunterhaltung ist durch erhebliche Probleme mit der Heizungsanlage in der Unterkunft Bahnstraße inzwischen verbraucht.

Die **Bilanzbuchungen** beinhalten in erster Linie Abschreibungen und werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
31502	**Sonst. soziale Einrichtungen, Aussiedler**	**Herr Dentzin**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**126**	**164**	**101**	**109**	**43**	**105**
Personalaufwand in T€			**19**	**17**	**5**	**10**
Stellenanteil		*0,47*	*0,47*	*0,47*		
Bilanzbuchungen in T€	**65**	**65**	**33**	**0**	**0**	**0**
Summe			**153**	**126**	**48**	**115**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der **Sachaufwand** liegt für die Bezuschussung der Werkstatt, der Beratungsstelle für Wohnungsangelegenheiten sowie der Beratungsstelle für Migration im geplanten Rahmen, wobei der Träger (Diakonisches Werk) die vertraglich zugesicherten Mittel in 2010 nicht vollständig geltend gemacht hat. Daraus ergeben sich außerordentliche Erträge in Höhe von über 8.000 €.

2012:Insbesondere die Kostenzuschüsse bei den Beratungsstellen konnten trotz Personalkostensteigerungen auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden. Der ordnungsgemäße Verwendungsnachweis für die Werkstatt liegt ebenfalls zwischenzeitlich vor, so dass der Zuschuss 2012 in Höhe von 18.000 € an den Träger ausgezahlt werden konnte. Die Aufwendungen erfolgen planmäßig.

Die **Bilanzbuchungen** beinhalteten in erster Linie Abschreibungen (Stiftung für ältere, hilfsbedürftige Menschen und Senioren).

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
33100	**Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflege**	**Herr Möller**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-492**	**96**	**107**	**116**	**52**	**116**
Personalaufwand in T€			**6**	**5**	**3**	**6**
Stellenanteil		*0,09*	*0,09*	*0,09*		
Bilanzbuchungen in T€	**317**	**13**	**10**	**0**	**0**	**0**
Summe			**123**	**121**	**55**	**122**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahr 2009 konnten außerordentliche Erträge durch eine Teilauszahlung des Barvermögens des Altenzentrums Kummerfeld (AZK) an die verbandsangehörigen Gemeinden in Höhe von ca. 567.000 € erzielt werden hinzu kommen in den Jahren 2005 – 2008 nicht vollständig ausgeschöpfte vertragliche Zuschüsse bei der DRK - Sozialstation in Höhe von ca. 28.000 € (d.h. insgesamt über 595.000 €).

Die Erhöhung des Ansatzes 2011 gegenüber 2010 um 18.000 € hängt damit zusammen, dass einerseits in 2011 nicht zwingend davon ausgegangen werden kann, dass es auch in diesem Jahr beim Betrieb der DRK-Sozialstation zu außerordentlichen Erträgen (in 2010 für 2009 ca. 9.000 €) kommt und andererseits sich die Zuschüsse an Vereine und Verbände um ca. 9.000 € erhöhen.

Dem vertraglich vereinbarten Zuschussbetrag für den Betrieb der DRK-Sozialstation von 43.300 € stehen außerordentliche Erträge in 2011 auf der Grundlage des Verwendungsnachweises 2010 in Höhe von 6.100 € gegenüber. Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.

Die Teilauszahlung vom AZK spiegelt sich auch in den Bilanzbuchungen 2009 wieder, als Wertveränderung von Finanzanlagen. Ansonsten wurden hier Abschreibungen von Investitionszuschüssen an Dritte erfasst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
36200	**Jugendarbeit**	**Frau Hesse**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**57**	**45**	**40**	**51**	**21**	**46**
Personalaufwand in T€			**177**	**144**	**85**	**170**
Stellenanteil		*8,00*	*8,50*	*2,71*		
Bilanzbuchungen in T€	**45**	**20**	**30**	**29**	**0**	**29**
Summe			**247**	**224**	**106**	**245**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Planungsansätze für die Jugendarbeit sind über alle Jahre gleich geblieben.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren 2009 bis 2012 ergeben sich aus unterschiedlich hohen Zuweisungen, Zuschüssen und Spenden sowie durch Minderaufwendungen wegen nicht abgeforderter Zuschüsse an Vereine/Verbände. In 2012 sind noch nicht alle Maßnahmen durchgeführt, bzw. abgerechnet. Die Zuschüsse an Vereine sind noch nicht vollständig zur Auszahlung gekommen. Wir haben bisher in 2012 höhere Entgelte und Spenden z.B. für die Durchführung des Filmprojektes erzielt.

Der Stellenanteil hat sich2011 um 0,5 im Bereich der Sachbearbeitung erhöht, im pädagogischen Bereich wurden dagegen 34 Stunden außerhalb des Bereiches Jugend eingesetzt (Einsatz in der städtischen Kita). Im Jahr 2012 wurden die Stellenanteile anderen Produkten zugeordnet; dies wurde bzgl. der Personalaufwendungen noch nicht nachvollzogen.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Verrechnungszuschüsse und Abschreibungen von Inventar und Geräten.

Investitionen	Ansatz 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Spielmobil	**20.000,00**	**19.999,80**	**0,20**

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Spielmobil	Das bisherige Fahrzeug „Spielmobil“ und das Fahrzeug „Kinder- und Jugendmobil“ wurden ersetzt durch ein neues Fahrzeug für die Einrichtung „Spielmobil“. Um die Finanzierung mit insgesamt 20.000 € realisieren zu können wurden beide ehemaligen Fahrzeuge mit 7.870 € veräußert. Die Beträge aus der Veräußerung sind entsprechend in Erträgen und Aufwand ausgewiesen als überplanmäßige Auszahlung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
36501	**Kindertagesstätte Zauberbaum**	**Herr Möller**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-518**	**-436**	**-407**	**-376**	**-256**	**-376**
Personalaufwand in T€			**1.208**	**1.035**	**576**	**1.152**
Stellenanteil		*20,40*	*20,09*	*20,80*		
Bilanzbuchungen in T€	**44**	**22**	**23**	**12**	**1**	**12**
Summe			**824**	**671**	**321**	**788**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Jahre 2010 wurden nicht so viele Unterhaltungsarbeiten vorgenommen wie in 2008 (Minderaufwendungen von rd. 65.000 €) und es wurden Mehrerträge von rd. 28.000 € für Einzel-Integrationsmaßnahmen erzielt.

Im Jahre 2011 wurden diverse Unterhaltungsarbeiten vorgenommen (Einbau von Brandschutztüren, Installation von Feststellanlagen an den Brandschutztüren, Durchführung von Dacharbeiten). Es sind dadurch Mehraufwendungen von rd. 56.000 € entstanden.

Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.

Der Stellenanteil hat sich in 2011 im Sachbearbeiterbereich um 0,31 Stellen verringert. 2012 kamen 0,5 Stellen für Heilpädagogik und 0,21 Stellenanteile im Sachbearbeiterbereich wieder hinzu.

In 2009 konnten durch die Sanierung der Kindertagesstätte Eigenleistungen aktiviert werden. In 2010 verringern sich die Eigenleistungen, da die Sanierungsarbeiten abgeschlossen worden sind. Weiterhin reduziert sich in 2010 die Zuführung an die Pensions- und an die Altersteilzeitrückstellung. In 2011 sind in erster Linie die Abschreibungen aufgeführt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
36502	**Zuschüsse an Kindertagesstätten**	**Herr Möller**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**2.305**	**2.405**	**2.578**	**2.745**	**2.696**	**2.745**
Personalaufwand in T€			**25**	**19**	**10**	**20**
Stellenanteil		*0,60*	*0,60*	*0,60*		
Bilanzbuchungen in T€	**294**	**312**	**191**	**0**	**0**	**0**
Summe			**2.794**	**2.764**	**2.706**	**2.765**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch die Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn seit 2009 durch investive Maßnahmen (AWO-Kita, DRK-Kita, Ev. Kita und Kath. Kiga) sowie Gruppenumstrukturierungen (Johanniter Kinderhaus Quickelbü und Johanniter-Haus Wilde 13) steigt der Zuschussbedarf. Der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.

Für erforderliche Brandschutzmaßnahmen in der AWO-Kita werden in 2012 außerplanmäßig 56.100 € bereitgestellt. Die Deckung ist innerhalb des Produktbereiches „Zuschüsse an Kitas /außerordentliche Erträge“ gewährleistet.

Die Bilanzbuchungen beinhalten in erster Linie Abschreibungen für Investitionszuschüsse an Dritte (u.a. zum Bau von Kindertagesstätten). Diese werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

Investitionen	Ansatz 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Kita JUH, Zuschuss	**78.400,00**	**0,00**	**78.400,00**

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Kita JUH, Zuschuss	Mit der Zahlung des Tilgungsbetrages von 78.400 € zum 30.09.2012 wird das Darlehen, für das die Stadt Quickborn eine Ausfallbürgschaft übernommen hat, vollständig abgelöst.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
36600	**Einrichtungen der Jugendarbeit**	**Frau Hesse**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**45**	**49**	**100**	**52**	**19**	**52**
Personalaufwand in T€			**129**	**118**	**57**	**114**
Stellenanteil		*0,15*	*0,15*	*3,44*		
Bilanzbuchungen in T€	**-10**	**1**	**6**	**6**	**2**	**6**
Summe			**235**	**176**	**78**	**172**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Planungsansätze für die Einrichtungen der Jugendarbeit sind über alle Jahre gleich geblieben.

In 2012 sind noch nicht alle Maßnahmen durchgeführt, bzw. abgerechnet.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Jahren 2009 bis 2012 ergeben sich aus unterschiedlich hohen Zuweisungen, Spenden und Erstattungen sowie einem unterschiedlichen Bedarf für die bauliche Unterhaltung.

In 2012 gibt es keine Besonderheiten bei der Hochbauunterhaltung.

Die Erhöhung der Stellenanteile ergibt sich aus einer Verschiebung vom Produkt 36200; diese wurde bei den Personalaufwendungen nicht nachvollzogen.

In 2009 konnten mit der Sanierung des Hauses der Jugend Eigenleistungen aktiviert werden. In 2010 verringern sich die Eigenleistungen, da die Sanierungsarbeiten abgeschlossen worden sind. Ab 2011 sind in erster Linie die Abschreibungen aufgeführt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
36700	**Suchtberatung**	**Herr Dentzin**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**14**	**14**	**25**	**25**	**0**	**24**
Personalaufwand in T€			**6**	**5**	**3**	**6**
Stellenanteil		*0,10*	*0,10*	*0,10*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**
Summe			**32**	**30**	**3**	**30**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Der Ansätze in 2011 und 2012 erhöhen sich um 10.000 € für das Projekt „Kleine Riesen".

Der Zuschuss für die ATS-Suchtberatungsstelle beträgt für die Präventionsarbeit 13.900 € (zuzüglich 6.100 € für Innere Verrechnungen Miete) sowie 10.000 € für das Projekt „Kleine Riesen", die in 2012 zwischenzeitlich ausgezahlt wurden.

Keine Planabweichung.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
42100	**Förderung des Sports**	**Herr Möller**	**ABKF**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**83**	**-1**	**0**	**0**	**0**	**0**
Personalaufwand in T€			**4**	**3**	**2**	**4**
Stellenanteil		*0,08*	*0,08*	*0,08*		
Bilanzbuchungen in T€	**243**	**234**	**267**	**284**	**0**	**284**
Summe			**271**	**287**	**2**	**288**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Das Rechnungsergebnis 2009 beinhaltet den rückzahlbaren Zuschuss in Höhe von 75.000 €, den die Stadt dem TuS Holstein Quickborn Tennis e.V. gewährt hat. Die Beträge der Jahre 2010 und 2011 beinhalten u.a. die entsprechenden Zins- und Tilgungszahlungen durch den Verein von 7.500 € bzw. 7.400 € (als Zahlungen an die Stadt). Der Anteil für 2012 wurde im Laufe des Juli gezahlt, der Sachaufwand 2012 liegt im geplanten Rahmen.

Die Bilanzbuchungen setzen sich zusammen aus Verrechnungszuschüssen und Abschreibungen von Investitionszuschüssen an Dritte. Die Abschreibungen werden erst im Rahmen des Jahresabschlusses gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
42401	**Sporthallen und Außensportanlagen**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**291**	**316**	**383**	**408**	**244**	**408**
Personalaufwand in T€			**244**	**213**	**108**	**216**
Stellenanteil		*4,24*	*5,65*	*5,55*		
Bilanzbuchungen in T€	**-98**	**-28**	**-742**	**1.066**	**0**	**1.066**
Summe			**-115**	**1.687**	**352**	**1.690**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Im Haushaltsjahr 2011 wurde der Ansatz um 126 T€ auf 432 T€ erhöht. Grund dafür waren als größte Positionen die Inbetriebnahme der beiden neuen Sporthallen sowie die Berücksichtigung, dass für die abgerissene Sporthalle Mühlenberg in den Jahren 2008 bis 2010 keine Aufwendungen geleistet werden mussten

Durch den geringeren Unterhaltungsaufwand bei den Neubauten sowie verschiedener Kostenreduzierungen konnte der Ansatz für 2012 um 24 T€ gesenkt werden.

Die Kosten für Bewirtschaftung und Unterhaltung der Sporthallen und Außensportanlagen liegen im Plan.

Die Stellenanteile haben sich von 2010 auf 2011 um 1,41 Anteil erhöht. Diese ergeben sich aus 0,4 Anteil Gebäudeleittechnik, 1,0 Anteile Mitarbeiter Außenanlagen, 0,01 Anteile Sachbearbeitung Liegenschaftsverwaltung. In 2012 sind 0,1 Anteile Sachbearbeitung Bildung reduziert worden.

Die Verrechnungszuschüsse, die bei den Schulen als Aufwendungen gebucht werden, werden hier als Erträge vereinnahmt. Dagegen steigen die Abschreibungen durch die Aktivierung der getätigten Investitionen.

Investitionen	Ansatz2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Sporthalle Heidkamp, Sanierung	**20.000,00**	**0,00**	**20.000,00**
Reste 2011:			
2. Comenius-Sporthalle, Neubau	**66.623,01**	**1.890,60**	**64.732,41**
3. Lilli-Henoch-Halle, Neubau	**26.496,45**	**0,00**	**26.496,45**
4. Außensportanlage Mühlenberg, Kunstrasenspielfeld	**36.692,86**	**30.800,15**	**5.892,71**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Sporthalle Heidkamp, Sanierung	Im Rahmen eines Workshops wurde die gegenwärtige Zeitplanung für die Sanierung des Elsensee-Gymnasiums (Schulzentrum Süd) und der Sporthalle Heidkamp erörtert. Im Ergebnis wurde beschlossen und durch die zuständigen Ausschüsse empfohlen, die Sanierung der Sporthalle Heidkamp vorzuziehen und die Sanierung des Elsensee-Gymnasiums nach hinten zu schieben. Hierfür wurden 30.000 € und eine Verpflichtungsermächtigung von 170.000 € von den Mitteln des Elsensee-Gymnasiums der Sanierung der Sporthalle Heidkamp zur Verfügung gestellt (DS-Nr. IX/540a, Ratsversammlung am 27.08.2012)

Reste 2011:	
2. Comenius-Sporthalle, Neubau	Die Comenius-Sporthalle wurde Ende 2011 für den Schul- und Vereinsbetrieb freigegeben. Es stehen weiterhin Mängelbeseitigungsarbeiten aus.
3. Lilli-Henoch-Halle, Neubau	Die Lilli-Henoch-Halle wurde im Sommer 2011 für den Schul- und Vereinsbetrieb freigegeben. Nach wie vor gibt es eine Vielzahl von Mängeln, die noch nicht behoben worden sind. Klärende Gespräche dazu haben vor der Sommerpause stattgefunden.
4. Außensportanlage Mühlenberg, Kunstrasenspielfeld	Die Umgestaltung des Platzes ist abgeschlossen, jedoch noch nicht komplett schlussgerechnet.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
42402	**Freibad**	**Herr Gercken**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**272**	**236**	**400**	**295**	**133**	**299**
Personalaufwand in T€			**4**	**3**	**2**	**4**
Stellenanteil		*0,08*	*0,06*	*0,06*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Summe			**404**	**298**	**135**	**303**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

RE 2010: Die Verlustzuweisung beinhaltet eine Kürzung um 2,5 % (Haushaltssperre wg. der angespannten Haushaltslage) und eine Restzahlung für 2007 in Höhe von 28.622,74 €.

RE 2011: gemeldeter Bedarf = 268.000 €, gekürzt um 60.000 € (wg. Konsolidierungsliste, erhoffte Deckung durch Erhöhung der Freibadgebühren) auf 208.000 €, spätere Erhöhung um 13.000 € gem. Beschluss Ratsversammlung vom 29.03.2010 auf nunmehr 221.000 € sowie einer Restzahlung in Höhe von 14.620,15 € als Verlustausgleich für 2008.

RE 2011: Aufgrund der in 2010 durchgeführten Kürzung (Konsolidierungsliste) mussten im Jahr 2011 außerplanmäßig 53.261,65 € als Verlustausgleich für 2010 bereitgestellt werden. Die Deckung erfolgte durch Mehrerträge bei den Gewerbesteuern. Weitere witterungsbedingte 32.400 € wurden überplanmäßig als Restausgleich für 2011 bereitgestellt. Hier erfolgte die Deckung durch Mehrerträgen bei Verzinsung aus Steuernachforderungen. Der Jahresabschluss 2011 wird voraussichtlich einen weiteren Zuschussbedarf in Höhe von rd. 4.000 € ergeben. Ein politischer Beschluss über die Finanzierung muss dann entsprechend erfolgen.

In 2012 wurde eine 5 %'ige Haushaltssperre verhängt. Die Summe beläuft sich auf 14.700 €, entsprechende Einsparungen werden angestrebt, sind in der obigen Tabelle aber noch nicht berücksichtigt.

Rückwirkend zum 01.01.2012 wird die Sparte Freibad in den Haushalt der Stadt zurückgeführt. Das operative Geschäft obliegt bis zum Ende der Freibadsaison den Kommunalbetrieben. Das Freibad und seine Mitarbeiter werden zum 01.10.2012 in den Fachbereich 11 integriert.

Die Stellenanteile haben sich durch interne Verschiebungen um 0,02 im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management reduziert.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
51100	**Räumliche Planung und Entwicklung**	**Frau Walter**	**ASU**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**94**	**84**	**146**	**193**	**1**	**8**
Personalaufwand in T€			**341**	**327**	**170**	**340**
Stellenanteil		*5,91*	*5,91*	*4,98*		
Bilanzbuchungen in T€	**-26**	**-35**	**12**	**2**	**0**	**2**
Summe			**499**	**522**	**171**	**350**

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2011:			
Geschäftsaufwendungen	**117.067,72**	**25.539,15**	**91.528,57**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Sachaufwand ist wesentlich bestimmt von (der Höhe der) Aufwendungen für Leistungen beauftragter Planungs- / Ingenieurbüros, da diese bei den relevanten Aufwandsarten (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, sonstige ordentliche Aufwendungen) mit großem Abstand am stärksten zu Buche schlagen. Die Haushaltsmittel für Orts- und Regionalplanung sind auf der Basis der vergebenen Planungsleistungen geplant und ausgegeben worden.

Zahlungsverpflichtungen aus laufenden und noch zu erteilenden Aufträgen an Planungs- und andere Büros werden zum Teil erst in Folgejahren fällig (steht in Abhängigkeit zu den jeweiligen Bearbeitungsständen). Nicht verbrauchte Mittel sollen daher am Jahresende zur Bildung eines Haushaltsausgaberestes angemeldet werden; der Sachaufwand in der obigen Tabelle wird sich dann entsprechend erhöhen.

Die Stellenanteile haben sich um eine Stelle im Bereich der Stadtplanung verringert und um einen Anteil von 0,07 im Bereich der allg. Sachbearbeitung erhöht.

Der Haushaltsrest aus 2011 wird voraussichtlich vollständig verbraucht.

Die Änderungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Anpassungen bei der Pensionsrückstellung.

Investitionen	Ansatz 2012 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz noch verfügbare Mittel in €
1. Plotter	**15.000,00**	**0,00**	**15.000,00**

Erläuterungen zu den Investitionen

Investitionen:	
1. Plotter	Die anstehende Ersatzbeschaffung erfolgt im 2. Halbjahr 2012. Der Haushaltsansatz wird voraussichtlich vollständig aufgebraucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
52100	**Bau- und Grundstücksordnung**	**Herr Dentzin**	**ASU**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-4**	**-8**	**-10**	**-8**	**-1**	**-8**
Personalaufwand in T€			**129**	**118**	**61**	**122**
Stellenanteil		*3,37*	*3,37*	*3,12*		
Bilanzbuchungen in T€	**-14**	**-3**	**-1**	**0**	**0**	**0**
Summe			**118**	**110**	**60**	**114**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand: Durch die Anhebung der Verwaltungsgebühr für die Negativbescheinigungen (Verzicht des Vorkaufsrechtes) im Jahr 2010 haben sich auch die Erträge erhöht.

In 2011 wurden ca. 20 % mehr Negativbescheinigungen ausgestellt; dementsprechend haben sich auch die Gesamterträge erhöht. Der Anstieg hängt vermutlich mit den in 2012 zu zahlenden höheren Grunderwerbssteuern zusammen, so dass noch in 2011 vermehrt Kaufverträge abgeschlossen worden sind.

Die Erträge in 2012 erfolgen planmäßig.

Die Stellenanteile haben sich in 2012 um 0,25 im Bereich der Sachbearbeitung verringert.

Die Änderungen bei den **Bilanzbuchungen** ergeben sich aus Anpassungen bei der Altersteilzeitrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
52200	**Wohnungsbauförderung**	**Herr Dentzin**	**ASU**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**70**	**81**	**119**	**42**	**44**	**44**
Personalaufwand in T€			**19**	**17**	**11**	**22**
Stellenanteil		*0,28*	*0,28*	*0,28*		
Bilanzbuchungen in T€	**4**	**2**	**4**	**0**	**0**	**0**
Summe			**142**	**59**	**55**	**66**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Sachaufwand:

1. Planmäßig wurden jährlich die Zinszuschüsse in Höhe von rd. 12.300 € an private Wohnungsbauunternehmen im Rahmen der **Wohnungsbauförderung** ausgezahlt. Für die juristische Prüfung, unter welchen Voraussetzungen (insbesondere Vergaberecht) eine Beteiligung der Stadt an einer (fast ausschließlich von der Stadt finanzierten) Wohnungsbaugenossenschaft, wurden außerplanmäßig 3.000 € aufgewandt. Die Deckung erfolgte aus dem Bereich Wirtschaftsförderung. Ansonsten gibt es keine Planabweichungen.
2. **Fluglärmschutz:**

Folgende Teilbeträge des Sachaufwands für das Produkt „Wohnungsbauförderung“ für die Jahre 2009 bis 2012 beziehen sich auf die Beteiligung der Stadt Quickborn (1/6 der Gesamtkosten Schallschutzfenster) am 8. Freiwilligen Lärmschutzprogramm:

Sachaufwand in T€:	**57**	**65**	**107**	**29**	**29**	**29**

Zur Erläuterung, insbesondere zu den Gründen der Kostensteigerungen (2009 - 2011) wird zunächst auf den Finanzbericht vom Stand: Ende 2011 Bezug genommen sowie auf die Sitzungsvorlagen der Ratsversammlung Nr. IX/426 und IX/426a. Die von der Ratsversammlung im Haushalt zusätzlich bereitgestellten Mittel von 29.000 € für das Jahr 2012 wurden inzwischen voll ausgezahlt. Die Auszahlung der 2. und damit letzten Jahresrate der zusätzlich bewilligten Mittel wird dann wie von der Ratsversammlung gewünscht erst im Jahre 2013 ausgezahlt.

Bei den **Bilanzbuchungen** handelt es sich in erster Linie um Zuführungen zur Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
53500	**Kombinierte Versorgung**	**Frau Wölfel**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-1.286**	**-3.278**	**-1.210**	**-1.351**	**-493**	**-1.351**
Personalaufwand in T€			**7**	**6**	**5**	**10**
Stellenanteil		*0,10*	*0,10*	*0,10*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**0**	**1**	**0**	**0**	**0**
Summe			**-1.202**	**-1.345**	**-488**	**-1.341**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Entwicklung der Konzessionsabgabe in den Jahren 2009 bis 2012:

2009	2010	2011	2012
1.021.353,28 €	1.034.573,51 €	948.374,84 €	950.000,00 €

Entwicklung der Gewinnabführungen in den Jahren 2009 bis 2012:

2009	2010	2011	2012
297.094,38 €	377.118,19 €	252.525,00 €	350.000,00 €

Im Jahr 2009 kam es zusätzlich zu Mehrerträgen aus der Abrechnung der Kapitalertragssteuer für das Jahr 2001 und der Konzessionsabgabe 2008 von rd. 268 T€. Dem standen in dem Jahr Mehraufwendungen von rd. 236 T€ für Gewinnrückzahlungen für die Jahre 2003, 2004 und 2007 gegenüber.

Im Jahr 2010 wurden der Stadt rd. 109 T€ aus Abrechnungen der Jahre 2004 (Kapitalertragsteuer) und 2009 (Konzessionsabgabe) gezahlt.

Die geplante Konzessionsabgabe 2011 von 900.000 € wurde komplett an die Stadt ausgezahlt. Ein Gewinnabschlag wurde in Höhe von 300.000 € zur Jahresmitte geleistet, allerdings abzüglich der zu zahlenden Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag in Höhe von rd. 48 T€. Hinzu kommt in 2011 eine Nachzahlung aus dem Gewinn 2010 von rd. 125.000 € sowie eine Rückerstattung der Konzessionsabgabe 2010 an die Stadtwerke von rd. 80.000 €.

In 2012 wurden bisher 480.000 € der Konzessionsabgabe von 950.000 € als Abschlag gezahlt. Weiterhin wurden aus der Abrechnung der Konzessionsabgabe 2011 48.374,84 €gezahlt. Zu einem möglichen Gewinnabschlag 2012 wurde trotz mehrfacher Aufforderung bisher keine Aussage getroffen.

Neben der Konzessionsabgabe und dem Gewinn ist in diesem Produkt auch die Eigenkapitalverzinsung der Sparte Telekommunikation aufgeführt. Im Rechnungsergebnis 2010 waren bei den Erträgen u.a. 20.000 € von der Sparte Telekommunikation für die Bereitstellung von 1 Mio. € Eigenkapital eingeplant, abzufordern im Laufe des Jahres. Tatsächlich abgefordert wurden im Dezember 2010 170.000 € und die Erstattung betrug bei einem Zinssatz von 3% für das Jahr 2010 lediglich 127,50 € und für 2011 5.100 €. Die zusätzlich für das Jahr 2011 eingeplanten 30.000 € entfallen ganz, da erst zum Jahresende 300.000 € abgefordert wurden. Die Höhe des Gewinnanteils für das erste Halbjahr 2012 beträgt rd. 7.600 €, die Einzahlung steht noch aus. Zum 31.12.2012 wird ein weiterer Gewinn in Höhe von 13.800 € geltend gemacht. Der geplante Gewinn für 2012 von 45.100 € wird aufgrund der späten Abforderung nicht erreicht und tatsächlich bei rd. 21.400 € liegen.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Kommunalbetriebe Telekommunikation	**500.000,00**	**0,00**	**500.000,00**
Rest 2011:			
2. Kommunalbetriebe Telekommunikation	**530.000,00**	**331.000,00**	**199.000,00**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Kommunalbetriebe Telekommunikation	Eine Abschlagszahlung für nachgewiesene Investitionen wurde für den Zeitraum bis Ende April 2012 ausgezahlt. Weitere Investitionen in 2012 sind in Höhe von 2,6 € Mio. € geplant, die im Ansatz noch verfügbaren Mittel werden entsprechend ausgeschöpft.
Reste 2011:	
2. Kommunalbetriebe Telekommunikation	s. Erläuterung Ziffer 1.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
53700	**Abfallwirtschaft**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**4**	**-14**	**-14**	**-11**	**-8**	**-11**
Personalaufwand in T€			**8**	**7**	**5**	**10**
Stellenanteil		*0,07*	*0,07*	*0,07*		
Bilanzbuchungen in T€	**1**	**2**	**-1**	**0**	**0**	**0**
Summe			**-7**	**-4**	**-3**	**-1**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Behandlung und Umsetzung des angelieferten Grünabfalls wurde in 2011 beauftragt, konnte jedoch aus organisatorischen Gründen seitens des Auftragnehmers erst im Frühjahr 2012 durchgeführt werden. Zusätzlich ist wegen sehr feuchtem Untergrund die Lagerfläche des Komposts ausgehoben und eingeschottert worden. Der Betrieb verläuft planmäßig, die Erträge entwickeln sich erwartungsgemäß.

Die unter dieser Position nicht nachgewiesenen Personal- und Gerätekosten des Bauhofs betrugen in 2011 rund 14.000 €. Der somit errechnete geringe Verlust in 2011 in Höhe von rund 600 € wurde in die Kalkulation 2012 vorgetragen.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Zuführungen zur Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
53800	**Oberflächenentwässerung (Abwasserbeseitigung)**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**104**	**-49**	**13**	**-12**	**76**	**-12**
Personalaufwand in T€			**29**	**35**	**11**	**22**
Stellenanteil		*0,60*	*0,60*	*0,60*		
Bilanzbuchungen in T€	**471**	**388**	**442**	**440**	**0**	**440**
Summe			**484**	**463**	**87**	**450**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Enthalten sind 154.000 € aus der Verzinsung des Eigenkapitals der Sparte Abwasser, veranschlagt in den Jahren 2010, 2011 und 2012. Die Verzinsung für 2012 wird erst in der zweiten Jahreshälfte geltend gemacht.

Rückwirkend zum 01.01.2012 wird die Sparte Abwasser in den Haushalt der Stadt rückgeführt und dem neuen Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe zugeordnet. Das operative Geschäft obliegt bis zum 01.10.2012 den Kommunalbetrieben. Die Abwasserabteilung wird zum 01.10.2012 in den Fachbereich 11 integriert.

Die Hauptpositionen bei den Bilanzbuchungen sind die Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen und die Auflösung von hierfür erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen. Die Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Investitionen	Ansatz2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Hebbelstraße, Kanal	**90.000,00**	**2.410,75**	**87.589,25**
2. Hölderlinstraße, Kanal	**16.000,00**	**0,00**	**16.000,00**
3. Liliencronstraße, Kanal	**10.000,00**	**0,00**	**10.000,00**
4. Lenaustraße (West), Kanal	**12.000,00**	**0,00**	**12.000,00**
5. Am Mühlenberg, Oberflächenentwässerung	**35.000,00**	**0,00**	**35.000,00**
6. Justus-von-Liebig-Ring, Oberflächenentwässerung	**115.000,00**	**0,00**	**115.000,00**
Reste 2011:			
7. Regenrückhaltebecken Talstraße, Tauchwand	**85.002,00**	**1.190,00**	**83.812,00**
8. Ellerauer Str. Sandfang Gronau	**15.000,00**	**0,00**	**15.000,00**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Hebbelstraße, Kanal	Die Maßnahme zur Umgestaltung der Hebbelstraße wird derzeit durchgeführt. Abschluss und Schlussrechnungen werden zum Ende des Jahres erwartet.

2. Hölderlinstraße, Kanal	Zu 2., 3. und 4: Die Maßnahme ist laut Beschluss des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen vom 04.10.2011 mit einem Sperrvermerk versehen. Die Grundsatzentscheidung für den Bau wird in der Sitzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen im August 2012 erfolgen.
3. Liliencronstraße, Kanal	s. Erläuterung zu Ziffer 2.
4. Lenaustraße (West), Kanal	s. Erläuterung zu Ziffer 2.
5. Am Mühlenberg, Oberflächenentwässerung	Die Planungen sind beauftragt.
6. Justus-von-Liebig-Ring, Oberflächenentwässerung	Die Planungen wurden aufgenommen unter Berücksichtigung der weiteren städtebaulichen Entwicklung (B-Plan 97 Teil 1 und B-Plan 97 Teil 2) und der Auswirkung auf das Kanalnetz.
Reste 2011:	
7. Regenrückhaltebecken Talstraße, Tauchwand	Die vorgesehene Entschlammung des Beckens ist beauftragt, jedoch noch nicht abgeschlossen.
8. Ellerauer Str. Sandfang Gronau	Nach Befahrung der Leitung steht die ingenieurmäßige Beurteilung der Ursache des Sandeintrages noch aus. Nach Klärung wird der Auftrag zum Umbau erteilt.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
54100	**Gemeindestraßen**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**604**	**504**	**734**	**737**	**197**	**737**
Personalaufwand in T€			**171**	**140**	**96**	**192**
Stellenanteil		*2,86*	*1,22*	*1,28*		
Bilanzbuchungen in T€	**944**	**1.093**	**971**	**921**	**1**	**921**
Summe			**1.876**	**1.798**	**294**	**1.850**

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 31.12.12 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2011:			
Unterhaltung Straßen	**28.688,18**	**27.288,18**	**1.400,00**
Unterhaltung Straßen, Im Sand	**48.242,20**	**856,80**	**47.385,40**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für die Beseitigung der Winterschäden 2009/2010 wurden in 2010 Fördermittel in Höhe von 67.500 € bewilligt. Bezuschusst wurden die Asphaltierungen des Harksheider Weges, der Jahnstraße und der Klaus-Groth-Straße. Die Maßnahmen sind beendet und abgerechnet. Die übertragenen Reste (Ziffer 1) sind damit ausgeschöpft.

Die abschließende Sanierung der Marienhöhe und des Stichweges nach dem Erdfall im Juni 2010 ist zurzeit nicht möglich. Um eine Setzung und damit die notwendige Verdichtung des Bodens zu erreichen, wurde die Straße gesperrt und Auflast in Form eines Hügels aufgebracht. Um den Erfolg der Maßnahme zu überwachen, werden Setzungsmessungen vorgenommen. Für den Abschluss dieses Vorgangs wird mit einer Dauer von 2 Jahren gerechnet. Danach kann mit der endgültigen Sanierung begonnen werden.

Die übertragenen Reste für die Unterhaltung der Straßen sind durch Maßnahmen-Ausführung und abschließender Rechnungsstellung ausgeschöpft. Lediglich die abschließende Sanierung der Marienhöhe nach dem Erdfall in 2010 ist noch nicht ausgeführt.

Der Ausbau der Straße Im Sand ist für den Herbst 2012 vorgesehen. Die Information der Eigentümer ist erfolgt.

25.000 € wurden in 2012 bereitgestellt für die Jungbaumpflege der hochwertigen Bäume in der Innenstadt. Die entsprechenden Aufträge wurden planmäßig erteilt. Es wird damit gerechnet dass davon am Jahresende ca. 22.000 € ausgegeben sein werden.

Die Stellenanteile haben sich von 2010 nach 2011 um 1,64 Anteile verringert. Diese verteilen sich auf eine Ingenieurstelle mit 0,95 Anteilen und eine Sachbearbeiterstelle mit 0,69 Anteilen für den abgeschlossenen Teil der Innenstadtsanierung. In 2012 wurde im Bereich der Sachbearbeitung der Stellenanteil wieder um 0,06 erhöht.

Bei den Bilanzbuchungen stehen den Abschreibungen für aktiviertes Anlagevermögen von rd. 1,5 Mio. € die Auflösung von Zuwendungen und Beiträgen von rd. 0,5 Mio. € gegenüber. Die Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Beiträge Theodor- Körner Str.	**158.000,00**	**0,00**	**-158.000,00**
2. Beiträge Kleistraße	**40.000,00**	**0,00**	**-40.000,00**
3. Beiträge Bahnhofstr. Ost/West	**445.000,00**	**0,00**	**-445.000,00**
4. Beiträge Schillerstraße	**0,00**	**28.897,40**	**28.897,40**
5. Beiträge Dorotheenstraße	**0,00**	**25.886,88**	**25.886,88**
6. Innenstadt, Verbindungswege	**48.000,00**	**0,00**	**48.000,00**
7. Hebbelstraße, Planung und Bau	**161.000,00**	**2.563,56**	**158.436,44**
8. Lenaustraße, Planung und Bau (West)	**36.000,00**	**0,00**	**36.000,00**
9. Hölderlinstraße, Planung und Bau	**15.000,00**	**0,00**	**15.000,00**
10. Straßenbeleuchtung	**30.000,00**	**3.419,29**	**26.580,71**
Reste 2011:			
11. Zuschuss AKN, Mohlstedter Weg	**58.100,00**	**0,00**	**58.100,00**
12. Theodor-Körner-Straße, Planung und Bau	**224.243,52**	**170.567,95**	**53.675,57**
13. Liliencronstraße, Planung und Bau	**26.000,00**	**0,00**	**26.000,00**
14. Innenstadt, Gehweg Bahnhofstraße Nord	**92.069,11**	**9.682,23**	**82.386,88**
15. Innenstadt, Entwicklungspflege	**15.489,69**	**1.957,48**	**13.532,21**
16. Städtebauförderung Innenstadt	**43.141,62**	**0,00**	**43.141,62**
17. Hölderlinstraße, Planung und Bau	**28.000,00**	**0,00**	**28.000,00**
18. Straßenbeleuchtung	**90.757,12**	**74.251,35**	**16.505,77**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten	
Investitionen:	
1. Beiträge Theodor- Körner Str.	Die Straßenbaumaßnahme „Theodor-Körner-Straße“ wird bis zum Ende des Jahres abgeschlossen sein. Die Beitragsveranlagung ist für das 3. Quartal 2013 vorgesehen.
2. Beiträge Kleistraße	Die Beitragsveranlagung für die ausgeführten Kanalarbeiten soll zusammen mit den weiteren Baumaßnahmen in den Folgejahren erfolgen. Bei den Straßenabschnitten die in den Jahren 2015, 2022 und 2024 fertiggestellt werden, ist eine Einzelabrechnung vorgesehen. Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen wurde am 21.08.2012 über die Vorgehensweise in Kenntnis gesetzt und hat zugestimmt.
3. Beiträge Bahnhofstr. Ost/West	Die Endabrechnung der Straßenbaumaßnahme „Bahnhofstraße“ wird zur Zeit vorgenommen. Ziel ist es, die Beitragsveranlagung bis zum Ende des Jahres abzuschließen.
4. Beiträge Schillerstraße	In einigen Fällen der Beitragsveranlagung zu den beiden Straßen konnten die Eigentumsverhältnisse erst jetzt geklärt werden. Die entsprechenden Bescheide und Annahme-Anordnungen sind gefertigt und in den meisten Fällen sind auch die Beiträge bereits entrichtet worden. In wenigen Fällen wurde das Mahn- und Vollstreckungsverfahren eingeleitet.

5. Beiträge Dorotheenstraße	s. Erläuterung zu Ziffer 4
6. Innenstadt, Verbindungswege	Die Mittel wurden per Beschluss des Finanzausschusses vom 21.02.2012 gesperrt, und die Maßnahme für das Jahr 2014 vorgesehen.
7. Hebbelstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme zur Umgestaltung der Hebbelstraße wird derzeit durchgeführt. Abschluss und Schlussrechnungen werden zum Ende des Jahres erwartet.
8. Lenaustraße, Planung und Bau (West)	Die Maßnahme ist laut Beschluss des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen vom 04.10.2011 mit einem Sperrvermerk versehen. Die Grundsatzentscheidung für den Bau wird in der Sitzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen im August 2012 erfolgen.
9. Hölderlinstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist laut Beschluss des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen vom 04.10.2011 mit einem Sperrvermerk versehen. Die Grundsatzentscheidung für den Bau wird in der Sitzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen im August 2012 erfolgen.
10. Straßenbeleuchtung	Im 1. Halbjahr wurden folgende Aufträge erteilt: - Erneuerung der Straßenbeleuchtungskabel in den Straßen Birkenallee, Lindenstraße, Harksheider Weg, Bahnhofstraße und Kampstraße - im Georg-Kolbe-Stieg wurde die vorhandene Beleuchtung auf energiesparende Lampen umgerüstet und 2 zusätzliche Lampen aufgestellt. Die genannten Maßnahmen sind begonnen jedoch noch nicht abschließend abgerechnet.
Reste 2011:	
11. Zuschuss AKN, Mohlstedter Weg	Der Eigenanteil der Stadt Quickborn für die Eisenbahnkreuzungsmaßnahme Mohlstedter Weg wurde noch nicht abgerufen, da die Maßnahme noch nicht abgerechnet ist.
12. Theodor-Körner-Straße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist weitestgehend beendet, jedoch nicht schlussgerechnet.
13. Liliencronstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist laut Beschluss des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen vom 04.10.2011 mit einem Sperrvermerk versehen. Die Grundsatzentscheidung für den Bau wird in der Sitzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen im August 2012 erfolgen.
14. Innenstadt, Gehweg Bahnhofstraße Nord	Die Arbeiten sind weitgehend fertiggestellt jedoch noch nicht schlussgerechnet.
15. Innenstadt, Entwicklungspflege	Die noch zur Verfügung stehenden Mittel werden benötigt aufgrund der erteilten Aufträge zur Durchführung der Entwicklungspflege der gepflanzten Bäume. Die wesentlichen Ausgaben hierzu erfolgen erst am Jahresende. (Wir gehen davon aus, dass wir am Jahresende etwa 10.000 € dafür ausgegeben haben werden.)
16. Städtebauförderung Innenstadt	Das Städtebauförderungsprogramm – Stufe II – von 2006 – 2009 ist abgeschlossen, es fehlt aber noch das Testat der IB-Bank über den von der Verwaltung im Jahr 2010 eingereichten Schlussverwendungsnachweis. Da sich im Rahmen der Schlussverwendungsnachweises Rückzahlungsverpflichtungen von Seiten der Stadt an das Land ergeben könnten, wurden die Gelder in das Jahr 2012 übertragen. Eine Auszahlung ist noch nicht erfolgt.
17. Hölderlinstraße, Planung und Bau	Die Maßnahme ist laut Beschluss des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen vom 04.10.2011 mit einem Sperrvermerk versehen. Die Grundsatzentscheidung für den Bau wird in der Sitzung des Ausschusses für kommunale Dienstleistungen im August 2012 erfolgen.
18. Straßenbeleuchtung	Die Umstellung der Beleuchtung auf LED-Technik in den Straßen Kieler Straße (tlw.), Ellerauer Straße (tlw.), Marktstraße und im Grandweg ist abgeschlossen. Schlussabrechnung ist noch nicht erfolgt.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
54600	**Parkeinrichtungen**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**45**	**50**	**53**	**45**	**33**	**43**
Personalaufwand in T€			**9**	**7**	**7**	**14**
Stellenanteil		*0,15*	*0,15*	*0,15*		
Bilanzbuchungen in T€	**16**	**17**	**17**	**17**	**0**	**17**
Summe			**79**	**69**	**40**	**74**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

In 2011 wurden verschiedenen Unterhaltungsmaßnahmen ausgeführt (u.a. P+R Schild erneuert, Kameras mit Fischaugenobjektiven versehen, um mehr Flächen abzudecken, Fahrbahnmarkierungen).

Der Ansatz 2012 für die Unterhaltung des Grundstücks und des sonstigen unbeweglichen Vermögens wurde um 29 T€ gesenkt, da die Rechnungsergebnisse in den Vorjahren unter den Ansätzen lagen und in 2012 die Pachtzahlungen für Parkplätze an der Habichtstraße und Pascalstraße zur Jahresmitte ausgelaufen sind.

Bei den Bilanzbuchungen stehen den Abschreibungen für aktiviertes Anlagevermögen von rd. 40 T€ die Auflösung von Zuwendungen von rd. 25 T€ gegenüber. Die Buchungen erfolgen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
54700	**ÖPNV**	**Frau Walter**	**ASU**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**47**	**47**	**42**	**53**	**48**	**53**
Personalaufwand in T€			**24**	**22**	**12**	**24**
Stellenanteil		*0,40*	*0,35*	*0,35*		
Bilanzbuchungen in T€	**-1**	**-2**	**-1**	**0**	**0**	**0**
Summe			**65**	**75**	**60**	**77**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Aufwendungen betreffen einen Beitrag für die tarifliche Einbeziehung Quickborns in den HVV-Großbereich und die Beteiligung an den Kosten der Nachtbuslinie 623 sowie der Linie 594. Bezüglich der Kofinanzierung der genannten Buslinien wird kein fixer Betrag geschuldet, sondern ein festgelegter (prozentualer) Anteil am Gesamtdefizit dieser Linien. Grundlage der dynamischen Entwicklung der Finanzierungsbeiträge sind Abrechnungen des HVV. Die Abrechnung der Jahre 2008 ff. steht noch aus. Die *Südholstein Verkehrsservicegesellschaft mbH* geht allerdings davon aus, dass Nachzahlungen fällig werden könnten.

Die Reduzierung der Stellenanteile um 0,05 betrifft eine Stelle der Sachbearbeitung zur abgeschlossenen Sanierung der Innenstadt.

Die Abweichungen bei den Bilanzbuchungen ergeben sich aus Zuführungen zu und Entnahmen aus der Altersteilzeitrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
55102	**Spielräume für Kinder und Jugendliche**	**Frau Hesse**	**AKJS**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**6**	**4**	**7**	**6**	**4**	**6**
Personalaufwand in T€			**0**	**0**	**0**	**0**
Stellenanteil		*0,25*	*0,25*	*0,5*		
Bilanzbuchungen in T€	**36**	**41**	**59**	**41**	**0**	**41**
Summe			**66**	**47**	**4**	**47**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Kein Erläuterungsbedarf.

Die Erhöhung der Stellenanteile um 0,25 resultiert aus einer Änderung der Produktzuordnungen von 36200.

Die Bilanzbuchungen sind Abschreibungen von aktiviertem Anlagevermögen, in erster Linie die Spielgeräte auf den Spielplätzen und werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten gebucht.

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Ausstattung Spielplätze	**59.500,00**	**0,00**	**59.500,00**
Rest 2011:			
2. Ausstattung Spielplätze	**26.633,85**	**18.000,00**	**8.633,85**

Erläuterungen zu den Investitionen und Resten

Investitionen:	
1. Ausstattung Spielplätze	Siehe dazu insgesamt die Spielflächenbedarfsplanung 2012 inkl. Konzept „spielende Stadt“. HH-Sperre berücksichtigt und Aufträge sind erteilt – Umsetzung und Rechnungsstellung steht noch aus.
Rest 2011:	
2. Ausstattung Spielplätze	Mittel sind beauftragt bzw. verausgabt für Ersatzbeschaffungen auf verschiedenen Spielflächen, erste Umsetzungen „spielende Stadt“ sowie notwendige Zaunanlagen (z.B. Zauchenplatz, Feldbehnkehre). Es stehen noch Rechnungen aus.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
55400	**Naturschutz und Landschaftspflege**	**Frau Walter**	**ASU**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**46**	**18**	**2**	**35**	**3**	**33**
Personalaufwand in T€			**27**	**24**	**15**	**30**
Stellenanteil		*0,39*	*0,39*	*0,38*		
Bilanzbuchungen in T€	**-2**	**-46**	**-9**	**1**	**0**	**1**
Summe			**20**	**60**	**18**	**64**

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2012 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Reste 2011: Nachpflanzung von Straßenbäumen	**13.054,11**	**0,00**	**13.054,11**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

2009: Der erhöhte Unterhaltungsbedarf ist entstanden durch die reguläre große Nachpflanzaktion für Straßenbäume von ca. 11.000 €. Diese große Pflanzaktion findet in einem 3-jährigen Rhythmus statt, sodass in den beiden Folgejahren nur verminderte Kosten für Fertigstellungs- und Entwicklungspflege sowie für Wässerung anfallen.

2010: Der geringere Sachaufwand ist durch Erträge von ca. 3.000 € für Schadenersatzleistungen entstanden. Diese wurden von den Verursachern von Schäden an städtischen Bäumen geleistet (Unfallschäden, Vandalismus).

2011: Die zur Verfügung gestellten 17.900 € für Biotopunterhaltung (einschl. Nisthilfen und Mitgliedsbeiträge) sind bis 31.12.2011 im vollem Umfang ausgegeben worden. Darüberhinaus wurden zusätzliche Aufwendungen getätigt in Höhe von ca. 6.340 € (insgesamt somit 24.240 €). Diese Aufwendungen beziehen sich auf diverse Biotopunterhaltungsmaßnahmen (wie z.B. Durchforstungen verschiedener städtischer Waldflächen - Amselweg, Holstenstadion und am Holmmoor -, ferner Knickpflege, Totholzentfernung an öffentlichen Bäumen, Instandsetzung von Wildschutzzäunen und Abbau eines Wildschutzzaunes, Baumgutachten). Die Deckung der Mehraufwendungen erfolgte durch erzielte Erträge von ca. 19.500 €. Diese setzen sich wie folgt zusammen:
Erträge aus dem Verkauf des Holzes, das bei den Durchforstungen angefallen ist, Erstattungen für die auf Antrag von Bürgern gefällten Straßenbäume sowie Schadenersatzleistungen aus Baum-Unfallschäden. Insofern hat sich zum Jahresende ein Überschuss von ca. 13.700 € ergeben.

2012: Von den zur Verfügung gestellten 18.300 € für Biotopunterhaltung/Baumpflege (einschl. Nisthilfen und Mitgliedsbeiträge) sind zur Jahresmitte 3.263,43 € ausgegeben worden. Die Mittel werden zum Jahresende einschließlich zu erwartenden Mehrkosten aus Nachpflanzung von Straßenbäumen und unter Abzug der gesperrten Mittel verbraucht sein. Die zur Verfügung stehenden Mittel von 30.054,11 € für die Nachpflanzung von Straßenbäumen werden nach Abzug der gesperrten Mittel vollständig verbraucht sein und zwar für folgende Maßnahmen: Entwicklungspflege der in 2009 gepflanzten Straßenbäume und Nachpflanzung von 37 Straßenbäumen im Herbst 2012.

Zuführungen an und Entnahmen aus der Pensionsrückstellung sind die Ursache für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Bilanzbuchungen.

Finanzbericht

Investitionen	Ansatz 2012/Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.12 in €	vom Ansatz/Rest noch verfügbare Mittel in €
1. Anlegung von Waldflächen im B-Plan 91	**22.000,00**	**0,00**	**22.000,00**
2. Erstattungen	**0,00**	**18.536,53**	**18.536,53**
Rest 2011:			
3. Ersatzknick B-Plan 95	**12.613,43**	**0,00**	**12.613,43**

Erläuterungen zu den Resten und Investitionen	
Investitionen:	
1. Anlegung von Waldflächen im B-Plan 91	Die zur Verfügung stehenden Mittel werden zum einen für umfangreiche Nachpflanzungen und Erstpflege im Bereich der Aufschüttungsfläche – Teil Nord - mit sehr schwierigen Standortverhältnissen und zum anderen für die im Herbst 2012 anstehende Aufforstung des 3 ha großen südlichen Teiles des Plangebietes benötigt. Die wesentlichen Aufträge hierzu (Bau Wildschutzzaun und Bepflanzung) werden nicht vor Sept./Okt. erteilt. Es ist möglich, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ganz auskömmlich sein werden und eine Unterdeckung aus den Einnahmen (s. Produkt-Konto: 55400-23320 - Nicht aufzulösende Beiträge -) ausgeglichen werden muss.
2. Erstattungen	Zahlungen für die Bereitstellung von Ersatzwald an Dritte im Zuge von Waldumwandlungsgenehmigungen (bei privaten Bauvorhaben). Ein geringer Teil resultiert aus der Bereitstellung einer Ausgleichsmaßnahme für Dritte aus dem städtischen Ökokonto. Bei nicht Auskömmlichkeit der Mittel für die Anlegung im Wald im B-Plan 91 muss Ende 2012 ggfs. auf einen Teil der Einnahmen zurückgegriffen werden. Je nach Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel 2013 für in „Anlegung von Biotopen und Waldflächen“ muss ein Teil der Einnahmen zur Übertragung nach 2012 beantragt werden.
Rest 2011:	
3. Ersatzknick B-Plan 95	Von den zur Verfügung stehenden Mitteln wird aus laufenden Aufträgen zum Jahresende noch 4.200 € abgerechnet werden für Nachpflanzungen, Entwicklungspflege der Knickbepflanzung und Pflege der Saumstreifen. Die dann noch verbleibenden Mittel von ca. 8.000 € werden erneut zur Übertragung in das Jahr 2013 beantragt werden, da die Maßnahme bis 2014 läuft.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
57100	**Wirtschaftsförderung**	**Frau Rusch**	**HA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**31**	**21**	**20**	**89**	**1**	**89**
Personalaufwand in T€			**40**	**37**	**18**	**36**
Stellenanteil		*0,70*	*0,70*	*0,70*		
Bilanzbuchungen in T€	**-169**	**2**	**4**	**2**	**0**	**2**
Summe			**64**	**128**	**19**	**127**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Für das Stadtmarketing wurde im Jahr 2011 ein Betrag in Höhe von 50.000 € bereitgestellt. Diese Mittel wurden nicht verausgabt. Im Haushalt 2012 ist ein Betrag in Höhe von 45.000 € für direkte Standortwerbung / Stadtmarketing eingeplant.

Bei den Erträgen und Aufwendungen sind zur Jahresmitte keine Abweichungen festzustellen, daher besteht kein Erläuterungsbedarf.

Zuführungen an und Entnahmen aus der Pensionsrückstellung sind die Ursache für die unterschiedlichen Ergebnisse bei den Bilanzbuchungen.

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
57301	**Märkte**	**Frau Lohse**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**-13**	**-9**	**-9**	**-10**	**-2**	**-11**
Personalaufwand in T€			**12**	**11**	**5**	**10**
Stellenanteil		*0,34*	*0,34*	*0,34*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**83**	**3**	**0**	**0**	**0**
Summe			**6**	**1**	**3**	**-1**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Durch den langen strengen Winter 2009/2010 und der im Oktober beginnenden Kälte mit frühem Frost im November 2010 konnten diverse Pflanzenverkaufsstände nicht am Wochenmarkt teilnehmen, so dass die Benutzungsgebühren in 2010 sanken.

In 2011 nahmen 4 Marktbeschicker über mehrere Monate am Wochenmarkt nicht teil. 2 Pflanzenhändler und 1 Gemüsehändler kommen während der Wintermonate grundsätzlich nicht mehr und die Backwarenhändlerin meldete sich für den Wochenmarkt am Mittwoch generell ab. Ersatzstände konnten bisher nicht gefunden werden.

Die bis zur Mitte 2012 eingegangenen Erträge entsprechen der Planung für dieses Jahr.

Bei den 83 T€ handelt es sich um eine Zuführung an die Pensionsrückstellung.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
57302	**Dorfgemeinschaftshaus Renzel**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**4**	**1**	**2**	**2**	**2**	**2**
Personalaufwand in T€			**4**	**3**	**2**	**4**
Stellenanteil		*0,1*	*0,1*	*0,1*		
Bilanzbuchungen in T€	**-1**	**-1**	**-1**	**-2**	**0**	**-2**
Summe			**5**	**3**	**4**	**4**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Erträge und Aufwendungen liegen im Rahmen der Planungen. Im Rechnungsjahr 2009 wurden Bodenbelagarbeiten durchgeführt (rd. 3.000 €).

In 2011 wurden kleinere Bauunterhaltungsmaßnahmen ausgeführt. Die Erträge und Aufwendungen entsprechen dem Planungsrahmen. Das gleiche gilt für das Haushaltsjahr 2012.

Bei den Bilanzbuchungen handelt es sich um Verrechnungszuschüsse von rd. 5 T€ auf der Ertragsseite und Abschreibungen von rd. 4 T€ auf der Aufwandsseite. Die Abschreibungen werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
57303	**Sport- und Begegnungsstätte Quickborn**	**Frau Raphael**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**154**	**-560**	**-21**	**32**	**-20**	**32**
Personalaufwand in T€			**3**	**3**	**4**	**8**
Stellenanteil		*0,05*	*0,05*	*0,13*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**18**	**17**	**16**	**0**	**16**
Summe			**-1**	**51**	**-16**	**56**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Verlustzuweisung 2009 inklusive einer Nachzahlung für 2008 betrug 149.500 €.

Die Bewirtschaftung der Einrichtung erfolgt seit dem 01.01.2010 durch die Stadt und nicht mehr durch die Kommunalbetriebe. In 2010 wurden rd. 60.000 € für den Betrieb der Sport- und Begegnungsstätte aufgewendet. Dem stehen in gleicher Höhe Erträge aus Vermietung gegenüber. Weiterhin kommen aus der Übernahme der Bilanzwerte und Konten von den Kommunalbetrieben einmalige Effekte und Abrechnungen hinzu, die das Jahresergebnis 2010 entsprechend beeinflussen. Vergleiche über den Zuschussbedarf nach der Übernahme der Einrichtung lassen sich erst ab dem Jahr 2011 ziehen.

Beim Ansatz für Sachaufwendungen 2011 stehen Erträge aus der Vermietung der Sport- und Begegnungsstätte (Dauervermietungen an den TUS, VHS sowie an Drittnutzer) den Aufwendungen aus dem Betrieb der Einrichtung in fast gleicher Höhe gegenüber.

Für 2012 waren im Rahmen der Bauunterhaltung Maßnahmen zur Beseitigung von Durchfeuchtungen an der Fassade vorgesehen, die wegen dringender Unterhaltsmaßnahmen an anderen Gebäuden in das Jahr 2013 verschoben worden sind.

Die Stellenanteile wurden im Bereich der Umweltkoordination um 0,08 erhöht.

Mit der Übernahme der Sport- und Begegnungsstätte zum 01.01.2010 wurden in 2010 erstmalig Abschreibungen gebucht.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
57304	**Bauhof**	**Herr Gercken**	**AKD**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**1.035**	**1.080**	**1.468**	**1.200**	**600**	**1.236**
Personalaufwand in T€			**12**	**10**	**7**	**14**
Stellenanteil		*0,18*	*0,11*	*0,11*		
Bilanzbuchungen in T€	**0**	**1**	**1**	**0**	**0**	**0**
Summe			**1.481**	**1.210**	**607**	**1.250**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Der Zuschussbedarf steigt jährlich wegen Modernisierungsmaßnahmen nach Übernahme durch die Kommunalbetriebe, höhere Aufwendungen für Material, Reparaturen an Spezialfahrzeugen, Fremdleistungen, Zinsen, Abschreibungen, Altersteilzeitrückstellungen, etc..

RE 2011: Lt. Jahresabschluss 2010 betrug die Unterdeckung 169.688,05 € und konnte noch im Jahr 2011 außerplanmäßig durch Mehrerträge bei Gewerbesteuern gedeckt werden. Der Verlustausgleich 2011 von ermittelten 176.000 € (enthalten sind 30.000 €, die vorab für den Ausgleich für 2009 verwendet werden mussten) konnte überplanmäßig ebenfalls über Mehrerträge bei Gewerbesteuern finanziert werden (Ratsversammlung am 28.11.2011, DS-Nr. IX/483). Der Jahresabschluss 2011 wird voraussichtlich einen weiteren Zuschussbedarf in Höhe von rd. 36.300 € ergeben. Ein politischer Beschluss über die Finanzierung muss dann entsprechend erfolgen.

In 2012 wurde eine 5 %ige Haushaltssperre verhängt. Die Summe beläuft sich auf 60.000 €, entsprechende Einsparungen werden angestrebt, sind der obigen Tabelle aber noch nicht dargestellt.

Rückwirkend zum 01.01.2012 wird die Sparte Bauhof in den Haushalt der Stadt zurückgeführt. Das operative Geschäft wurde am 01.07.2012 übertragen. Als Verlustausgleich stehen im Haushalt 2012 noch 540.000 € zur Verfügung, die dem neuen Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe zugeordnet wurden. Die Aufnahme und Analyse der Arbeitsorganisation, der vertraglichen Unterlagen und der technischen wie baulichen Rahmenbedingungen bilden im Jahr 2012 die Priorität vor dem Beginn von Veränderungsprozessen.

Die Mitarbeiter und Fahrzeuge aus der Pflege der Innenstadt-, Schulhof- und Außensportanlagen werden ab dem 01.07.2012 räumlich und organisatorisch in den Bauhof integriert.

Die Stellenanteile wurden durch interne Verschiebungen um 0,07 Anteile im Bereich der Sachbearbeitung Team Strategie-Management reduziert.

Die Bilanzbuchungen sind Zuführungen an und Entnahmen aus der Urlaubs- und Überstundenrückstellung.

Finanzbericht

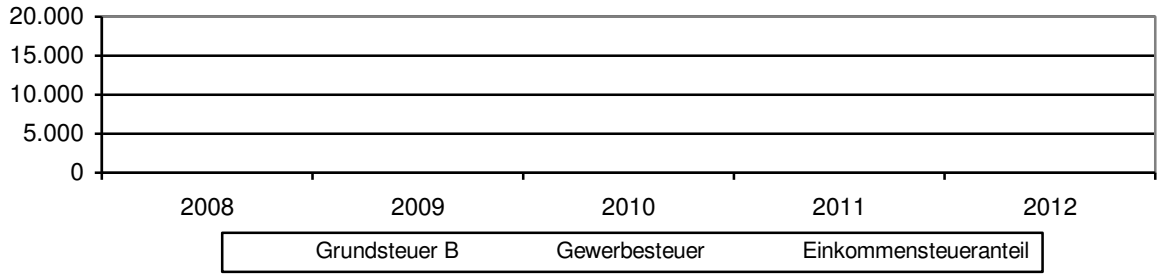
Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachaus-schuss
61100	**Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen**	**Frau Wölfel**	**FA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahres-ende
Sachaufwand in T€	**-13.928**	**-19.293**	**-13.244**	**-15.295**	**-21.591**	**-15.295**
Personalaufwand in T€			**63**	**50**	**53**	**106**
Stellenanteil		*0,92*	*0,92*	*1,19*		
Bilanzbuchungen in T€	**-2.929**	**5.680**	**-3.450**	**-1.933**	**4**	**-1.933**
Summe			**-16.631**	**-17.178**	**-21.534**	**-17.122**

	Rest 2011 in €	Anordnungssoll zum 01.07.2012 in €	vom Rest noch verfügbare Mittel in €
Aufwand Rest 2011:			
Gewerbesteuerumlage	**389.035,00**	**389.035,00**	**0,00**

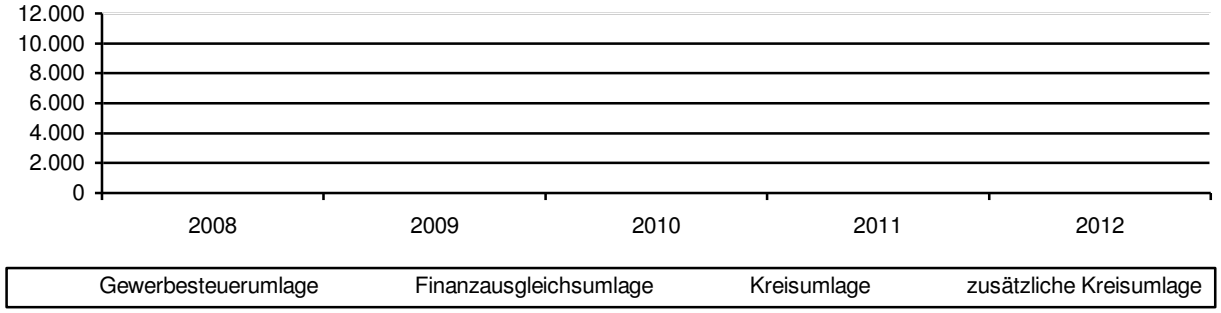
Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Entwicklung der 3 Hauptertragsquellen in den Jahren 2008 bis 2012 in T€:



Ertrag	2008	2009	2010	2011	2012
Grundsteuer B	1.959.892,96 €	2.988.338,40 €	3.067.472,05 €	3.049.171,20 €	3.020.000,00 €
Gewerbesteuer	10.621.823,80 €	12.063.532,15 €	19.462.166,91 €	15.552.587,62 €	16.000.000,00 €
Einkommen-steueranteil	8.960.583,00 €	8.085.714,00 €	7.650.605,00 €	9.100.392,00 €	9.061.400,00 €

Entwicklung der großen Aufwandsarten in den Jahren 2008 bis 2012 in T€:



Aufwand	2008	2009	2010	2011	2012
Gewerbesteuerumlage	2.733.068,00 €	2.220.869,00 €	5.454.004,00 €	3.144.896,00 €	3.862.100,00 €
Finanzausgleichsumlage	1.640.748,00 €	1.390.668,00 €	247.452,00 €	2.240.148,00 €	1.267.900,00 €
Kreisumlage	8.999.936,35 €	8.959.136,91 €	7.539.828,66 €	10.194.774,72 €	9.385.300,00 €
zusätzliche Kreisumlage	863.386,36 €	640.112,77 €	0,00 €	1.448.525,24 €	634.400,00 €

In den Jahren 2008 und 2009 sind bei den Bilanzbuchungen Entnahmen aus der Finanzausgleichsrückstellung von 3,6 Mio. € und 3 Mio. € erfolgt. Diese wurde aus Gewerbesteuermehreinnahmen 2007 gebildet.

Im Jahr 2009 kam es neben Mehrerträgen bei der Grundsteuer B von rd. 1 Mio. € (Erhöhung Hebesatz) und Gewerbesteuermehrerträgen von rd. 1,4 Mio. € auch zu einer erheblichen Rückzahlung der Gewerbesteuerumlage aus dem Jahr 2008 von rd. 1,1 Mio. €.

Die hohen Aufwendungen aus den Finanzausgleichsumlagen im Jahr 2011 entstehen durch die erheblichen Gewerbesteuermehrerträge im Jahr 2010. Sie werden durch die Auflösung einer Finanzausgleichsrückstellung aus dem Jahr 2010 in Höhe von rd. 4,866 Mio. € aufgefangen. Diese ist im Jahr 2011 bei den Bilanzbuchungen ersichtlich.

Im Jahr 2011 konnten neben den Mehrerträgen bei der Gewerbesteuer von rd. 2,5 Mio. € auch Mehrerträge beim Einkommensteueranteil von rd. 0,7 Mio. € verzeichnet werden. Hierfür musste erneut im Rahmen des Jahresabschlusses eine Finanzausgleichsrückstellung von 1,3 Mio. € für das Jahr 2012 gebildet werden sowie ein Haushaltsrest für die Abrechnung der Gewerbesteuerumlage von 0,4 Mio. € übertragen werden.

Im Jahr 2012 wird der Anteil von 629 T€ aus der Finanzausgleichsrückstellung 2010 und der Betrag von 1.304 T€ aus der Finanzausgleichsrückstellung 2011 entnommen, um die aus den damaligen erhöhten Steuererträgen in diesem Jahr resultierenden Umlagen zu decken. Der für die Gewerbesteuerumlage im Jahr 2011 gebildete Haushaltsrest wurde mit der Abrechnung der Umlage im Februar 2012 gezahlt.

Bei den Steuererträgen besteht derzeit noch ein Defizit in Höhe von rd. 1.500 T€. Es wird noch davon ausgegangen, dass dieses im Laufe des 2. Halbjahrs und durch anderweitige Mehrerträge, aufgefangen werden kann.

Die Stellenanteile wurden vom Produkt 11104 hierher verschoben.

Finanzbericht

Produkt	Bezeichnung	verantwortlich	Fachausschuss
61200	**Sonstige allg. Finanzwirtschaft**	**Frau Wölfel**	**FA**

Ergebnisplan	RE 2009	RE 2010	RE 2011	Ansatz 2012	Stand 01.07.12	Prognose zum Jahresende
Sachaufwand in T€	**381**	**754**	**883**	**1.052**	**1.054**	**1.052**
Personalaufwand in T€			**29**	**88**	**36**	**72**
Stellenanteil		*0,15*	*0,15*	*0,35*		
Bilanzbuchungen in T€	**-8**	**-8**	**-26**	**-1.100**	**2**	**-1.100**
Summe			**886**	**40**	**1.092**	**24**

Erläuterungen zu den Positionen des Ergebnisplanes

Die Zinserträge aus der Anlage von liquiden Mitteln sind bis auf 5 T€ gesunken. Ab dem Jahr 2011 wurde der Ansatz für Zinserträge von 100 T€ auf 50 T€ halbiert; nach dem heutigen Stand wird der Ansatz 2012 zum Jahresende nicht erreicht.

Die Zinsen für aufgenommene Kredite sind von 2009 bis 2012 von 400 T€ auf über 1.000 T€ gestiegen. Im Jahr 2010 kamen zusätzlich noch Zahlungen für Vorfälligkeitsentschädigungen von rd. 180 T€ hinzu. Hierfür wurden Kredite mit Zinssätzen über 5 % abgelöst, die die Stadt von den Kommunalbetrieben, Sparte Städtische Liegenschaftsverwaltung (SBQ) zum 01.01.2010 übernommen hat.

Der Ansatz für das Jahr 2012 von 1,1 Mio. € wird aus heutiger Sicht nicht überschritten.

Der Schuldenstand der Stadt Quickborn beträgt unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen zur Jahresmitte rd. 41,5 Mio. €. Investitionskredite mussten bislang noch nicht aufgenommen werden; Kassenkredite in Höhe von derzeit rd. 5 Mio. €. Die einzelnen Investitionskredite wurden zumeist mit einer mittel- und langfristigen Laufzeit abgeschlossen und sind in der folgenden Übersicht aufgeführt:

Betrag in €	**Laufzeit**	**Zinssatz in %**	**Laufzeitende**
kurzfristige Laufzeit			
1,0 Mio.	6 Monate	1,04	28.09.2012
1,0 Mio.		**1,04**	
mittelfristige Laufzeit			
6,0 Mio.	2 Jahre	1,509	30.09.2013
9,0 Mio.	2 Jahre	1,515	30.12.2013
4,9 Mio.	5 Jahre	3,040	30.03.2014
4,9 Mio.	5 Jahre	3,110	31.08.2014
4,0 Mio.	5 Jahre	2,145	30.12.2016
28,8 Mio.		**2,264**	
langfristige Laufzeit			
rd. 1,4 Mio.	alt		
5,7 Mio.	20 Jahre	3,670	30.06.2031
4,6 Mio.	17 Jahre	3,400	30.06.2028
11,7 Mio.		**3,540**	

Die Stellenanteile haben sich vom Produkt 11104 hierher verschoben.

Die Bilanzbuchungen beinhalten die neu zum Haushalt 2012 eingeführten Zinsaufwendungen für Investitionen; eine innere Verrechnung der zu zahlenden Zinsen für Investitionskredite, verteilt auf die Investitionen aller Produkte. Weiterhin ist der Gesamtbetrag für die Altersteilzeit- und Pensionsrückstellung hier veranschlagt, der im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 auf die einzelnen Produkte aufgeteilt wird.

Stadt Quickborn

Entwicklungsberichte

(neue Bahnhofsuhr)

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

1. Entwicklung der Personalkosten

Personalkosten in € (ohne ARGE/Jobcenter)		
Jahr	**Gesamtkosten***	**Steigerung in %**
2002	**6.228.876**	- 1,72
2003	**6.352.903**	1,99
2004	**6.772.896**	6,61
2005	**6.727.343**	- 0,67
2006	**6.582.608**	- 2,15
2007	**6.637.275**	0,83
2008	**6.937.648**	4,53
2009	**7.194.442**	3,70
2010	**7.339.082**	2,01
2011	**7.768.700**	5,85
2012	**8.037.000**	3,45

* Es sind die Rechnungsergebnisse angegeben. Für 2012 sind die zu erwarteten Personalkosten aufgeführt.

Im Jahr 2010 betrugen die Personalkosten 7.339.082 €; für das Jahr 2011 wurden rd. 7,8 Mio. € eingeplant. Im Bericht zur Jahresmitte 2011 wurde bereits angekündigt, dass das Budget in vollem Umfang benötigt wird (siehe Vorlage DS-Nr. IX/445, S. 73). Letztlich betrugen die Personalkosten im Jahr 2011 7.768.700 €.

Die Vorausberechnungen der Personalkosten für 2012 betragen 8.103.500 € (inkl. Jobcenter siehe DS – Nr. IX/ 544 a) und 8.037.000 € ohne Jobcenter (= Differenz in Höhe von 66.500 €). Die Steigerung beträgt damit 3,4 % bei einer Tarifsteigerung von 3,5 % ab 01.03.2012.

Erläuterungen zu den Personalausgaben

Für das Jahr 2012 wurde ein Budget für Personalausgaben in Höhe von 7.102.300 € bewilligt. Der Haushaltsansatz für Personalaufwendungen ist damit für 2012 zu niedrig angesetzt. Die Planungen zur Aufstellung des Haushaltes 2012 waren zu ehrgeizig. Es wurde davon ausgegangen, dass der Personalmehrbedarf sowie die Besoldungs- und Tariferhöhungen - wie in der Vergangenheit geschehen – aufgefangen werden. In den letzten Jahren ist es immer wieder gelungen, die Mehraufwendungen durch Nichtbesetzen von Stellen des Stellenplanes, krankheitsbedingten Ausfällen, dem Auslaufen von befristeten Verträgen, dem Verzicht auf sofortige Stellennachbesetzungen, dem Verzicht auf Ersatzbesetzungen bei längerfristigen Ausfällen sowie durch Erstattungen Dritter zu einem Großteil zu kompensieren. Aufgrund der Vielzahl von Projekten, zusätzlicher Aufgaben und der in fast allen Bereichen individuellen starken Arbeitsplatzbelastungen können solche Maßnahmen zur Reduzierung von Personalkosten nicht mehr umgesetzt werden.

In der ersten Jahreshälfte 2012 wurden zusätzlich vier Beschäftigte eingestellt, die dem Jobcenter zugewiesen wurden. Den höheren Personalaufwendungen für das zusätzliche Personal, das beim Jobcenter beschäftigt wird, stehen die Erträge aus der Erstattungsleistung des Bundes gegenüber.

Anzumerken ist, dass die Stadt für die Sprachfördermaßnahmen sowie für die Schulsozialarbeit Zuschüsse vom Kreis Pinneberg und vom Bund erhält. Die Stadt erhält Erstattungen für das Personal, das Kommunit und dem „Jobcenter“ zugewiesen ist.

Zur Überprüfung der Personalentwicklung nach der Verwaltungsstrukturreform und der Nachhaltigkeit der Maßnahmen dient folgende Tabelle:

Jahr	Summe	Aufgabenveränderung	lineare Tarifsteigerung	zu erwartende Personalkosten
2004	6.772.896 €			6.772.896 €
2005	6.727.343 €	0	0,00%	6.772.896 €
2006	6.582.608 €	0	0,00%	6.772.896 €
2007	6.637.275 €	82.500	0,00%	6.855.396 €
2008	6.937.648 €	54.080	3,10%	7.121.993 €
2009	7.194.442 €	-28.000	2,80%	7.293.409 €
2010	7.339.082 €	32.970	1,20%	7.413.900 €
2011	7.768.700 €	184.300	1,10%	7.679.753 €
2012	8.037.000 €	120.710	3,50%	8.069.254 €

Basisjahr sind die Kosten des Jahres 2004 (vor der Veränderung). Diese werden um die wesentlichen Aufgabenveränderungen und die Tarifsteigerungen angepasst. Einmalzahlungen, kleine Veränderungen und Steigerungen der Sozialversicherung etc. wurden nicht berücksichtigt. Ebenso sind keine Leistungssteigerungen ausgewiesen, die aus der Verwaltung heraus durch Arbeitsverdichtung möglich wurden.

Personalentwicklung, Personalplanung, Personalkosten

Die politischen Gremien haben folgende Aufgabenveränderungen beschlossen:

Jahr		Stellenanteil	jährliche Personalkosten
2002			
2003	Überwachungsperson ruhender Verkehr	0,50	22.500,00 €
	Einführung GeoInformation	1,00	45.000,00 €
			67.500,00 €
2004	Offene Ganztagsschule bzw. Kindertagesstätte / Erzieher/in / Angestellte/r	0,20	9.432,60 €
2005			
2006			
2007	Stadtplanung Projektinnenentwicklung 1,5 VK	1,50	82.500,00 €
	Sozialsachbearbeitung Kostenerstattung durch Kreis Pinneberg	0,78	42.900,00 €
	Projekt Hochbaumaßnahmen	1,50	82.500,00 €
			207.900,00 €
2008	Einführung Schulsozialarbeit	1,04	54.080,00 €
2009	Abgabe EDV an KommunIT (Beamter nur abgeordnet)	-0,50	- 28.000,00 €
2010	Schulsekretärin DBG	0,40	21.200,00 €
	Schulsekretärin Förderzentrum	-0,27	- 14.310,00 €
			32.970,00 €
2011	VHS (kostendeckend)	0,38	22.800,00 €
	Schulküche / Mensenbetrieb	3,28	164.000,00 €
	Gebäudeleittechnik	1,00	60.000,00 €
	Stadtplanung Projektinnenentwicklung 1,5 VK	-1,50	- 90.000,00 €
	Verstärkung Hausmeisterdienst	0,50	27.500,00 €
			184.300,00 €
2012	Verstärkung VHS kostenneutral	0,17	9.350,00 €
	Schulsozialarbeit Finanzierung Kreis Pinneberg	1,92	111.360,00 €
			120.710,00 €

Insgesamt konnte die Verwaltung bei deutlich gestiegenen Leistungen rund 750.000 € für die Bürger Quickborns (Differenz Rechnungsergebnis zu erwartenden Personalkosten) einsparen.

2. Personalbestand/-planung

Personalbestand				
	Anzahl der Stellen			
Jahr	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Gesamt
2002	26,00	105,00	11,00	**142,00**
2003	23,19	96,75	11,10	**131,04**
2004	21,69	97,99	11,31	**130,99**
2005	20,69	97,99	11,31	**129,99**
2006	20,69	97,99	11,31	**129,99**

Personalbestand und -planung nach Neustrukturierung der Verwaltung			
	Anzahl der Stellen		
Jahr	Beamte	Beschäftigte	Gesamt
2006	20,69	109,30	**129,99**
2007	21,42	105,84	**127,26**
2008	22,83	113,17	**136,00***
2009	22,83	110,86	**133,69***
2010	22,83	111,14	**133,97***
2011	22,14	115,41	**137,55**
2012	23,14	116,34	**139,48**

*(ohne das zusätzlich für die ARGE zeitlich befristet eingestellte Personal = 20 Vollzeit-Stellen)

Für die Fachbereiche Ehrenamt, Kultur und Veranstaltungen (städt. Kindertagesstätte), Jugend sowie Einwohnerangelegenheiten war es erforderlich, für Mitarbeiterinnen, die sich in Elternzeit oder Sonderurlaub befanden, befristet Aushilfen zu beschäftigen. Für das Projekt Schulbausanierung wird weiterhin zeitlich befristet zusätzlich Personal beschäftigt.

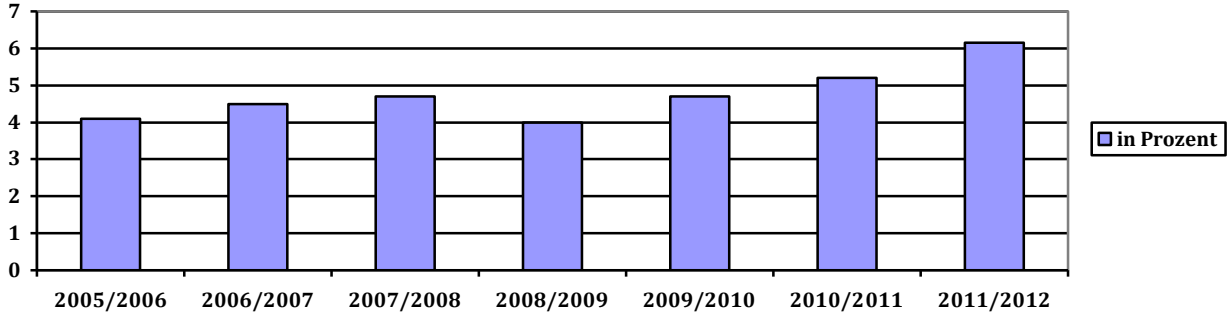
Zurzeit sind innerhalb der Stadtverwaltung (96) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt (inkl. Einrichtungen). Eingerechnet sind hierbei auch die sog. „geringfügig Beschäftigten“.

Folgende Ausfallzeiten waren aufgrund von Erkrankungen zu verzeichnen:

Juli 2011 bis Juni 2012 (= 254 Arbeitstage, 134 Mitarbeiter/innen – ohne Kindertagesstätte und geringfügig Beschäftigte)		
Erkrankungen	Betroffene Mitarbeiter/innen	Ausfalltage (Vorjahr)
bis 6 Wo.	-/-	1111 (1072)
über 6 Wo.	6 (4)	311 (192)
Dauerkranke (Einzelerkrankung über 12 Wochen)	4 (3)	673 (496)
insgesamt	-/-	2095 (1760)

Für das zurückliegende Jahr errechnet sich somit eine Ausfallquote von 6,16 %.

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Entwicklung des Krankenstandes seit Juni 2005.



Der Krankenstand hat sich im zurückliegenden Jahr nochmals erhöht und liegt nunmehr bei 6,16 %. Anzumerken ist, dass vier Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter sehr lange erkrankt waren/sind (Dauerkranke = länger als 12 Wochen arbeitsunfähig).
Eine Umfrage des Deutschen Städtetages zum Krankenstand in den Mitgliedsstädten hat ergeben, dass sich der Krankenstand 2011 auf 6,12 % erhöht hat. Nachdem in den Jahren zuvor die Fehltage unter dem Durchschnitt lagen (5,2 % Quickborn, Bund 5,9 %), liegt Quickborn nach einer drastischen Steigerung jetzt im Bundesdurchschnitt.

Während die Ausfallzeit bei Erkrankungen bis 6 Wochen zurückging, konzentriert sich das Ausfallgeschehen auf 10 Mitarbeiter/innen. Soweit es geboten ist, werden die Erkrankten eng durch die Betriebsärztin bzw. den Amtsarzt, den Personalrat und die Dienststelle begleitet. Wegen der geringen Fallzahl können aus Gründen des Datenschutzes keine weitergehenden Erläuterungen gegeben werden.
Der Krankenstand in anderen Kommunalverwaltungen in Schleswig-Holstein hat sich laut Umfrage des Städteverbandes Schleswig-Holstein in den letzten fünf Jahren erhöht und liegt derzeit bei 5,9 %, also etwas unterhalb des aktuellen Quickborner Wertes.
Die Erhebungen der Krankenkassen sind mit Arbeitgebererhebungen schwer zu vergleichen. Die Krankenkassen erheben nur gemeldete Arbeitsunfähigkeiten; Bescheinigungen werden oft nicht bei der Krankenkasse abgegeben bzw. sind erst ab den 4 Krankheitstag vorgeschrieben. Die Krankenkassen rechnen Kalendertäglich (365 Tage) ab während Arbeitgeber arbeitstäglichen Ausfall berechnen (254 Arbeitstage). Dies hat insbesondere Auswirkungen bei den Erkrankungen bis 6 Wochen.

Zur Vergleichbarkeit mit den GKV-Werten ist folgende Berechnung annähernd zielführend:

1	Fehltage Quickborn unter 6 Wochen Krankheitsdauer	911
2	Umrechnung auf GKV Wert (911 / 254 x 365)	1309
3	Erkrankungen länger 6 Wochen	984
4	Summe 2+3	2259
5	davon 95% = GKV Vergleichszahl Quickborn (19% der Fälle 5% der Tage fehlen)	2178
6	Näherungswert Fehlzeiten Quickborn nach GKV Methode 2178 Ausfalltage / 365 Kalendertage / 134 Mitarbeiter/innen	4,5 %
7	Vergleichswert 2011 nach AOK (WIdO)	5,5 %

Unter Berücksichtigung der derzeitigen Erkenntnisse ist bei 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer bis mindestens zum Jahreswechsel (Hälfte der Berichtsperiode) fortdauernden schwerwiegenden Erkrankung zu rechnen, die alleine rund 600 Ausfalltage verursachen wird und damit die Perspektive für den nächsten Bericht in Hinblick auf Dauerkranke leider keine Entlastung verspricht.

3. Einstellungen, Versetzungen, Kündigungen, Ruhestand/Rente und sonst. Gründe für das Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis

	Beamtinnen/ Beamte		Beschäftigte	
	m	w	m	w
Einstellungen in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis			2,00	0,85
Einstellungen in ein befristetes Arbeitsverhältnis			1,45	1,88
Versetzungen zu anderen Dienstherren auf eigenen Wunsch				
Kündigungen/Entlassungen aus dem Beamtenverhältnis auf eigenen Wunsch			1	1,90
Ruhestand/Rente				0,71
sonstige Gründe für das Ausscheiden aus einem Arbeitsverhältnis				0,23
Einstellung für das Jobcenter			3	1
Kündigungen/Ausscheiden Jobcenter				

Die Einstellungen in unbefristete Arbeitsverhältnisse erfolgten für die Gebäudeleittechnik, die Schulküche sowie den Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetrieb. Die Einstellungen in befristete Arbeitsverhältnisse erfolgten für die Schulsozialarbeit und zur Vertretung aufgrund langfristiger Erkrankungen sowie Elternzeit.

4. Verhältnis Frauen/Männer

Besoldung Bes.-Gr.	Frauen	Männer	Beamte insgesamt
Laufbahngruppe 2			
A 15	0,00	1,00	1,00
A 14	0,00	0,00	0,00
A 13	0,00	1,00	1,00
A 12	2,00	3,00	5,00
A 11	0,00	1,00	1,00
A 10	3,19	4,50	7,69
A 9	0,00	0,00	0,00
Laufbahngruppe 1			
A 9 + Zulage			

Besoldung Bes.-Gr.	Frauen	Männer	Beamte insgesamt
A 9	1,00	0,00	1,00
A 8	2,00	1,00	3,00
Ausbildung	0,00	0,00	0,00
Summen	**8,19**	**11,50**	**19,69**

Entgelt-gruppe	Frauen	Männer	Beschäftigte TVöD
14	1,00	0,00	1,00
13	1,00	2,00	3,00
12	1,00	2,00	3,00
11	2,77	3,00	5,77
10	0,50	3,50	4,00
9	13,60	8,45	22,05
8	9,81	1,00	10,81
7	0,00	2,00	2,00
6	11,05	6,00	17,05
5	6,51	7,77	14,28
4	0,00	0,21	0,21
3	0,89	2,64	3,53
2	5,15	0,00	5,15
1	1,68	0,00	1,68
Ausbildung	0,51	2,00	2,51
Summen	**55,47**	**40,57**	**96,04**

Entgelt-gruppe S	Frauen	Männer	Beschäftig-te insge-samt
S 16	1,00	0,00	1,00
S 15	1,00	0,00	1,00
S 12	1,00	0,00	1,00
S 11	1,28	0,00	1,28
S 8	1,75	0,00	1,75
S 6	13,39	2,77	16,16
S 4	1,01	0,36	1,37
Summen	**20,43**	**3,13**	**23,56**

Summe Beamte u. Beschäf-tigte insgesamt	**84,09**	**55,20**	**139,29**

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich in Elternzeit, im Sonderurlaub oder während der Altersteilzeitarbeit in der Freistellungsphase befinden, wurden nicht aufgeführt.

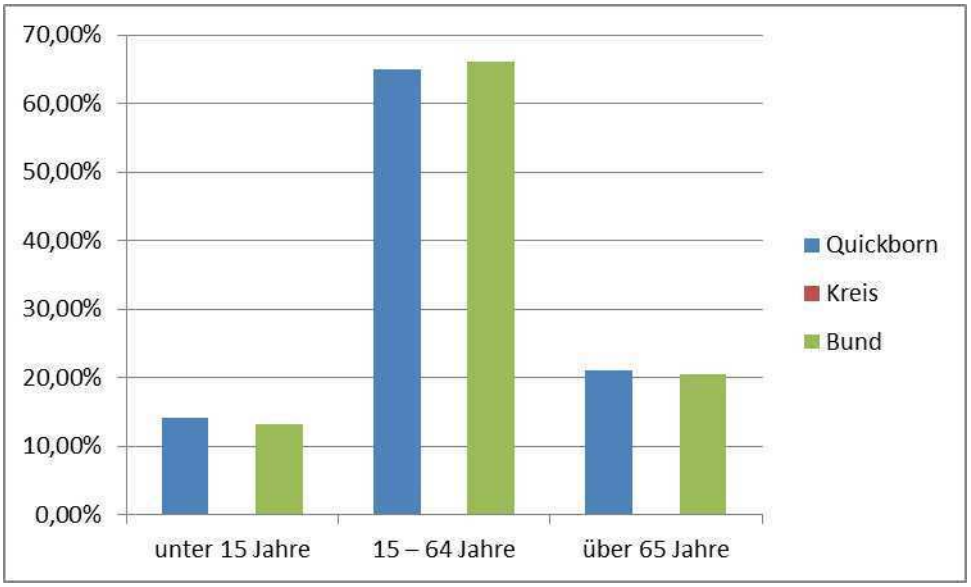
5. Schulung / Weiterbildung

Es war erforderlich, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schulen, um sie auf die zukünftigen Anforderungen vorzubereiten und über die Auswirkungen der gesetzlichen und rechtlichen Veränderungen in der Praxis zu informieren.

Sozialdaten, Sozialleistungen

1. Einwohnerdaten

Ort	Gesamt	unter 15 Jahre		15 – 64 Jahre		über 65 Jahre	
Quick-born	20.550	2.898	14,1%	13.337	64,9%	4.315	21%
Kreis	305.000						
Bund	81.300.000	10.812.900	13,3%	53.739.300	66,1%	16.747.800	20,6%



Die Quickborner Zahlen entsprechen im Vergleich ungefähr den Zahlen des Bundes. Die Zahlen der Kinder (unter 15 Jahre) und der Senioren (über 65 Jahre) liegen etwas über dem Bundesdurchschnitt. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt etwas darunter. Die Zahlen des Kreises liegen derzeit nicht vor.

2. SGB XII Sozialhilfe/Grundsicherung

	31.12.2010	31.12.2011	30.06.2012
Gesamtzahlen (Pers.)	199	217	234
Davon Kinder	3	4	5
davon Grundsiche-rung (über 65 Jahre)	72	79	80

Die Zahl der Sozialleistungsberechtigten, die nicht erwerbsfähig sind, steigt weiterhin an.

Grundsicherung:

Vergleich Bund: 797.000 (= 4,80 % der Bevölkerung)
Quickborn: 80 (= 1,75%)

Obwohl in Quickborn sogar prozentual im Vergleich zu den Bundeszahlen etwas mehr Senioren wohnen, liegt der Anteil der Grundsicherungsempfänger in Quickborn mit 1,75 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 4,8%.

3. SGB II (Arbeitslosengeld II)

Stichtag 1.1.2012/Personen	Quickborn	Kreis	Quickborn/ Prozentualer Anteil
0 - 3	57	1.110	4,6 %
0 – 15	222	5.172	4,3 %
16 – 25	124	2.488	5,0 %
25 – 50	325	7.592	4,4 %
über 50	193	3.356	5,8 %
Gesamt	642	13.436	4,9 %
Einwohner	20.550	305.000	6,7 %

In der Stadt Quickborn leben im Vergleich zu den Zahlen für den gesamten Kreis Pinneberg in sämtlichen Altersstufen deutlich weniger Arbeitslosengeld-II-Empfänger.

4. Wohngeld

Wohngeld gibt es als „Mietzuschuss“ für den Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers und als „Lastenzuschuss“ für den Eigentümer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung. Die Wohngeldberechnung erfolgt durch die Stadt Quickborn. Die Kosten werden jedoch vom Land Schleswig-Holstein getragen.

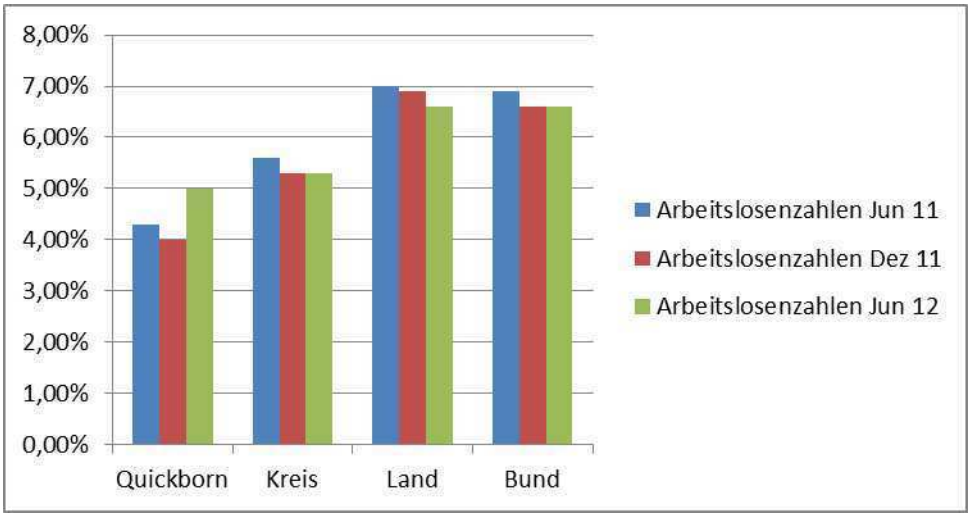
	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12.2011	bis 30.06.2012
Gesamt (Fallzahlen)	249	243	213
davon Personen über 65 Jahre	87	72	74

	1.1. – 31.12. 2010	1.1. – 31.12.2011	bis 30.06.2012
davon an Personen unter 18 Jahre	292	244	214
Kosten gesamt	481.748	438.162	190.490
Kosten je Haushalt	161	150	148
Bewilligungen	595	584	368
Ablehnungen	60	65	34

Bis 2011 mussten Eltern, die SGB II-Leistungen beziehen, für ihre Kinder, sofern diese keinen Leistungsanspruch nach dem SGB II hatten (z.B. durch eigenes Einkommen wie z.B. Unterhalt, Kindergeld usw. verfügten) einen eigenen Wohngeldantrag stellen (sogenanntes Kinderwohngeld). Seit dem 01.01.2011 entfällt diese Verpflichtung, so dass die Eltern ein Wahlrecht haben und im Normalfall nicht mehr den zusätzlichen Wohngeldantrag bei der Wohngeldstelle ausfüllen, sondern beim Jobcenter erhöhte Leistungen (in Höhe des Wohngeldes) erhalten. Dieses hat 2011 zu einem Rückgang der Fallzahlen und der Zahl der wohngeldbezogenen Kinder geführt.
Im Vergleich zu 2010 ist die Zahl der Wohngeldfälle wieder rückläufig und pendelt sich auf dem Niveau von 2011 ein.

5. Arbeitslosenzahlen

Arbeitslosenzahlen	06/2011	12/2011	06/2012
Quickborn	367 (4,3 %)	340 (4,0 %)	428 (5,0 %)
Kreis	8.873 (5,6 %)	8.373 (5,3 %)	8.498 (5,3 %)
Land	99.739 (7,0%)	98.715 (6,9 %)	96.563 (6,6 %)
Bund	2.893.341 (6,9 %)	2.780.206 (6,6 %)	2.809.105 (6,6 %)



6. Wohnungsangelegenheiten

6.1 Städtische Unterkünfte

Personen/Alter	31.12.2010	31.12.2011	30.06.2012
0 – 17 Jahre	5	6	6
18 – 30 Jahre	2	6	9
30 – 60 Jahre	10	10	16
Über 60 Jahre	7	9	8
Gesamt	**24**	**31**	**39**

Aufgrund der anhaltend vermehrten Zuweisungen von Asylbewerbern ist die Zahl der unterzubringenden Personen auch in 2012 weiter angestiegen. Die positive Entwicklung der Wiedereingliederung von Wohnungslosen und Asylbewerbern in Mietwohnungen ist maßgeblich auf die gute Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen sowie der Beratungsstelle für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge und dem Jobcenter bzw. dem Sozialamt vor Ort zurückzuführen.

6.2 Neueinweisungen

Jahr	2010	2011	2012
Neueinweisungen	5	7	6
Abgänge	5	5	9

6.3 Räumungsklagen

Jahr	2010	2011	2012
Gesamt	10	16	2
Einweisungen	1	3	-

Die Stadt Quickborn hat aufgrund der guten Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Wohnungslose, dem Sozialamt und dem Jobcenter nur wenige Zwangsräumungen zu verzeichnen. Auch konnten in der Regel durch Übernahme von Mietschulden, Unterbringung in Einrichtungen mit notwendiger Betreuung oder durch die erfolgreiche Vermittlung von anderen Wohnungen eine Einweisung in die städtischen Obdachlosenunterkünfte verhindert werden.

6.4 Wohnungssuchende in der Stadt Quickborn – Wohnungssuchenden-Liste

Die Stadt Quickborn führt eine Liste, auf der sich Interessierte als „wohnungssuchend“ eintragen lassen können.

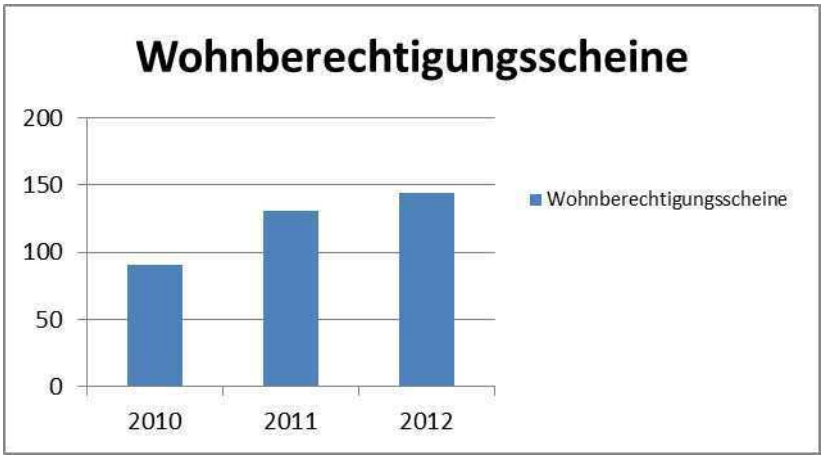
Haushalte	2010	2011	2012
Gesamt	104	84	94
Auswärtige Haushalte	21	19	15
1-Zi. bis 1 ½-Zi-Wohn.	45	30	37
2-Pers.-Haushalte	29	20	16
3-Pers.-Haushalte	15	18	23
4-Pers.-Haushalte	5	5	10
5-Pers.-Haushalte	7	7	4
6-Pers.-Haushalte	3	3	4
7-Pers.-Haushalte	0	1	0
8-Pers.-Haushalte	0	0	0

Nur ein Teil der Quickborner Wohnungssuchenden tragen sich in unsere Liste ein. Die tatsächliche Nachfrage nach günstigen Wohnungen wird deutlich höher sein. Die Zahl pendelt sich seit Jahren bei ca. 100 Wohnungssuchenden ein.

6.5 Wohnberechtigungsscheine

2012 = Prognose 144 (Stand 30.06. = 72)
2011= 131
2010= 91

Die gestiegene Nachfrage nach Wohnberechtigungsscheinen zeigt deutlich, dass in Quickborn auch die Nachfrage nach günstigen, sozial geförderten Wohnraum steigt.



6.6 Sozialer Wohnungsbau (mit kommunaler Förderung)

Stand	2010	2011	2012	2016
Anzahl Wohnungen	149	129	129	37

Bis 2016 wird sich die Zahl der sozial geförderten Wohnungen in Quickborn erheblich reduzieren. Die Stadt versucht, in Zukunft den Wegfall durch kleinere Vorhaben zu kompensieren.

7. Rentenberatung

Weiterhin werden Rentenangelegenheiten immer dienstags in der Zeit von 16 – 17.30 Uhr im Rathaus durch die Versichertenbeauftragte der Deutschen Rentenversicherung angeboten. Die Nachfrage ist imponierend.

Sozialdaten, Sozialleistungen

Beratungen in	2010	2011	06/2012
Beratungen	48	49	33

Wirtschaftsdaten

Gewerbegebiete in Quickborn

Es hat im Berichtszeitraum keine Veränderung der Gesamtgewerbefläche in Bebauungsplänen gegeben.

Derzeit sind insgesamt 72,3 ha Gewerbeflächen in Bebauungsplänen ausgewiesen, wovon eine Fläche von 5,0 ha durch einen unwirksamen Bebauungsplan (Bebauungsplan 25 – östlich Bahn/nördlich Feldbehnstraße) nach § 34 BauGB (Art und Maß der baulichen Nutzung muss sich in die Eigenart der näheren Umgebung einfügen) zu beurteilen ist (siehe hierzu in der nachfolgenden Übersicht die Bemerkung Nr. 2).

Weitere 11 ha sind im Flächennutzungsplan ausgewiesen und könnten bei Bedarf durch Bebauungspläne überplant werden.

Die nachstehende Übersicht erfasst die überplanten bzw. die nach dem F-Plan möglichen **Gewerbeflächen**
(Erläuterung: GE = Gewerbegebiet, SO = Sondergebiet, GI = Industriegebiet)

Belegenheit	**GE** ha	**SO** ha	**GI** ha	**Bemerkungen**
Bebauungspläne (B-Pläne):				
B-Plan 36 A Gewerbegebiet Nord Ernst-Abbe-Straße / Carl-Zeiss-Straße / Friedrich-List-Straße / tlw. Max-Weber-Straße / tlw. Robert-Bosch-Straße	12,0	–	9,5	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 B Gewerbegebiet Nord tlw. Robert-Bosch-Straße / tlw. Max-Weber-Straße / Borsigkehre	9,0	–	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 C Gewerbegebiet Nord Pascalkehre	2,5	2,9	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 36 D Gewerbegebiet Nord Pascalkehre / Schleswag-HeinGas-Platz	3,0	3,0	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 37.1 Gewerbegebiet Nord tlw. Pascalstraße / Auf dem Halenberg	4,5	4,5	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 37.2 Gewerbegebiet Nord tlw. Pascalstraße / Albert-Einstein-Ring	9,0 exkl. Überplanung B-Plan 36 A	–	–	• Erschließung ist abgeschlossen, Flächen befinden sich in der Vermarktung • GE-Fläche tlw. noch zur freien Verfügung siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 1

Wirtschaftsdaten

Belegenheit	GE ha	SO ha	GI ha	Bemerkungen
B-Plan 63, 1. Änderung und Ergänzung Südwestausgang Kieler Straße – Güttloh	2,7	–	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
B-Plan 24 Gewerbegebiet Ost Quickborn-Heide / Theodor-Storm-Straße	4,7	–	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz
Unwirksamer Bebauungsplan:				
B-Plan 25 Östlich Bahn / nördlich Feldbehnstraße	5,0	–	–	• bebaut • Immobilien im Privatbesitz • Beurteilung nach § 34 BauGB (s.o.) • Neuaufstellung eines B-Plan (97 Teil 1) vorgesehen siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 2
Ausweisung im Flächennutzungsplan:				
Östlich Bahn / nördlich Justus-von-Liebig-Ring	3,0	1,0	–	• Grundstück in Privatbesitz • Aufstellung B-Plan (97 Teil 2)vorgesehen siehe zusätzliche Bemerkung Nr. 2
nördlich Friedrichsgaber Straße / Stadtgrenze Norderstedt	7,0	–	–	• Grundstück in Privatbesitz
Summe	**62,4**	**11,4**	**9,5**	

Die Stadt verfügt zurzeit über keine eigenen bebaubaren Gewerbeflächen. Diese befinden sich alle im Eigentum Dritter. Daher arbeitet die Stadt eng mit privaten Investoren zusammen.

Bemerkung Nr. 1 (B-Plan 37.2 / tlw. Pascalstraße / Albert-Einstein-Ring):

Die erschlossenen Flächen des o.g. Gewerbegebietes werden von der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft des Kreises Pinneberg mbH (WEP) zum Verkauf angeboten. Die Interessenten wenden sich direkt an die WEP oder die Anfragen werden über die Wirtschaftsförderung der Stadt Quickborn an die WEP weitergeleitet. Die Stadt ist hier eng eingebunden.
Es stehen in diesem B-Plangebiet noch 4 kleinere Flächen (1. Fläche: 2.950 qm, 2. Fläche: 2.850 qm, 3. Fläche: 3.806 qm, 4. Fläche: 5.275 qm sowie eine größere Fläche (13.700 qm) zur Verfügung.

Bemerkung Nr. 2 (Gewerbegebiet Quickborn-Mitte)

Zum Einstieg in die städtebauliche Planung wurde eine Entwicklungskonzeption erstellt, die als Grundlage für die Aufstellung von neuen Bebauungsplänen dient, ein fortschreibbares Planwerk mit verschiedenen Planungsbausteinen für eine maßnahmen- und stufenorientierte Umsetzung vor Ort.
Die Entwicklungskonzeption wurde von einem Planungsbüro im Fachbereich Stadtentwicklung mit der Wirtschaftsförderung und unter Beteiligung der verschiedenen betroffenen Akteure erarbeitet.
Am 13. Juli 2009 wurde das Entwicklungskonzept von der Ratsversammlung beschlossen und gilt damit als Grundlage für die weitere Planung.
Zur weiteren Planung ist vorgesehen, zunächst für zwei Teilgebiete (des früheren Plangebietes B-Plan 25, der wegen formaler Fehler i.R. einer VG-Entscheidung nicht mehr angewandt wird), neue B-Pläne aufzustellen. Für den Bereich innerhalb des Justus-von-Liebig-Ringes / nördlich Feldbehnstraße (B-Plan 97 Teil 1) und für den Bereich nördlich der Malchower Brücke, zwischen AKN und Wohnbebauung nördlich der Max-Planck-Straße, sowie südlich der Malchower Brücke bis Otto-Hahn-Straße, zwischen AKN und Justus-von-Liebig-Ring (B-Plan 97 Teil 2) hat die Ratsversammlung am 14.12.2009 die Aufstellungsbeschlüsse gefasst.
Damit können sowohl vorhandene Gewerbestandorte weiterentwickelt, als auch neue Flächenpotentiale für überwiegend gewerbliche Nutzungen generiert werden. Die beiden Plangebiete haben eine Größe von ca. 14,1 ha.
Aufgrund aktueller Entwicklungen wird jedoch eine 3 ha. große Teilfläche im Gebiet des B-Planes 97, Teil 1 (Grundstück der aufgegebenen Schokoladenfabrik) voraussichtlich einer anderen Nutzung zugeführt. Ein Projektentwickler möchte auf diesem Areal eine Anlage für Service-Wohnen realisieren sowie eine Privatschule der Johanniter.
Ein weiteres Ergebnis der Entwicklungskonzeption ist der Erhalt des Standortes des Famila-Marktes an der Feldbehnstraße, dessen Eigentümer eine Sanierung / Neugestaltung der Anlage anstrebt. Für dieses Areal werden, ebenso wie für die südlich angrenzenden Grundstücke zwischen AKN und Querstraße, die B-Pläne 78 Teil 1 und 2 aufgestellt (Aufstellungsbeschluss ist 2003 erfolgt).

Mischgebiete (Gewerbe und Wohnungsbau)

Folgende Mischgebiete können noch entwickelt werden:
Nach Maßgabe des Flächennutzungsplanes sind Mischgebiete am nördlichen Ortsausgang Kieler Straße / westlich und östlich B 4 und nördlich Friedrichsgaber Straße vorgesehen. Eine Quantifizierung hinsichtlich einer gewerblichen Nutzung ist zurzeit nicht möglich, da noch unklar ist, wann mit einer Überplanung begonnen werden kann.

Wirtschaftsdaten

Arbeitsmarktdaten

Die nachstehenden Zahlen und Auswertungen basieren auf statistischen Erhebungen der Bundesagentur für Arbeit / Statistik-Service Nordost.

Arbeitsplätze in Quickborn / Pendlerstatistik

(Diese Statistik basiert auf allen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen)

	Juni 2007	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010	Juni 2011
In Quickborn wohnende Beschäftigte	6.617	**6.836**	**6.886**	**6.935**	**7.144**
Darunter Auspendler	5.509 (83,3%)	**5.670 (82,9%)**	**5.723 (83,1%)**	**5.720 (82,5%)**	**5.910 (82,7%)**
Arbeitsplätze in Quickborn	5.563 (+2,5%)	**5.937 (+6,7%)**	**6.405 (+7,9%)**	**6.644 (+3,7%)**	**6.862 (+3,3%)**
Darunter Einpendler	4.455 (80,1%)	**4.771 (80,4%)**	**5.242 (81,8%)**	**5.431 (81,7%)**	**5.628 (82,0%)**
Beschäftigte, die in Quickborn wohnen und arbeiten (%-Anteil der in Quickborn zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze)	1.108 (19,9%)	**1.166 (19,6%)**	**1.163 (18,2%)**	**1.215 (18,3%)**	**1.234 (18,0%)**

Eine aktuelle statistische Zahl für Juni 2012 liegt leider – wie immer zu diesem Berichtszeitpunkt - noch nicht vor.

Die **Einpendler** kommen zum Arbeitsort Quickborn in erster Linie aus den folgenden Orten. Zum Vergleich wurden auch die Vorjahreszahlen aufgelistet.

Einpendler aus den Wohnorten	Juni 2009		Juni 2010		Juni 2011	
	Personen	in %	Personen	in %	Personen	in %
Hamburg	**1.167**	24,5 %	**1.167**	24,5 %	**1.323**	27,7 %
Norderstedt	**423**	8,9 %	**423**	8,9 %	**411**	8,6 %
Henstedt-Ulzburg	**264**	5,5 %	**264**	5,5 %	**292**	6,1 %
Pinneberg	**148**	3,1 %	**148**	3,1 %	**176**	3,7 %
Ellerau	**173**	3,6 %	**173**	3,6 %	**175**	3,7 %
Kaltenkirchen	**153**	3,2 %	**153**	3,2 %	**166**	3,5 %
Elmshorn	**128**	2,7 %	**128**	2,7 %	**129**	2,7 %

Die **Auspendler** fahren in erster Linie zum Arbeiten in die folgenden Orte:

Auspendler zu den Arbeitsorten	Juni 2009		Juni 2010		Juni 2011	
	Personen	in %	Personen	in %	Personen	in %
Hamburg	**2.994**	55,5 %	**2.994**	55,5 %	**3.053**	**58,2 %**
Norderstedt	**812**	15,1 %	**812**	15,1 %	**835**	**15,5 %**
Pinneberg	**139**	2,6 %	**139**	2,6 %	**163**	**3,0 %**
Henstedt-Ulzburg	**143**	2,7 %	**143**	2,7 %	**147**	**2,7 %**
Kaltenkirchen	**119**	2,2 %	**119**	2,2 %	**134**	**2,5 %**
Ellerau	**95**	1,8 %	**95**	1,8 %	**124**	**2,3 %**
Rellingen	**90**	1,7 %	**90**	1,7 %	**99**	**1,8 %**

Arbeitslose:

Im Juni 2011 waren in Quickborn 367 Personen arbeitslos.
Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Arbeitslosen insgesamt stark gesunken, wobei ein Anstieg der Langzeitarbeitslosen auf geringem Niveau zu verzeichnen ist. Außerdem ist die Zahl der Arbeitslosen, die schwerbehindert sind, kontinuierlich auf den gleichen Stand geblieben.

Arbeitslose	Juni 2008	Juni 2009	Juni 2010	Juni 2011	Juni 2012
Insgesamt	**453**	**431**	**451**	**367**	**428**
Männer	195	235	240	197	231
Frauen	258	196	211	170	197
Deutsche	381	382	397	309	381
Ausländer	72	49	54	58	46
Vollzeit	329	320	354	266	312
Teilzeit	124	81	97	79	78
Jüngere unter 25 Jahren	38	38	53	30	40
55 Jahre und älter	65	73	94	88	90
Langzeitarbeitslose (>1Jahr)	107	85	50	60	71
Schwerbehinderte	24	21	20	21	24

Seit dem Jahr 2008 wird die Arbeitslosenquote auf Gemeindeebene seitens der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr zur Verfügung gestellt, da sich laut Aussage der Bundesagentur für die Gemeindestrukturen keine verlässlichen Bezugsgrößen bestimmen lassen. Vergleicht man allerdings die in Quickborn wohnenden sozialversicherungspflichtigen Beschäftigte (s. vorherige Seite) mit den Arbeitslosenzahlen erhält man folgende Quoten:

Jahr 2008 - 6,2 %,
Jahr 2009 - 5,8 %
Jahr 2010 - 6,1 %.
Jahr 2011 - 5,0 % (Bezug: Anzahl der Beschäftigten 2010)
Jahr 2012 – 5,9 % (Bezug: Anzahl der Beschäftigten 2011)
Bei diesem Vergleich sind die Anzahl der Selbstständigen nicht berücksichtigt.

Gewerbebetriebe

Rechtsformen der Gewerbebetriebe

Die nachstehenden Auswertungen geben einen Überblick zu den **Rechtsformen**, den **Betriebsarten** und der **Branchenverteilung** der Gewerbebetriebe.
Die Daten basieren auf der im Fachbereich Einwohnerangelegenheiten geführten Gewerbedatei.

Die angemeldeten Gewerbebetriebe zum jeweiligen Stichtag 01.07. sind in folgenden Rechtsformen tätig (gewesen):

Rechtsform	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011	Anzahl 01.07.2012
Natürliche Person (Einzelhandelskaufmann, Einzelgewerbetreibender, ICH-AG)	1471	1526	1576
Gesellschaft mit beschränkter Haftung – GmbH	361	364	375
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts – BGB-Gesellschaften, GbR	49	55	63
GmbH & Co. KG	65	66	58
Firma eines Einzelkaufmanns (Natürliche Person mit Eintrag ins Handelsregister – Vollkaufmann)	23	24	25
Aktiengesellschaft – AG	12	14	14
GmbH in Gründung	13	13	14
Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)	12	14	14
Kommanditgesellschaft – KG	15	12	12
Private Company Limited by Shares	7	8	8
Offene Handelsgesellschaften – OHG	6	7	7
Ausländische Rechtsformen	7	6	7
Natürliche Person (vorm. GbR)	-	3	4
GmbH & Co. OHG	3	3	3
Ltd. & Co. KG	-	1	2
Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) & Co. KG	0	2	2
Kommanditgesellschaften auf Aktien – KGaA	1	1	1
Eingetragene Genossenschaft	1	1	1
Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) i.G.	-	1	1
Gewerbebetriebe gesamt:	**2.046**	**2.121**	**2.187**

Gewerbebetriebe

Betriebsarten der Gewerbebetriebe

Die Betriebsarten sind in der Gewerbeordnung festgelegt und gliedern sich in
Industrie,
Handel,
Handwerk und
Sonstige.
Unter Sonstige sind im Wesentlichen die gewerblichen Dienstleistungen enthalten.

Soweit möglich, sind Verknüpfungen der einzelnen Betriebsarten dargestellt.

Betriebsart	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011	Anzahl 01.07.2012
Sonstige	1084	1165	1206
Handel	473	477	491
Handel und Sonstige	192	182	187
Handwerk	182	185	189
Handel und Handwerk	40	40	40
Industrie und Handel	16	15	16
Handwerk und Sonstige	23	21	22
Industrie	15	14	14
Handel, Handwerk und Sonstige	7	7	11
Industrie und Handwerk	1	1	1
Industrie und Sonstige	1	1	1
Industrie, Handel und Sonstige	0	0	0
Ohne Angabe	7	5	5
Gesamtzahl der aktiv gemeldeten Gewerbebetriebe	**2.041**	**2.113**	**2.183**

Wie aus der Betriebsart ersichtlich, sind Handel und Dienstleistung (Sonstige) prägend für das Wirtschaftsleben in Quickborn.

Dieses wird auch aus der nachstehenden Auswertung nach Branchenoberbegriffen deutlich:

(Anmerkung: Mehrfachnennungen zur Angabe der Branche sind bei der An- und Ummeldung des Gewerbes möglich).

Gewerbebetriebe

Branchen-nummer	Branchenbezeichnung	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011	Anzahl 01.07.2012
74	Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt	**396**	**414**	**427**
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	**366**	**381**	**392**
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	**234**	**219**	**230**
45	Baugewerbe	**171**	**184**	**187**
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	**138**	**153**	**184**
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	**140**	**140**	**151**
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	**81**	**81**	**87**
55	Gastgewerbe	**69**	**75**	**73**
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	**71**	**72**	**69**
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	**66**	**68**	**68**
50	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	**68**	**65**	**67**
64	Nachrichtenübermittlung	**48**	**51**	**63**
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	**45**	**49**	**59**
66	Versicherungsgewerbe	**29**	**42**	**42**
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr; Verkehrsvermittlung	**32**	**33**	**41**
1	Landwirtschaft und Jagd	**32**	**46**	**41**
73	Forschung und Entwicklung	**25**	**36**	**40**
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	**35**	**37**	**38**
22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	**33**	**35**	**36**
62	Luftfahrt	**13**	**21**	**33**
40	Energieversorgung	**22**	**31**	**32**
80	Erziehung und Unterricht	**21**	**26**	**30**
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	**23**	**26**	**30**
60	Landverkehr; Transport in Rohrfernleitungen	**31**	**31**	**29**
35	Sonstiger Fahrzeugbau	**11**	**20**	**24**
18	Bekleidungsgewerbe	**12**	**18**	**23**
21	Papiergewerbe	**1**	**3**	**21**
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	**12**	**14**	**20**
65	Kreditgewerbe	**15**	**22**	**19**

Gewerbebetriebe

Branchen-nummer	Branchenbezeichnung	Anzahl 01.07.2010	Anzahl 01.07.2011	Anzahl 01.07.2012
15	Ernährungsgewerbe	**15**	**15**	**19**
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik, Herstellung von Uhren	**14**	**15**	**16**
32	Rundfunk- und Nachrichtentechnik	**6**	**12**	**16**
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	**11**	**16**	**16**
61	Schifffahrt	**5**	**6**	**14**
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.Ä.	**7**	**11**	**14**
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	**13**	**15**	**13**
29	Maschinenbau	**11**	**13**	**13**
26	Glasgewerbe, Herstellung von Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	**8**	**10**	**13**
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	**4**	**11**	**13**
17	Textilgewerbe	**9**	**10**	**13**
95	Private Haushalte mit Hauspersonal	**8**	**9**	**8**
24	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	**5**	**5**	**7**
13	Erzbergbau	**2**	**3**	**7**
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung	**3**	**3**	**7**
90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	**6**	**6**	**5**
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	**7**	**6**	**5**
41	Wasserversorgung	**6**	**5**	**4**
19	Ledergewerbe	**4**	**4**	**4**
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	**2**	**1**	**3**
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	**2**	**2**	**3**
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	**1**	**2**	**3**
16	Tabakverarbeitung	**3**	**4**	**3**
2	Forstwirtschaft	**2**	**3**	**3**
5	Fischerei und Fischzucht	**-**	**1**	**1**
37	Recycling	**1**	**1**	**1**
11	Gewinnung von Erdöl und Erdgas, Erbringung damit verbundener Dienstleistungen	**-**	**-**	**0**

Steuerentwicklung

Stand am 01.08.2012	Haushalts-ansatz (HHA)	Anordnungssoll (AOS)	Ist	Differenz zw. HHA und AOS
Grundsteuer A	46.000,00	48.475,26	38.928,28	2.475,26
Grundsteuer B	3.020.000,00	3.069.358,68	2.361.537,82	49.358,68
Gewerbesteuer	16.000.000,00	15.105.270,71	11.324.545,18	-894.729,29
Sonst. Vergnügungssteuer	120.000,00	94.079,70	88.114,70	-25.920,30
Hundesteuer	86.000,00	94.186,50	86.741,57	8.186,50
Einkommensteueranteil	9.061.400,00	4.177.447,00	4.177.447,00	-4.883.953,00
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	706.000,00	354.322,00	354.322,00	-351.678,00
Sonderausgleich	970.000,00	438.228,00	584.304,00	-531.772,00
Verzinsung von Steuernachforder.	200.000,00	486.829,43	467.537,48	286.829,43
Summe	**30.209.400,00**	**23.868.197,28**	**19.483.478,03**	**-6.341.202,72**
nachrichtlich: Gewerbesteuerumlage	3.862.100,00	1.905.970,00	1.905.970,00	1.956.130,00

Grundsteuer B

Bei der Grundsteuer B liegt das Anordnungssoll um rd. 50 T€ über dem Ansatz von 3.020.000 €, da auch in diesem Jahr wieder diverse bebaute Grundstücke vom Finanzamt erstmals oder neu bewertet worden sind. Im letzten Jahr lag das Rechnungsergebnis bereits bei 3.049.171,20 €. Für die Jahre ab 2013 kann der Ansatz in der Haushaltsplanung von 3.020.000 € auf 3.040.000 € erhöht werden; zur Aufstellung der mittel- und langfristigen Finanzplanung 2012 – 2021 wurde noch mit 3.020.000 € gerechnet. Über 3.040.000 € sollte der Ansatz allerdings nicht erhöht werden, da in dem erreichten Anordnungssoll auch immer Beträge aus Nachzahlungen vergangener Jahre enthalten sind.

Gewerbesteuer

Der Ansatz der Gewerbesteuer beträgt zum Haushalt 2012 16 Mio. €.
Zum 01.08.2010 beläuft sich das Anordnungssoll auf 15,1 Mio. €. In dem Anordnungssoll enthalten sind zahlreiche angepasste Vorauszahlungen für die Jahre 2011 und 2012 sowie Abrechnungen der Jahre bis 2010.
Da bis zum Jahresende noch Abrechnungen und Vorauszahlungsanpassungen eingehen, wird angenommen, dass der Ansatz erreicht werden kann.

Gewerbesteuerumlage

Die Zahlung der Gewerbesteuerumlage erfolgt vierteljährlich nachträglich anhand der Istzahlungen der Gewerbesteuer. Die Umlage für das 4. Quartal 2011 wurde im Februar 2012 abgerechnet und ergab eine Nachzahlung an das Land von 389.035 €. Die Nachzahlung resultiert aus Gewerbesteuermehrerträgen in 2011 von rd. 2,5 Mio. €. Der Umlagebetrag

wurde als Haushaltsrest zulasten des Haushaltsjahres 2011 in das Jahr 2012 übertragen, damit die Zahlung quasi aus den Gewerbesteuermehrerträgen 2011 erfolgt.

Sofern sich die noch fehlenden Gewerbesteuererträge von rd. 900 T€ nicht mehr realisieren lassen, verringert sich die geplante Umlagezahlung für 2012 um rd. 200 T€.

Vergnügungssteuer

Derzeit wird davon ausgegangen, dass der Ansatz erreicht oder sogar überschritten wird. Das Rechnungsergebnis 2011 lag bei 146.354,94 €.

Hundesteuer

Bereits die Hauptveranlagung zum Jahresanfang 2012 betrug 90.696 € und lag somit bereits über 4.000 € über dem gemeldeten Haushaltsansatz von 86.000 €.
Bis zum Stichtag sind über 94.000 € angeordnet worden. Dies spricht dafür, dass im Stadtgebiet mehr Hunde angemeldet, als abgemeldet worden sind.
Im Jahr 2013 ist eine Überprüfung der Hundesteuerpflicht durch ein externes Unternehmen geplant. Hierfür werden im Haushalt 2013 Aufwendungen in Höhe von 11.800 € geplant, sowie eine Erhöhung des Ansatzes Hundesteuer auf 99.900 €.

Anteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer, Sonderausgleich

Da für diesen Bericht der Stichtag 01.08.2011 gewählt worden ist, sind bereits die ersten beiden Quartalszahlungen 2012 aufgeführt. In den beiden Quartalen hat die Stadt Quickborn jeweils einen Anteil von 2,15 Mio. € erhalten. Abgezogen werden muss ein Betrag von rd. 130 T€ aus der Abrechnung des Jahres 2011.
Sofern die nächsten beiden Quartalszahlungen bei rd. 2,45 Mio. € liegen, kann der Ansatz erreicht werden.

Beim Umsatzsteueranteil betrug die Zahlung für das 1. Quartal 2012 181.244 € und für das 2. Quartal 2012 173.078 €, insgesamt 354.322 €. Davon ausgehend, dass die nächsten 2 Quartalszahlungen in ihrer Höhe den ersten Zahlungen entsprechen, kann der geplante Ansatz von 706.000 € zum Jahresende erreicht werden.

Der Ansatz „Sonderausgleich“ wurde zur Aufstellung des Haushaltes 2012 den Empfehlungen des Haushaltserlasses 2012 angepasst. Nach dem Finanzausgleichserlass 2012, der im Januar 2012 eingegangen ist, wird es zu Mindererträgen von rd. 100.000 € kommen.

Verzinsung von Steuernachforderungen

Liegt die Gewerbesteuervorauszahlung einer Firma unter dem Abrechnungsergebnis, muss für den übersteigenden Betrag eine Verzinsung von 0,5 % je vollen Monat geleistet werden. Im ersten Halbjahr 2012 konnten dadurch rd. 286 T€ mehr Zinsen eingenommen werden, als ursprünglich geplant.
Umgekehrt muss die Stadt auch Zinsen für Abrechnungen zahlen, die unter der Vorauszahlung liegen. Hierfür sind 20 T€ geplant; der Ansatz wurde bislang um 36 T€ überschritten.

Steuerentwicklung

Zusammenfassung

Nach heutigem Stand werden die Steueransätze größtenteils erreicht oder überschritten. Bei den beiden umfangreichsten Positionen, dem Gewerbesteueransatz und dem Einkommensteueranteil, stehen allerdings noch Erträge von insgesamt 1,5 Mio. € aus, um die Ansätze zu erreichen. Dem noch fehlenden Betrag stehen derzeit rd. 250.000 € als Ausgleich gegenüber.

Zur ergänzenden Information wird nachstehend aufgeführt:

Aufgliederung des Gewerbesteueraufkommens

Von den 1.934 Betrieben zahlten 2010

1.460	Betriebe	75,49	%	keine Gewerbesteuer
124	Betriebe	6,41	%	bis 1.000 €
273	Betriebe	14,11	%	von 1.001 € bis 10.000 €
69	Betriebe	3,57	%	von 10.001 € bis 100.000 €
8	Betriebe	0,42	%	über 100.000 € Gewerbesteuer jährlich

Die Angaben beziehen sich auf das Jahresergebnis 2010.

75,49 % der Betriebe unterliegen nicht der Gewerbesteuerpflicht

20,52 % der Betriebe zahlen eine Steuer, die den Betrag von 10.000 € im Einzelfall nicht überschreitet

3,99 % der Betriebe zahlen im Einzelfall mehr als 10.000 €

Realsteuerhebesätze 2012 der Mitgliedskörperschaften des Städteverbandes Schleswig-Holstein (Stand: 2.7.2012):

Stadt/Gemeinde	Grundsteuer A (v. H.)	Grundsteuer B (v. H.)	Gewerbesteuer (v. H.)
Ahrensburg	300	300	350
Arnis	350	370	350
Bad Bramstedt	360	380	380
Bad Oldesloe	350	370	350
Bad Schwartau	310	310	330
Bad Segeberg	350	370	350
Bargteheide	340	340	350
Barmstedt	350	350	360
Bredstedt	350	370	350
Brunsbüttel	370	370	360
Büdelsdorf	320	370	330
Eckernförde	320	320	340
Elmshorn	350	370	380
Eutin	350	370	350
Fehmarn	350	350	360
Friedrichstadt	350	380	350
Garding	350	370	350
Geesthacht	360	360	375
Glinde	380	380	380
Glücksburg/O.	360	380	380
Glückstadt/E.	350	370	350
Halstenbek	300	300	380
Heide	360	380	360
Heiligenhafen	350	350	350
Husum	350	370	350
Itzehoe	350	370	350
Kaltenkirchen	280	280	310
Kappeln	350	370	350
Kellinghusen	350	370	350
Krempe	350	370	350
Lauenburg/Elbe	370	370	370
Lütjenburg	250	270	300
Marne	350	370	350
Meldorf	350	370	350
Mölln	350	340	350
Neustadt i. H.	330	350	350
Niebüll	320	320	360
Norderstedt	300	410	420
Nortorf	350	330	350
Oldenburg i. H.	330	350	350
Pinneberg	350	370	350

Steuerentwicklung

Stadt/Gemeinde	Grundsteuer A (v. H.)	Grundsteuer B (v. H.)	Gewerbesteuer (v. H.)
Plön	350	370	350
Preetz	350	370	350
Quickborn	340	340	290
Ratzeburg	350	370	350
Reinbek	370	370	370
Reinfeld	350	370	350
Rellingen	200	220	300
Rendsburg	350	380	360
Schenefeld	260	260	310
Schleswig	350	370	350
Schwarzenbek	350	370	380
Schwentinental	270	280	320
Sylt	330	330	350
Tornesch	290	290	350
Tönning	350	370	350
Uetersen	330	350	350
Wahlstedt	360	380	360
Wedel	350	350	360
Wesselburen	350	370	350
Wilster	350	370	350
Wyk auf Föhr	340	340	360
KIEL	400	500	430
FLENSBURG	390	480	405
LÜBECK	400	500	430
NEUMÜNSTER	375	450	390

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 78	Ostseite AKN Nördlich und südlich der Feldbehnstraße	Aufstellungsbeschluss vom 17.07.2000 Die städtebauliche Konzeption wurde erarbeitet. Das Verfahren ruht seither, weil zunächst die Entwicklung auf der Westseite der AKN abgewartet werden musste.	Nach Abschluss des Rahmenkonzeptes östliche Innenstadt ist zu klären, ob und inwieweit für die beiden Teilgebiete Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden.	Für die Fläche südlich der Feldbehnstraße besteht noch kein Handlungsbedarf (Entscheidungsnotwendigkeit der Grundeigentümer). Bearbeitung des Teilgebietes I (Nord) wird voraussichtlich nicht mehr nötig, da der vorhandene Famila-Markt im Rahmen des Bestandsschutzes einen Umbau plant und daher kein Planungserfordernis besteht.
Neufassung des Bebauungsplanes 25	Gewerbegebiet Justus-von-Liebig-Ring und Wohngebiet Max-Planck-Straße	Der Bebauungsplan 25 wurde vom Verwaltungsgericht Schleswig für nichtig erklärt und ist durch Beschluss der RV vom 16.06.1997 nicht mehr anzuwenden.	Die Inhalte und Ziele des städtebaulichen Konzeptes (Entwicklungskonzeption östliche Innenstadt) zur Vorbereitung neuer Bebauungspläne wurden von der Ratsversammlung im Juli 2009 beschlossen	Teilflächen des Bebauungsplanes 25 werden nunmehr im Rahmen der Aufstellungsverfahren für die B-Pläne 97 Teil 1 und 97 Teil 2 neu überplant. (Weitere Ausführungen unter B.-Pläne 97 1 und 2)
Troglösung Harksheider Weg (Bestandteil einer innerstädtischen Verkehrslösung im Zusammenhang mit der erfolgten Umgestaltung der Innenstadt)	Quickborn-Ort	Wiederaufnahme des Verfahrens mit Vorstellung der Vorzugsvariante durch das beauftragte Büro am 09.05.2006 im Ausschuss für Planung und Bau. Konkretisierung der Planung, Bodenerkundung durch Bohrungen (Baugrunduntersuchung), sowie eine Verkehrszählung sind erfolgt	Eine Abstimmung der Stadt und der AKN mit dem Land Sch.-H. über die Finanzierung führte zu einem negativen Ergebnis im Hinblick auf Priorität in der Dringlichkeit der Maßnahme. Der Antrag wurde daraufhin zurückgestellt und soll im Zusammenhang mit der Schließung weiterer Bahnübergänge untersucht werden.	Die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens wird zu gegebener Zeit vorbereitet (noch nicht terminiert), ebenso der Entwurf einer Eisenbahnkreuzungsvereinbarung. Das Projekt ruht aufgrund des Beschlusses des ASU vom 03.12.2008 bis auf weiteres bzw. *bis neue Erkenntnisse die Wiederaufnahme der Planung nahelegen.*

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 45 sowie parallele Änderung des Flächennutzungsplanes (bislang sogenannte „weiße Fläche“ – mit Klärungsbedarf), Anpassung des Landschaftsplanes	„Schwarzbaugebiet“ Harksheider Weg / Hasloher Weg / Kurzer Weg	Gutachtens eines Beraterbüros über die weitere Vorgehensweise wurde im Okt 2004 vorgelegt und mit dem Innenministerium und dem Kreis Pinneberg diskutiert. Ferner wurde am 17.05.05 ein Lärmgutachten vorgelegt.	Der Klärungsprozess mit dem IM über die Lärmproblematik hält weiter an. Weitere schriftliche und mündliche Kontakte sind notwendig, konnten jedoch noch nicht erfolgen. Wiederaufnahme des Verfahrens ist möglich, wenn Planungssicherheit über Lärmschutzmaßnahmen besteht.	Die Planung wird voraussichtlich ab 2013 weiter bearbeitet (nach Rechtskraft des Planfeststellungsbeschlusses für den sechsstreifigen Ausbau der BAB A7), wenn feststeht, dass ausreichender Lärmschutz geschaffen wird.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 73 **(Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)**	zwischen Amselweg, Feldbehnstrasse und Pappelweg	Wiederaufnahme des Verfahrens nach erfolgtem Ankauf des Grundstückes durch die Stadt Quickborn. Anhandgabe einer Teilfläche im Süden an die zwischenzeitlich gegründete Genossenschaft QUICK-BORNS eG zur Realisierung eines generationsübergreifenden Wohnprojektes mit 27 Wohneinheiten. Dafür wurde 2010 ein Konzept entwickelt. Die nördliche Teilfläche „bleibt grün“, Erhalt und Verbesserung des Waldbestandes, sowie Anlegen von öffentlichen Fußwegeverbindungen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 22.11.2010 gefasst und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgte am 02.02. 2011.Parallel wurde die TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind im Hinblick auf die künftige Baufläche unbedenklich. Am 05.09.2011 wurde der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst und der Bebauungsplan öffentlich ausgelegt.	Der Bebauungsplan wurde am 01.12.2011 von der Ratsversammlung als Satzung beschlossen und am 09.12.2011 in Kraft gesetzt.	<u>Aufgabe der Genossenschaft :</u> Planerische Ausarbeitung des Wohnprojektes, gewinnen weiterer Mieter / Genossenschaftsmitglieder und Sicherstellung der Finanzierung. Baubeginn voraussichtlich im Herbst 2012. <u>Aufgabe der Stadt :</u> Weiterhin beratende Mitwirkung in der Projektgruppe Wohnprojekt „QUICK BORNS eG“. Umsetzung der Grünentwicklung und Bau von zwei geplanten öffentlichen Fußwegen erfolgt voraussichtlich Mitte 2012.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 56	Fabrikgelände Theodor-Storm-Straße	Ein Satzungsbeschluss wurde bereits vor vielen Jahren vorbereitet. Verfahren ruht, weil der Abschluss eines städtebaulichen Vertrages zwischen der Stadt und dem Eigentümer der Planfläche nicht zustande gekommen ist. Bauaufsichtliche Anordnung des Kreises Pinneberg zum Abriss der Gebäude auf dem Grundstück erging 2010 an den Eigentümer. Die Gebäude wurden im Januar 2011 abgerissen.	Aufgrund eines Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Februar 2011) soll die Verwaltung mit dem Eigentümer des Grundstückes Kontakt aufnehmen und die künftige Nutzung klären. U.U. Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan.	Eine erneute Überplanung hat für die Stadt z.Z. keine Priorität. Aufgrund neuer Gesetzeslage (BauGB 2006) wäre ein völlig neues Aufstellungsverfahren erforderlich. Da die zwischenzeitlich erfolgten Kontakte zum Eigentümer noch keine deutlichen Anhaltspunkte ergaben, ist die weitere Entwicklung unklar.
Bebauungsplan 102 **(Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)**	Stadteigene Fläche / ehemaliger Standort Mobilheime.	Die Ratsversammlung hat am 01.03.2010 den Aufstellungsbeschluss gefasst, mit einem Prüfauftrag an die Verwaltung, ob ergänzend zu einer Einfamilienhaus-Bebauung in Teilbereichen die Realisierung von Mehrfamilienhäusern möglich und sinnvoll ist. Die Gremien haben im Herbst 2011 beschlossen zu prüfen, ob die Stadt eine Genossenschaft zum Zwecke der Bebauung ihres Grundstückes mit gefördertem Wohnungsbau möglich wäre.	Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung für ein Planungskonzept mit zwei Reihenhauszeilen erfolgte durch schriftliche Mitteilung am 23.05.2012 mit Rückäußerungsfrist bis 15.06.2012. Es gab keinerlei Rückäußerungen. Die Prüfung der Frage zur Gründung einer Eigen-Genossenschaft muss abgeschlossen sein, bevor die nächsten Schritte im Planverfahren durchgeführt werden können.	Ergebnis des Prüfauftrages war die Projektierung einer Reihenhaus-Mietwohnanlage (mit Fördermitteln des sozialen Wohnungsbaus) durch eine Wohnungsbaugesellschaft. Während der Ankaufsverhandlungen erfolgte dann Mitte des Jahres 2011 eine Absage des Unternehmens. Seitdem werden neue Überlegungen angestellt zur Realisierung von Wohnprojekten durch eine zu gründende Genossenschaft der Stadt Quickborn.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 94 **(Vorhabenbezogener gem. § 12 BauGB)**	nördlich Heinrich-Hertz-Straße, östlich Himmelmoorweg	Der Aufstellungsbeschluss erfolgte im September 2008, der Scooping -Termin war im Februar 2009 sowie die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im März 2009. Im 2. Quartal 2011 wurde der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss gefasst, sowie die öffentliche Auslegung und die TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich.	Konkretisierende Planung durch den Investor (Gebäude-, Energie-, Erschließungskonzept) für den Durchführungsvertrag mit der Stadt Quickborn. Vertragsabschluss, sowie Abwägungs- und Satzungsbeschluss erfolgten .... Der Bebauungsplan wurde am 30.04.2012 von der Ratsversammlung als Satzung beschlossen und am 26.06.2012 in Kraft gesetzt.	<u>Bemerkung:</u> Im Verfahren wurde u.a. von einer Bürgerinitiative angemahnt die verkehrlichen Auswirkungen im Himmelmoorquartier zu beachten. Beginn der Erschließungsarbeiten für das Baugebiet mit ca.64 Wohneinheiten voraussichtlich im Herbst 2012. Der Bau- und Erschließungsträger wird 3 Hausgruppen in Form von „Town-Häusern“, mehrere Gartenhofhäuser, und 4 Doppelhäuser bauen, sowie 4 Grundstücke ohne Baubindung für die Realsierung von Einfamilienhäusern verkaufen
Bebauungsplan 100 **(Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)**	Waldsiedlung Kiefernhain	Zur Steuerung der Innenentwicklung (Erhalt des Waldsiedlungscharakters) wurde am 28.06.2010 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Zuvor hat am 19.05.2010 eine frühzeitige Betroffenenbeteiligung stattgefunden.	Entwurfsbearbeitung unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigentümer. TÖB-Beteiligung und Entwurfs- und Auslegungsbeschluss sind noch nicht terminiert.	
Bebauungsplan 101 **(Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)**	Waldsiedlung Quickborn-Heide-Nord	Zur Steuerung der Innenentwicklung (Erhalt des Waldsiedlungscharakters) wurde am 28.06.2010 der Aufstellungsbeschluss gefasst. Zuvor hat am 19.05.2010 eine frühzeitige Betroffenenbeteiligung stattgefunden. Im November 2010 musste eine Veränderungssperre erlassen werden.	Entwurfsbearbeitung unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigentümer. TÖB-Beteiligung und Entwurfs- und Auslegungsbeschluss sind noch nicht terminiert.	.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
B-Plan N.N.	östlich Klingenberg/ westlich Kieler Straße	frühzeitige Bürgerbeteiligung vom 08.12.2003 Das Planverfahren wurde formell aber nicht eröffnet, weil der Grundstückseigentümer, der dort bereits eine Pflegeinrichtung betreibt, sein Projekt „Betreutes Wohnen“ nicht weiter verfolgt hatte.	Im Berichtszeitraum erfolgte nun eine neue Anfrage zur Realisierung eines Gebäudes für „Betreutes Wohnen“. Der Klärungsprozess über die bau- und planungsrechtliche Zulässigkeit ist noch nicht abgeschlossen. Voraussichtlich wird im Herbst 2012 darüber entschieden, ob ein Bauleitplanverfahren eingeleitet wird.	
Bebauungsplan 103 **(Bebauungsplan der Innenentwicklung gem. § 13 a BauGB)** Projekt „kostengünstiges Bauen für junge Familien“ (Junges Wohnen II)	• Gebiet zwischen Marktstraße und Raiffeisenstraße	Der Aufstellungsbeschluss erfolgte am 22.11.2010, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Mai 2011. Nach dem Entwurfs- und Auslegungsbeschluss am 30.05.2011 wurde im unmittelbaren Anschluss die öffentliche Auslegung und die TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich.	Der Abwägungs- und Satzungsbeschluss wurde am 05.09.2011 gefasst. Zuvor wurde ein Städtebaulicher- und Erschließungsvertrag gem. § 11 und § 124 BauGB abgeschlossen. Der Plan ist am 30.09.2011 in Kraft getreten.	Der Vertragspartner hat im Oktober 2011 mit den Erschließungsarbeiten begonnen und die Veräußerung der Baugrundstücke nach vertraglich vereinbarten Kriterien (analog „Junges Wohnen I – Achtern Sand“) sowie einer Limitierung des Verkaufpreises in Abstimmung mit der Stadt vollzogen. Die ersten Hochbauten auf den 14 Grundstücken für „Junges Wohnen“ wurden im Frühjahr 2012 begonnen. 3 weitere freiverkäuflichen Grundstücke sind verkauft und werden zur Zeit mit Einfamilienhäusern bebaut.
Bebauungsplan 39 **1. Änderung** **(vereinfachtes Verfahren gem. § 13)**	Grundstück Marktstraße 7	Am 01.11.2010 wurde der Aufstellungsbeschluss für die 1. Änderung gefasst, mit dem Ziel „Anpassung der Erschließung/Ausweisung von Stellplatzflächen im Rahmen der Erweiterung der Feuerwache“.	Entwurfs- und Auslegungsbeschluss	Baugenehmigung wurde zeitlich befristet, daher Änderungsverfahren nötig.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Überplanung der nach § 34 BauGB bebauten Flächen im gesamten Ortsteil Quickborn-Heide	Ortsteil Quickborn Heide	Die Grundlagenarbeit für eine „Innenentwicklung“ in Quickborn-Heide“ wurde Mitte 2010 abgeschlossen und im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beraten. Die Ratsversammlung hat bisher Beschlüsse zur Aufstellung von 4 Bebauungsplänen gefasst.(B 100, B 101, B 102, B 104)	frühzeitige Behördenbeteiligung und Öffentlichkeitsbeteiligung (bei B 102 und B 104 . Weitere Informationen bei B 102 und B 104)	Im Zuge der Prioritätenberatung des ASU am 30.06.2009 wurden die verwaltungsseitig vorgelegten Handlungsvorschläge zur Grundlage der weiteren Bearbeitung bestimmt. .
Bebauungsplan 97 Teil 1	Gewerbegebiet Mitte (südl. Bereich u.a. das Gelände der früheren Schokoladenfabrik)	Der Aufstellungsbeschluss wurde im Oktober 2009 gefasst und 2010 die frühzeitige TÖB-Beteiligung durchgeführt. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die bisherigen Ergebnisse waren unbedenklich, es sind noch 2 weitere Tiefenbohrungen abzuwarten. Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung wurde am 26.06.2012 durchgeführt.	Entwurfsbearbeitung und Abstimmung des Entwurfs im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im Herbst 2012. Danach erneute TÖB-Beteiligung und im Anschluss der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss.	Klärung der Frage, ob am südl. Rand des Plangebietes (entlang der Feldbehnstraße) anstelle der vorgesehenen Gewerbegebietsausweisung auch eine Mischgebietsausweisung sinnvoll wäre. Ein Projektentwickler möchte dort eine Anlage für „Service-Wohnen“ sowie eine Privatschule der Johanniter errichten. Das übrige Plangebiet soll als Gewerbegebiet überwiegend für die Erweiterung vorhandener Betriebe ausgewiesen werden.
Bebauungsplan Nr. 97 Teil 2	Gewerbegebiet Mitte (nördlich der Malchower Brücke)	Der Aufstellungsbeschluss wurde im Oktober 2009 gefasst und 2010 die frühzeitige TÖB-Beteiligung durchgeführt, die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im Juni 2012. Zur notwendigen Prüfung eines Erdfallrisikos (unterirdischer Salzstock) wurden geologische Untersuchungen durchgeführt. Die Ergebnisse sind unbedenklich..	Entwurfsbearbeitung im 2. Halbjahr 2012.	

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan Nr. 54	Ziegenweg / südöstlich Am Mühlenberg	Die Ratsversammlung hat am 28.06.2010 den Aufstellungsbeschluss gefasst.	Vor der noch ausstehenden frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden erfolgt aktuell die Klärung von Rahmenbedingungen und Grundlagenermittlungen	
Überplanung einzelner nach § 34 BauGB bebauten Flächen im zentralen Ortsteil	Quickborn-Ort	Bestandsaufnahme, Analyse und Bewertung wurden bis Jahresmitte 2011 abgeschlossen und am 30.06.2011 dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt. Im Anschluss wird zu klären sein, an welcher Stelle bzw. für welches Gebiet planerischer Handlungsbedarf besteht.	Nach dem Klärungsprozess kann es zur Aufstellung von Bebauungsplänen kommen, wenn dies zur Steuerung der Innenentwicklung erforderlich wäre. (Am 05.09.2011 wurde bereits ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 105 für ein Gebiet im Drosselweg gefasst).	
Bebauungsplan 98 (gemeinsames Gewerbegebiet Quickborn / Norderstedt)	Zwischen Feldweg und Kampmoorweg / K 113	Aufstellungsbeschluss steht noch aus.		Über das Pangebiet verlaufen diverse Hochspannungsleitungen. Für den Umbau einer 220-KV-Leitung in eine 380-KV-Leitung (von Hamburg/Dollern bis Umspannwerk Norderstedt) wird seit 2009 ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt. Mit dem Beginn der Planauslegung im Planfeststellungsverfahren ist eine Veränderungssperre nach § 44 a Abs. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes in Kraft getreten. U.a. daher konnte an dem Thema nicht weitergearbeitet werden.

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 37 Teil 1, 3. Änderung **(Vorhaben- und Erschließungsplan gem. § 12 BauGB)**	Hotel Quickborn, Auf dem Halenberg (Hotelerweiterung)	Der Aufstellungsbeschluss wurde am 28.06.2010gefasst, die TÖB-Beteiligung war im 3. Quartal 2010 und die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung im September 2010	Die Antragsteller haben Anfang 2012 davon Abstand genommen in dem geplanten Hotelerweiterungsbau ein Spielcasino zu installieren. Die Hotelerweiterung kann aber ohne Änderung des Bebauungsplanes realisiert werden. Daher wurde das Planänderungsverfahren mit dem der Satzungsbeschluss der Ratsversammlung am 31.01. 2012 abgeschlossen.	Der Zeitpunkt eines Baubeginns wurde noch nicht bekanntgegeben.
Bebauungsplan 99	Teilgebiet des B-Planes Nr. 26: Grundstückstiefe westlich entlang der Ulzburger Landstraße / nördlich und südlich der Ginstertwiete	Noch keine Bearbeitung erfolgt.		

Bauleit- und Landschaftspläne / Planfeststellungsverfahren

Bauleitplan Nr.	Gebiet	Verfahrensstand	nächster Verfahrensschritt	weitere Entwicklung
Bebauungsplan 104.	Zwischen Friedrichs-gaberstraße / Bahn-straße / Lerchenweg in Quickborn-Heide	Erste Konzeptvorstel-lungen für ein neues Wohngebiet fanden im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt im 3.Quartal 2010 statt. Am 09.05.2011 hat die Ratsversammlung das Gestaltungs-konzept 08/2010 für das gesamte Gebiet beschlossen. Eben-falls wurde der Auf-stellungsbeschluss für den Bebauungs-plan 104 Teil A-1 und A-2 gefasst. Für eine verbleibende Teilflä-che kann erst später ein Bebauungsplan begonnen werden. Die frühzeitige TÖB-Beteiligung wurde Mitte 2011 durchge-führt. Eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteili-gung fand am 04.05.2011 statt. Eine Klärung der sogenannten. „Dritt-anliegergrundstücke“ ist erfolgt.	Nach erfolgter öffent-licher Auslegung und erneuter TÖB-Beteiligung in der Zeit vom 22.05.bis 21.06.2012 wird vo-raussichtlich der Abwägungs- und Satzungsbeschluss im 4.Quartal 2012 gefasst.	Vorbereitung eines städtebaulichen- und Erschließungsvertra-ges mit der LEG-Entwicklung GmbH. Bau der Erschließung für das Gebiet Teil A 1 und A 2 (für ca.100 Wohneinhei-ten) voraussichtlich Anfang 2013.

Stadt Quickborn

Wichtige Angelegenheiten

(Bauschild Wohnprojekt)

Wichtige Angelegenheiten

Auch in 2012 sind die Schulbauten weiterhin ein zentrales Thema in Quickborn. Nach den zahlreichen Fertigstellungen in 2010, standen im 1. Halbjahr die Fertigstellung der Altbausanierung am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium sowie die Sanierungsmaßnahmen im Schuldorf Am Freibad im Mittelpunkt. Auch die Fertigstellung der Außenanlagen am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und der Comenius Schule Quickborn gehen weiter voran. Im Schulzentrum-Süd wurden erste Weichen bereits auf Veränderungen gestellt.
Nachfolgend wird auf die Comenius Schule Quickborn, das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium und das Schulzentrum Süd eingegangen.

Comenius Schule Quickborn - Sanierung Aula-Gebäude und Aussenanlagen

a) Altbausanierung

Nachdem sich der Fachausschuss in 2011 nach intensiven Beratungen letztendlich dafür entschieden hat, an der Sanierung festzuhalten, wurde in 2011 mit der Schadstoffsanierung begonnen, die in 2012 beendet wurde.

Nach Abschluss der Ausführungsplanung wurden zahlreiche Vergabeverfahren gestartet, die bislang mit einem insgesamt positiven Ergebnis abgeschlossen werden konnten.

Im Zusammenhang mit der Detaillierung der Ausführungsplanung hat sich ergeben, dass die Beseitigung von asbesthaltigen Dachpappen nicht, wie ursprünglich vorgesehen, in Teilbereichen erfolgen kann. In der Folge muss der Querbau komplett neu gedeckt werden. Die entstehenden Mehrkosten in Höhe von 100.000 € brutto können innerhalb der Maßnahme gedeckt werden. Um den Bauablauf nicht zu behindern, hat Bürgermeister Köppl dieser überplanmäßigen Maßnahme / Ausgabe im Rahmen einer Eilentscheidung gemäß § 95 d GO zugestimmt.

Aufgrund statischer Zwangspunkte, die erst nach Öffnung der Decken ersichtlich wurden, hat sich ein zeitlicher Verzug von wenigen Wochen zum Bauzeitenplan ergeben. Der Querbau mit den Fachräumen (Chemie, Kunst, Musik) und einigen Nebenräumen sowie dem Sanitärtrakt soll im Frühjahr 2013 zur Nutzung freigegeben werden. Der Abschluss der Gesamtmaßnahme steht im 3. Quartal an. Ziel ist es, die Veranstaltungen zum Eulenfest 2013 in der neuen Aula durchführen zu können.

b) Aussenanlagen

Im Jahr 2007 wurde die Grundstücksentwässerungsanlage auf dem Gelände der Comenius-Schule kontrolliert. Im Zusammenhang mit den anstehenden Arbeiten im Bereich des Hochbaus und der Aussenanlagen wurde auch ein Sanierungskonzept für das Leitungssystem erarbeitet. Die damit im Zusammenhang stehenden Arbeiten konnten weitestgehend abgeschlossen werden.

Die Ausführungsplanung für den Hof D wurde den neuen Gegebenheiten, die sich durch die Hochbausanierung ergeben hatten, angepasst. Die Leistungen für einen 1. Bauabschnitt wurden zusammen mit der Leitungssanierung ausgeschrieben. Mit der Ausführung des 1. Teils der Garten - u. Landschafts-Bauarbeiten wurde zwischenzeitlich begonnen. Der 2. Bauabschnitt wird bis Ende des Jahres ausgeschrieben und soll im 1. Halbjahr 2013 ausgeführt werden.

Die Ausführung von Hof C (gegenüber dem Neubau) wurde auf 2012 vorgezogen. Er ist die Ausweichfläche für den Hof D. Hier wurden neben Lagerflächen für Möbelcontainer weitere Spielflächen hergestellt. Im 2. Quartal konnten die neuen Flächen weitestgehend in Betrieb genommen werden. Zwischenzeitlich stehen auch die kompletten Rasenflächen zur Verfügung.

Für Hof A empfiehlt sich eine Wiederherstellung im Sinne der Zielplanung. Konkrete Planungen für diesen Bereich und den Hof B stehen im Zusammenhang mit den Kosten für die Flächen D und C. Sobald sich eine weitestgehende Kostensicherheit ergeben hat, werden diese Flächen überplant.

Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium – Altbausanierung und Aussenanlagen

a) Altbausanierung

Der Altbau wurde flügelweise seit Februar 2011 in 3 Abschnitten bis zu den Sommerferien 2012 saniert. Die Sanierung begann in 2011 mit der Aula und dem Ostflügel. Anschließend wurde das Infozentrum mit dem neuen Beleuchtungskonzept fertig gestellt. Die Westflügelsanierung wurde Ende Februar abgeschlossen. Unmittelbar im Anschluss erfolgte die Sanierung des Nordflügels bis Juli 2012. Die wesentlichen Arbeiten konnten weitestgehend so rechtzeitig abgeschlossen werden, dass der Unterricht seit den Sommerferien komplett in den neuen bzw. sanierten Schulräumen stattfindet.

Im Zusammenhang mit der Altbausanierung sind Mehrkosten in Höhe von 395.000 € entstanden, u.a. in Folge der Insolvenz von drei beauftragten Firmen. Zudem mussten Bodenbeläge in einem Flügel ausgetauscht werden und es haben sich Mehrkosten aus der Abrechnung von Gewerken ergeben. Um den Baufortschritt nicht erheblich zu behindern und damit der Schulbetrieb rechtzeitig erfolgen konnte, hat Bürgermeister Köppl dieser überplanmäßigen Ausgabe im Rahmen einer Eilentscheidung gemäß § 95 d GO zugestimmt.

b) Abbruch Oberstufenturm

Zu Beginn der Sommerferien konnte mit dem Abbruch des Oberstufenturms begonnen werden. Bevor der Oberstufenturm abgebrochen wurde, erfolgte eine umfassende Schadstoffsanierung. Die Kosten für eine Sanierung hätten knapp drei Millionen € betragen, entsprechend wurde in 2007 entschieden, den Turm aufzugeben und die Klassen- und Fachräume im Zusammenhang mit dem Neubau nachzuweisen. Die Umrisse des Oberstufenturms sollen als „Fußabdruck“ auf dem zukünftigen Schulhof erhalten bleiben.

c) Aussenanlagen

Die Flächen im Bereich des Innenhofes (tlw.) und die Flächen im westlichen Bereich wurden zwischenzeitlich fertiggestellt.
Das Provisorium für die Fahrradständer auf dem Parkplatz wurde vor geraumer Zeit beendet. Die Fahrradständer wurden wieder auf der ursprünglichen Fläche montiert und werden nach dem jetzigen Stand dort verbleiben. Für die Umgestaltung der Ostseite stehen keine gesonderten Haushaltsmittel zur Verfügung. Zurzeit wird eine Ausführungsplanung erarbeitet, die nach dem Abbruch des Hausmeisterhauses in den Sommerferien und der E-Station der Stadtwerke in den Herbstferien, im Einklang mit der Eingangsfläche des Gymnasiums

stehen soll. Zentral geht es um die Herrichtung der Feuerwehrzufahrten und das Fällen bzw. die Auslichtung von Sträuchern etc. sowie Neuanpflanzungen.

Schulzentrum Süd – Sanierung der Sporthalle und der Schulgebäude

Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen sowie der Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit haben im Juni über die Ergebnisse eines Workshops im Mai 2012 beraten. Im Rahmen des Workshops ist auch die gegenwärtige Zeitplanung für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen erörtert worden. In diesem Zusammenhang wurde die Problematik besprochen, dass eventuell der Betrieb der Sporthalle aus technischen Gründen einzustellen ist.

Die Workshop-Teilnehmer hatten sich dafür ausgesprochen, dass unter Nutzergesichtspunkten die Sanierung der Sporthalle Heidkamp vorgezogen werden sollte. Die Sanierung der beiden Schulgebäude würde im Anschluss erfolgen. Beide Ausschüsse haben übereinstimmend beschlossen, dass die weiteren Planungen zur Sanierung des Schulzentrums Süd entsprechend den Workshop-Ergebnissen fortzuführen sind. Ferner wurde empfohlen, dass die Fortschreibung der mittel- und langfristigen Finanzplanung in der Reihenfolge der geplanten Maßnahmen anzupassen ist.

Nach Beratungen im Finanzausschuss im August d. J. hat die Ratsversammlung außerplanmäßig Geldmittel für die vorgezogenen Planungsleistungen im Zusammenhang mit der Sporthalle Heidkamp bereitgestellt.

Zur Zeit werden in Zusammenarbeit mit dem Elsensee-Gymnasium und der Grundschule Goethe-Schule die Raumanforderungen weiter konkretisiert, damit in den Fachausschüssen die notwendigen Beschlüsse gefasst werden können.

Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh

Ende 2011 hatte die Ratsversammlung über die öffentlich-rechtlichen Verträge mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt beraten. Ende März 2012 erhalten alle Beteiligten die schriftliche Mitteilung des Innenministers, dass er der Ausamtung der Gemeinden Bönningstedt und Hasloh zum 01.01.2013 zustimmt. In der Folgezeit wurden die Verträge in eine Endfassung gebracht und am 7. August von den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt sowie der Stadt Quickborn unterschrieben.

Noch vor der Sommerpause startete im Juni die erste Runde der Personalauswahl. Das Amt Pinnau, die Gemeinde Rellingen und die Stadt Quickborn haben im Vorwege eine Verwaltungsvereinbarung abgeschlossen. In dieser ist die Übernahme von 13,85 Stellen durch die Stadt Quickborn festgelegt und es sind die Verfahrensschritte festgeschrieben. Die Mitarbeitenden des Amtes Pinnau und der Gemeinde Rellingen sowie der Stadt Quickborn hatten die Möglichkeit ihr Interesse für 17 ausgeschriebene Stellen zu bekunden. Es wurden 13 Stellen besetzt, davon sieben mit Mitarbeitenden des Amtes Pinnau und eine mit einer/m Mitarbeiter/in der Gemeinde Rellingen. Die zweite Runde des Interessenbekundungsverfahrens ist eingeleitet worden. Es müssen noch 7,39 Stellen besetzt werden. Insgesamt 20 Personen, davon zehn aus dem Bereich des Amtes Pinnau, haben eine Interessenbekundung auf die elf angebotenen Stellen abgegeben. Zwischenzeitlich sind die

Auswahlgespräche auch für die zweite Runde des Interessenbekundungsverfahrens abgeschlossen.

Nach jetzigem Stand (öffentlich-rechtliche Verträge vom 7.8.2012) gäbe es drei Standesämter (Quickborn, Bönningstedt, Hasloh). Es besteht jedoch die Möglichkeit, einen Standesamtsbezirk zu gründen. Hierzu ist jeweils ein zusätzlicher Vertrag zwischen der Stadt Quickborn und den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh erforderlich. Nachdem die beteiligten Gremien in den drei Kommunen die notwendigen Beschlüsse gefasst haben, gibt es zum 01.01.2013 einen erweiterten Standesamtsbezirk Quickborn, der auch die Gemeinden Hasloh und Bönningstedt beinhaltet.

Seit geraumer Zeit werden mit dem Amt Pinnau die notwendigen Gespräche im Hinblick auf den konkreten Aufgabenübergang und den umfangreichen Datentransfer geführt. Zusammen mit Kommunit erfolgen die Migration der IT und die ergänzende Ausstattung mit Hardware. In den nächsten Wochen müssen die offenen Personalentscheidungen abgeschlossen werden, damit diese in einen Personalüberleitungsvertrag einfließen. Damit im Zusammenhang steht die räumliche Unterbringung des Personals und die Ausstattung der Arbeitsplätze.

Verwaltungsgemeinschaft mit Bönningstedt und Hasloh, Datenübernahme Finanzsoftware

Die Gemeinden Bönningstedt und Hasloh werden bis zum 31.12.2012 vom Amt Pinnau verwaltet. Das Amt arbeitet mit der Finanzsoftware der Firma C.I.P. Gesellschaft für kommunale EDV-Lösungen mbH (CIP). Für die Umsetzung der Verwaltungsgemeinschaft ab dem 01.01.2013 ist es erforderlich, die Finanzdaten des CIP-Verfahrens in die Finanzsoftware der Stadt Quickborn der Firma H&H Datenverarbeitungs- und Beratungsgesellschaft mbG (H&H) zu übernehmen. Im April diesen Jahres wurde mit H&H ein Projektplan aufgestellt. Seitdem wurden bereits zwei Mal Testdaten vom Amt an H&H übergeben, um die Konvertierung für die spätere Übernahme der „Echtdaten“ vorzubereiten. Neben einer internen Prüfung von H&H, ist auch von Seiten der Stadt zu prüfen, ob die Daten aus der Konvertierung richtig übernommen werden.
Daneben mussten die Satzungen, Haushalte, Fallbeispiele für die verschiedenen Steuerarten und sonstige Unterlagen für beide Gemeinden vom Amt eingeholt und an H&H weitergeleitet werden, um dort sämtliche Stammdaten einrichten und Daten vergleichen zu können.
Im Zuge dessen sind diverse Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen erforderlich gewesen, die auch dazu dienten, sich einen Überblick über die zu übernehmenden Akten und die Arbeitsweise zu verschaffen.
Um den Übergang der Aufgaben im Fachbereich Finanzen zu gewährleisten, müssen sämtliche vorbereitenden Arbeiten spätestens zum Jahreswechsel abgeschlossen sein.

Regionales Entwicklungskonzept REK A/7 Süd

Alle Kommunen im Achsenraum der Landesentwicklungsachse A/7 Süd, von Landesgrenze Hamburg bis Neumünster, die zum Teil bereits vorher schon in einer übergemeindlichen Verkehrsplanung zusammengearbeitet hatten, haben sich im 2. Halbjahr 2010 vereinbart, unter Regie des Kreises Segeberg als Projektträger ein REK zu erarbeiten.

Wichtige Angelegenheiten

Neben der Landesplanung und Vertretern des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums Schleswig-Holstein und den Landräten der Kreise Pinneberg und Segeberg haben an der notwendigen Vorarbeit u.a. auch Vertreter der Industrie- und Handelskammern, der Projektgesellschaft Norderelbe mbH, sowie der Vereinigung Nordgate mitgewirkt.

Nachdem Einvernehmen erzielt war, das Projekt extern bearbeiten zu lassen, wurde gemeinsam im Frühjahr 2011 eine Auftragsvergabe im Auswahlverfahren vorbereitet (4 Arbeitsgemeinschaften wurden zur Abgabe von Angeboten aufgefordert). Im Mai erhielt die AG Georg & Ottenströer und Büro Ramböll den Auftrag, innerhalb von max. zwei Jahren das REK zu erstellen.

Die Finanzierung des Auftrages (100 Tsd. € Brutto) erfolgt zum größten Teil durch Fördermittel des Landes (Zukunftsprogramm Wirtschaft Schl.-Holst.) und aus dem Förderfond Nord der Metropolregion Hamburg, sowie anteilig von den größeren mitwirkenden Kommunen.

Das REK soll in einem möglichst umfassenden gesellschaftlichen Dialog erstellt werden. Kommunale, regionale und überregionale Akteure sowie Vertreterinnen u. Vertreter der Wirtschafts- und Sozialpartner und der Umweltverbände sollen in den Prozess eingebunden werden.*

Strategisches Ziel des REK ist es, die Entwicklungsperspektiven der Region zu stärken und - soweit aus dem Prozess ableitbar - eine überregionale Positionierung als Wirtschafts- und Lebensraum entlang der Entwicklungsachse A7 / A 20 zu ermöglichen. Dabei müssen insbesondere die zukünftigen verkehrlichen Veränderungen, die heterogenen Wirtschafts- und Organisationsstrukturen und die unterschiedlichen raumstrukturellen Gegebenheiten berücksichtigt werden.*

Das REK soll vor allem einen Beitrag dazu leisten, Chancen für die weitere wirtschaftliche und sonstige Entwicklung in der Region sowie für Beschäftigung zu erkennen und zu nutzen, die sich insbesondere aus dem geplanten Verkehrsinfrastrukturausbau ergeben (A 7, A 20).*

Eine wirtschaftliche Stärkung der Region u.a. durch strategische Partnerschaften und Kooperationen zu anderen Regionen und Wirtschaftsstandorten, und die Lösung von Verkehrsproblemen sind beabsichtigt, aber dieses REK soll auch einen Beitrag zu der im Landesentwicklungsplan LEP 2010 vorgesehenen kommunalisierten Regionalplanung leisten. (aktuelle Anmerkung: Die 2012 neu gewählte Landesregierung wird eine kommunalisierte Regionalplanung nicht einführen, die Landesplanung ist weiterhin am REK-Prozess beteiligt).

Es ist unabdingbar sich bereits frühzeitig auf der Arbeitsebene mit den Ergebnissen anderer REK‘ s, z.B. für das REK A 1, für das REK A 23 / B 5 abzustimmen, sowie die Entwicklungsachse der A 20 einzubeziehen. Insbesondere ist die Interessenslage in der Metropolregion abzustimmen.

Das REK besteht aus den 3 folgenden Leistungsbausteinen :

1. Bestandsaufnahme unter Einbeziehung aller relevanten Planungen, Konzepte und Studien. Stärken-Schwächen-Risiko Analyse (SWOT).

2. Entwicklung eines Leitbildes. Ableitung / Abstimmung regionaler Entwicklungsziele.
3. Ableitung konkreter Maßnahmen- und Projektvorschläge / Handlungsanweisungen, Benennung von Verantwortlichen. Erstellung eines Maßnahmenkataloges mit Prioritäten, Kostenschätzungen und Finanzierungsoptionen. Entwicklung eines Monitoring- und Evaluierungssystems.

Zur Arbeitsorganisation wurde vereinbart, dass es außer dem Lenkungsausschuss und der Projektarbeitsgruppe auch 3 Facharbeitsgruppen gibt.

Mitglieder des Lenkungsausschusses sind die Bürgermeister aller unmittelbar beteiligten Kommunen (Projektpartner), auf der Arbeitsebene wurde eine Projektgruppe gebildet, die überwiegend aus Planern und Wirtschaftsförderern (Mitglieder bzw. Vertreter in der Vereinigung Nordgate) dieser Kommunen besteht. Weitere Mitglieder sind die IHK‘s Kiel und Lübeck, die WEP (Wirtschaftgesellschaft des Kreises Pinneberg), die EGNO (Entwicklungsgesellschaft Norderstedt), die Wirtschaftsagentur Neumünster, die Landesplanung Schl.-Holst., ein Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung (BSU) Hamburg, ein Vertreter des Amtes Kaltenkirchen Land und die Projektgesellschaft Norderelbe.

Die 3 Facharbeitsgruppen zur Mitwirkung an der Bearbeitung der Handlungsfelder „Verkehrliche Entwicklung“, „Wirtschaftliche Entwicklung“ und „Regionale Kooperationen“ werden je nach Bedarf den gesamten Prozess begleiten oder werden punktuell beteiligt.

Da nicht alle Kommunen als Projektpartner in der Projektgruppe unmittelbar mitwirken, wurde vereinbart, dass z.B. Quickborn die Interessen der Nahbereichsgemeinden Hasloh, Bönningstedt und Bilsen vertreten kann und diese selbst in Facharbeitsgruppen beteiligt sein sollten.

Es ist sinnvoll und wichtig, die 2005 gemeinsam begonnene Arbeit der Kommunen Kaltenkirchen, Henstedt-Ulzburg, Alveslohe, Bilsen, Ellerau, Quickborn, Norderstedt, Hasloh und Bönningstedt zum Thema weiterer Anschlussstellen der A 7 auf diese Weise fortzusetzen. Für die Stadt Quickborn wird wegen ihrer Randlage im Kreis Pinneberg eine große Chance bezüglich regionaler Verflechtungen darin liegen, dass Kreisgrenzen bei dieser Art Planung ohne Beachtung sein werden.

Zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der politischen Gremien wurde vereinbart, nach Abschluss jeder der insgesamt 3 Leistungsphasen jeweils eine Regionalkonferenz durchzuführen. Für die Kommunikation mit den Projektpartnern und der Öffentlichkeit wird im Internet auf der dafür eingerichteten Homepage über den aktuellen Projektverlauf mit den jeweils erreichten Zwischenzielen u.a. in Newslettern berichtet (www.rek-a7-sued.de).

Im Berichtszeitraum wurde der 1. Leistungsbaustein erarbeitet und mit einer SWOT (Stärken-Schwächen-Risiko Analyse) abgeschlossen, die Gegenstand einer 1. Regionalkonferenz im März 2012 in Norderstedt war. Im Anschluss daran sind in der nächsten Arbeitsstufe die Ergebnisse aufbereitet worden und in den 3 Facharbeitsgruppen sogenannte Handlungsbedarfe formuliert worden. Diese Fachbeiträge zu den Themen Verkehr, Grundlagen und Rahmendaten, Wirtschaftsstruktur und Branchenentwicklung, Gewerbeflächen, Zukunftsthemen sind noch im internen Abstimmungsprozess und werden später auf der Homepage veröffentlicht.
Als Nächstes wird die Leitbildphase u.a. mit der Findung von Leitprojektideen begonnen und ein erster Entwurf soll dazu den örtlichen Gremien im 4. Quartal 2012 vorgestellt und

gegebenenfalls ein Beschluss herbeigeführt werden, bevor am Jahresende die 2. Regionalkonferenz veranstaltet wird.

Der bereits erwähnte Abgleich mit den zwischenzeitlich bereits fertiggestellten Regionalkonzepten REK A 1 und REK A 23 / B 5 muss noch vorgenommen werden, um die Entwicklungen im Land besser abstimmen zu können. Von besonderem Interesse dabei ist die aktuell geführte Diskussion der neuen Landesregierung zum Weiterbau der A 20 mit möglichen Folgen zur Frage, welche Folgen es hätte, wenn die feste Elbquerung (auf dem letzten Abschnitt von der A 7 bis Glückstadt) nicht realisiert werden kann. Entscheidend könnte sein, welche der beiden Hauptentwicklungsachsen, die an der A7 oder an der A1, künftig mehr Bedeutung bekommen und vorrangig gefördert wird.

(* die so markierten Textpassagen sind Zitate aus der Leistungsbeschreibung zur Ausschreibung)

Planfeststellungsverfahren der Tennet zum sog. Ersatzneubau einer 380 KV-Leitung

Die Fa. Tennet plant seit 2009 im Rahmen des Netzausbaues, der für die Stromverteilung durch die Erzeugung von Windenergie in Schleswig-Holstein benötigt wird, die Ertüchtigung einer vorhandenen 220 KV-Leitung in eine 380 KV-Leitung im Abschnitt Dollern bis Hamburg-Nord / Norderstedt, und zwar auf der Bestandstrasse. Das dafür notwendige Planfeststellungsverfahren soll voraussichtlich bis Ende 2012 abgeschlossen werden.

Eine Fortsetzung der Leitung bis nach Schacht-Audorf, die ebenfalls Quickborner Gebiet überspannt, ist auch in Planung, der Verlauf der Leitung wurde Ende 2011 bekannt gegeben und diskutiert.

Im Gegensatz zu dem ersten Abschnitt hat der Vorhabenträger Tennet für den zweiten Abschnitt einen Trassenverlauf gewählt, der in Teilen abweichend von der Bestandstrasse liegt, um zu vermeiden, dass die Freileitung auch künftig über besiedeltem Gebiet verläuft.

Aufgrund der 2011 vom Bund beschlossenen Energiewende, die zu einer früheren Stilllegung von Atomkraftwerken führt, wird das Thema Netzausbau beschleunigt, ist aber gleichzeitig höchst umstritten, weil negative Auswirkungen in leitungsnahen Siedlungsgebieten zu befürchten sind, da eine ausreichende Gesundheitsvorsorge bei der Planung bisher nicht berücksichtigt wurde.

Die Stadt und sehr viele betroffene Einwohner haben im Planfeststellungsverfahren 2010 negative Stellungnahmen abgegeben und in den darauffolgenden Erörterungsterminen über Trassenverschwenkungen und Teilstrecken-Erdverkabelung diskutiert. Als sich herausstellte, dass der Vorhabenträger ohne weiteres auf der Bestandstrasse bleiben darf, weil er die in Deutschland festgelegten Strahlungsgrenzwerte von 100 µ-Tesla (26. Bundesimmissionsschutz VO) deutlich unterschreitet, formierte sich nicht nur in Quickborn deutlicher Protest, denn unter gesundheitlichem Vorsorgeaspekt erscheint dieser Grenzwert viel zu hoch. Es haben sich in Quickborn 2 Bürgerinitiativen gebildet.

In der Folgezeit wurde nichts unversucht gelassen, um vor dem Abschluss des Verfahrens eine erträgliche Lösung zu finden. Unter Einbindung von Bundes- und Landtagsabgeordneten wurde u.a. die Verwendung von strahlungsärmeren Masten und Leitungen (Wintrack-System, das bisher nur in den Niederlanden getestet wurde) 2011 mit der Landesregierung S.-H. diskutiert, die Akzeptanz durch von diversen möglichen Trassenverschwenkungen Neubetroffenen erfragt und für Gespräche auf Vorschlag der Initiativen ein „Runder Tisch“

gebildet. Unter Regie des Landtagsabgeordneten Peter Lehnert (CDU) hat der Runde Tisch in 2012 bisher 3 Mal getagt. An einem dieser Termine hat der von der Stadt Quickborn beauftragte Gutachter Dr. Jarras das Machbarkeitsgutachten zur Erdkabel-Lösung von Dr. Brackelmann und Dr. Jarras vorgestellt und belegt, dass eine Teilstrecken-Erdkabellösung sowohl technisch machbar, als auch wirtschaftlich vertretbar ist. Dieses Gutachten wurde erstellt, um in einem Rechtstreitverfahren belegen zu können, dass eine Erdkabel-Lösung auf ca. 1,8 km entlang des südlichen Ortsrandes als realistische Möglichkeit in der gesetzlich vorgeschriebenen Alternativenprüfung im Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen wäre. Ein von der Stadt ebenfalls beauftragter Rechtsanwalt, der die Verwaltung bisher im Verfahren begleitet, hat eine Klageschrift vorbereitet, die gegen den Planfeststellungsbeschluss erhoben würde, wenn bis zum Erlass dieses Beschlusses keine akzeptable Lösung vorliegt.

Die Reaktionen der alten und der neuen Landesregierung waren bisher nicht zielführend, auch ein Schreiben an die Bundeskanzlerin blieb unbeantwortet, so dass der gemeinsame Kampf Vorort weitergeführt werden muss.

Planfeststellungsverfahren der DEGES zum 6-spurigen Ausbau der A 7

Nach der erfolgten öffentlichen Auslegung der Planungsunterlagen für die Abschnitte 5 (von Kaltenkirchen bis nördlich der Anschlussstelle Quickborn) und 6 (von nördlich der Anschlussstelle Quickborn bis zur Landesgrenze Hamburg), sowie der Abgabe der beiden Stellungnahmen der Stadt Quickborn hat im Mai 2011 der erste Erörterungstermin (für Abschnitt 6) stattgefunden. Die Erörterung für den 5. Abschnitt wurde im Herbst 2011 durchgeführt.

Die Erörterungstermine wurden vonseiten der Stadt, sowie von den betroffenen Einwohnern, die ihrerseits Einwendungen im Verfahren erhoben haben, intensiv genutzt, um die bereits schriftlich eingeforderten zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen durchzusetzen. Unter Androhung von Rechtstreitverfahren, die den Ausbau der BAB verzögern würden, wurde zudem auf Fehler im Verfahren hingewiesen.

Unter Hinzuziehung eines Anwaltes und eines auf Lärmfragen spezialisierten Physikers hat die Verwaltung erreichen können, dass die Forderungen fast ausschließlich erfüllt, und darüber hinaus gute Kompromisse erreicht worden sind.

In den anschließenden sogenannten Deckblatt-Änderungsverfahren im 2. und 3. Quartal 2012 waren die entsprechend überarbeiteten Pläne letztmalig in einer öffentlichen Auslegung und wurden nach erfolgter Prüfung durch die Verwaltung dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgestellt.

Erwähnenswert ist, weil das im Planfeststellungsverfahren bislang unklar bzw. strittig war, dass die Lärmaktionsplanung der Stadt Quickborn (LAP 1. Stufe 2010 für die Lärmquelle BAB - A 7) in den Abwägungsprozess eingeflossen ist, und damit auch zu dem guten Ergebnis geführt hat.

Über die in den ersten Planunterlagen enthaltenen Lärmschutzmaßnahmen, wie die Verwendung von offenporigem Asphalt in einem Teilabschnitt nördlich und südlich der Autobahnanschlussstelle AS 21, der Bau einer Lärmschutzwand auf einem vorhandenen Wall auf der Ostseite der BAB in Quickborn-Heide, sowie einer Wand-Verlängerung nach Nor-

den bis zur BAB-Brücke Bahnstraße / Kiefernweg am Fahrbahnrand der BAB, Lärmschutzwände im Bereich der Anschlussstelle AS 21, sowie im Bereich Harksheider Weg / Dreibeekenmoorweg und nach Süden im Bereich Hasloher Weg ein Lärmschutzwall, sowie Maßnahmen des passiven Schallschutzes hinausgehend, sind folgende Maßnahmen zusätzlich aufgenommen worden :

- Erhöhung der Lärmschutzwand auf Höhe der Schwartmoorsiedlung um 4 m in ca. 100 m Länge Richtung Norden von der Anschlussstelle AS 21 ausgehend.
- Erhöhung der Lärmschutzwand entlang der Friedrichsgaberstraße im Bereich Schwartmoorsiedlung auf 6 m Höhe in einer Länge von ca. 170 m. Mit den beiden Maßnahmen soll der an der Anschlussstelle zunehmende Lärm gedämmt werden.
- Bau eines Lärmschutzwalles bzw. aus Platzgründen einer Wand im Bereich südlich der BAB-Brücke Ulzburger Landstraße bis zur Gronaubrücke (Westseite der BAB)
- Bau eines Lärmschutzwalles (4 m Höhe) in Verlängerung der vorgenannten Maßnahme bis zur Autobahnraststätte Holmmoor. Damit sollen auch die Areale der Sport- und Freizeiteinrichtungen am Harksheider Weg besser geschützt werden.

Die beschriebenen Lärmschutzmaßnahmen werden Bestandteil der Gesamtbaumaßnahme „6-spuriger Ausbau der A 7“ und vom Vorhabenträger finanziert. Auch werden die vorhandenen Anlagen in Quickborn-Heide (Westseite), die Ende der 90-er Jahre unter finanzieller Beteiligung durch Bund und Land von der Stadt Quickborn errichtet wurden und von ihr unterhalten werden, endgültig in das Eigentum des Bundes mit der dauerhaften Erhaltungspflicht gegeben.

Insgesamt gesehen können somit sämtliche Schutzansprüche, die erstmalig durch den kommenden Planfeststellungsbeschluss anzuerkennen sind, durch aktive und passive Lärmschutzmaßnahmen erfüllt werden. Der Planfeststellungsbeschluss soll vor Jahresende 2012 vorliegen.

NORDGATE

Die Zusammenarbeit der Kooperation NORDGATE – Das Tor zur Metropolregion Hamburg war in den letzten fünf Jahren sehr erfolgreich.

Das NORDGATE hat sowohl an Messen teilgenommen sowie zu eigenen Veranstaltungen eingeladen.

Am 25. und 26. April 2012 startete in den Holstenhallen in Neumünster die Messe **„wirtschaftNORDGATE“**. Als Messeveranstalter konnte die Firma Mattfeldt & Sänger, Marketing und Messe AG aus Neunmünster gewonnen werden.
Die branchenübergreifende Messe unter dem Motto „Dialog-Business-Kontakte“ richtete sich vorrangig an kleine und mittelständische Unternehmen und sollte persönliche Kontakte zwischen Kunden, Lieferanten und Dienstleistern aus der Region fördern. Neben den unterschiedlichsten Ausstellern zogen auch verschiedene Vorträge (z.B. Stress-Tipps für Führungskräfte) sowie Workshops (u.a. zu den Themen: Erfolgsfaktor Energieeffizienz und Social Media) die Besucher an.
Ein voller Erfolg war das Business-Speed-Dating. Unternehmer hatten 4 Minuten Zeit sich einem anderen Unternehmer vorzustellen, anschließend wurde gewechselt. So hatten die

Unternehmer innerhalb von kürzester Zeit die Möglichkeit, sehr viele Businesskontakte zu knüpfen.
Insgesamt wurde ein positives Fazit gezogen, so dass bereits nach der Fachmesse feststand, dass die „**„wirtschaftNORDGATE“** auch im Jahr 2013 – am 13./14.März 2013 - stattfinden wird.

Im Mai 2012 wurden Politiker, Projektentwickler, Makler und andere Akteure aus der Immobilienbranche zum **5. Fachforum** eingeladen. Vor über 70 Gästen referierte Herr Dr. Thomas Robbers, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Münster GmbH, zum Thema „Revitalisierung von Gewerbe- und Industriegebieten“ und berichtete anschaulich von den Erfahrungen in Münster.

Auch in diesem Jahr wollte das NORDGATE an der internationalen Messe für Gewerbeimmobilien, der **Real Estate North**, im Congress Centrum Hamburg teilnehmen. Der Messeveranstalter hat diese Messe jedoch kurzfristig mangels ausreichender Ausstelleranmeldungen abgesagt.

Im Oktober 2012 werden die Vertreter des NORDGATE wieder die internationale Fachmesse in München, die **Expo Real**, besuchen.

Im NORDGATE sind seit der Gründung im Jahr 2008 (bis zum 30.06.2012) über 1.000 Anfragen eingegangen.
In diesem Zeitraum konnten 166 Firmen an den 13 NORDGATE-Gewerbestandorten angesiedelt werden oder im NORDAGTE gehalten werden. In Quickborn waren es 13 Firmen, die sich angesiedelt haben oder gehalten werden konnten.
Von der Vielzahl der Anfragen konnten nicht alle Interessenten bedient werden. Viele Anfragen bezogen sich auf den Kauf oder die Anmietung von Bestandsimmobilien. Über Bestandsimmobilien hat die Wirtschaftsförderung keine umfassenden Informationen. Dieses setzt voraus, dass mit Zeitaufwand regelmäßig Informationen abgefragt werden und der Markt sehr genau beobachtet wird. Dies ist derzeit aufgrund fehlender Kapazitäten nicht möglich.
Des Weiteren konnten Anfragen nicht bedient werden, da es sich um Anfragen für größere Logistikflächen (über 3 ha), um größere Einzelhandelsflächen oder Industrieflächen handelte. Entsprechende Flächen kann Quickborn nicht anbieten.

Weitere Aktivitäten der Wirtschaftsförderung

Die Wirtschaftsförderung arbeitet aktiv bei der Erarbeitung des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die Landesentwicklungsachse A 7-Süd (REK A7 Süd) mit. Siehe hierzu auch die gesonderten Ausführungen des Fachbereiches Stadtentwicklung in diesem Berichtsteil.
Zu den regelmäßigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung gehört es auch, bei den vielseitigen Anliegen der bereits ansässigen Gewerbetreibenden Hilfestellung zu geben und die Lotsenfunktion innerhalb der Verwaltung wahrzunehmen.

Statusbericht Photovoltaikanlage Lilli-Henoch-Halle

Nachdem die Photovoltaikanlage auf der Lilli-Henoch-Halle am 21.06.2010 durch die Stadtwerke Quickborn GmbH als Eigentümer in Betreib genommen wurde, sind unten aufgeführte Solar-Erträge generiert worden.

Im Jahresvergleich 01.07.2010 bis 30.06.2011 wurden die Planziele mit ca. 2.100 kWh leicht überschritten. Da Einspeisevergütung und Kosten als Fixum angesehen werden können, ist die geplante Rentabilität der Anlage als gegeben anzusehen.
Im Zeitraum 01.07.2011 bis 30.06.2012 wurden die Planziele mit ca. 1.700 kWh leicht unterschritten. Das geplante Ergebnis wurde dadurch ebenfalls leicht unterschritten. Über den Gesamtzeitraum seit der Inbetriebnahme liegt die Anlage somit exakt im Plan.

Monat / Jahr	Soll-Einspeisung	Ist-Einspeisung	Abweichung
Juli 2010	6.500 kWh	7.971 kWh	1.471 kWh
August 2010	6.000 kWh	5.231 kWh	-769 kWh
September 2010	4.342 kWh	4.073 kWh	-269 kWh
Oktober 2010	3.010 kWh	3.314 kWh	304 kWh
November 2010	1.610 kWh	831 kWh	-779 kWh
Dezember 2010	860 kWh	125 kWh	-735 kWh
Januar 2011	1.300 kWh	833 kWh	-467 kWh
Februar 2011	1.960 kWh	1.906 kWh	-54 kWh
März 2011	3.540 kWh	4.465 kWh	925 kWh
April 2011	5.460 kWh	6.803 kWh	1.343 kWh
Mai 2011	6.620 kWh	6.990 kWh	370 kWh
Juni 2011	6.210 kWh	6.986 kWh	776 kWh
	47.412 kWh	***49.529 kWh***	***2.117 kWh***
Juli 2011	6.500 kWh	5.586 kWh	-914 kWh
August 2011	6.000 kWh	5.151 kWh	-849 kWh
September 2011	4.342 kWh	4.622 kWh	280 kWh
Oktober 2011	3.010 kWh	3.433 kWh	423 kWh
November 2011	1.610 kWh	1.130 kWh	-480 kWh
Dezember 2011	860 kWh	466 kWh	-394 kWh
Januar 2012	1.300 kWh	1.045 kWh	-255 kWh
Februar 2012	1.960 kWh	2.067 kWh	107 kWh
März 2012	3.540 kWh	4.066 kWh	526 kWh
April 2012	5.460 kWh	5.073 kWh	-387 kWh
Mai 2012	6.620 kWh	7.202 kWh	582 kWh
Juni 2012	6.210 kWh	5.905 kWh	-305 kWh
	47.412 kWh	***45.746 kWh***	***-1.666 kWh***

Verschuldungssituation der Stadt Quickborn und Zinsentwicklung

Der Schuldenstand der Stadt Quickborn beträgt unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen zur Jahresmitte 2012 rd. 41,5 Mio. €. Investitionskredite mussten in

2012 bislang noch nicht aufgenommen werden; Kassenkredite in Höhe von derzeit rd. 5 Mio. € sind beansprucht.
Die einzelnen Investitionskredite aus Vorjahren wurden zumeist mit einer mittel- und langfristigen Laufzeit abgeschlossen und sind in der folgenden Übersicht aufgeführt:

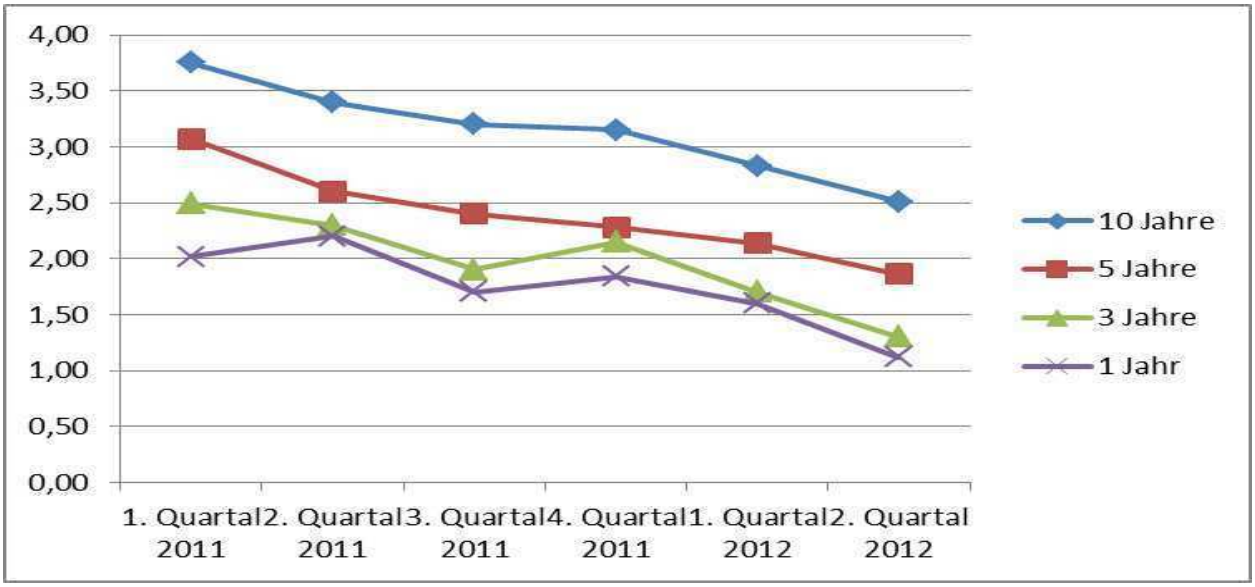
Betrag in €	Laufzeit	Zinssatz in %	Laufzeitende
kurzfristige Laufzeit			
1,0 Mio.	6 Monate	1,04	28.09.2012
1,0 Mio.		**1,04**	
mittelfristige Laufzeit			
6,0 Mio.	2 Jahre	1,509	30.09.2013
9,0 Mio.	2 Jahre	1,515	30.12.2013
4,9 Mio.	5 Jahre	3,040	30.03.2014
4,9 Mio.	5 Jahre	3,110	31.08.2014
4,0 Mio.	5 Jahre	2,145	30.12.2016
28,8 Mio.		**2,264**	
langfristige Laufzeit			
rd. 1,4 Mio.	alt		
5,7 Mio.	20 Jahre	3,670	30.06.2031
4,6 Mio.	17 Jahre	3,400	30.06.2028
11,7 Mio.		**3,540**	

Das Zinsniveau liegt im August 2012 bei

0,16 % für 1 Monat
0,71 % für 6 Monate
1,10 % für 1 Jahr
1,22 % für 3 Jahre
2,29 % für 10 Jahre

Die Aufwendungen für Zinsen aus aufgenommenen und geplanten Investitionskrediten steigen aufgrund der großen Investitionen der Stadt Quickborn kontinuierlich an. Eine genaue Beobachtung des Marktes und die Entscheidung, kurz-, mittel- oder langfristig zu finanzieren, ist daher fortwährend geboten, um die Zinslast möglichst niedrig zu halten.

Die Zinsentwicklung für Kommunaldarlehen in 2011 und 2012 für 1, 3, 5 und 10 Jahreskredite sieht wie folgt aus:



Bildung des Fachbereiches 11 "Tiefbauten und Kommunalbetriebe"

Im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2012 gründet sich der Fachbereich 11 "Tiefbauten und Kommunalbetriebe". Er entsteht aus Teilen der durch die Stadtwerke Quickborn geführten Kommunalbetriebe und bisherigen Aufgabeninhalten des Fachbereichs "Liegenschaften".

Zum 01. Juli wurden die Aufgaben der Innenstadt- und Außensportanlagen, der Schulhofunterhaltung sowie der Bauhof mit seinen vielfältigen Aufgaben der Straßen- und Grünflächenunterhaltung zusammengefasst.
Zum 01. Oktober folgen dann der Betrieb des Freibades und der Schmutzwasserentwässerung aus den Kommunalbetrieben und der Betrieb der Gartenabfallverwertungsanlage, der Tiefbau und die Aufgaben der Oberflächenentwässerung aus dem Fachbereich Liegenschaften.

Der Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe bildet damit die Basis für angestrebte Synergien in Planung, Bau und Betrieb der verschiedenen, oben genannten Infrastrukturen. Bereits heute zeigen sich Optimierungsmöglichkeiten, deren Realisierung verfolgt wird.

Aufgrund des Umzugs von bislang für den Fachbereich 10 tätigen fünf Mitarbeitern und ihrer drei Fahrzeuge hin zum Bauhof an der Kieler Straße können die Ressourcen zentral betreut und koordiniert werden. Es kann hierdurch zudem ein Wissensaustausch zwischen den Mitarbeitern sowie eine gegenseitige, Arbeitsspitzen besser zu bewältigende Unterstützung stattfinden.

Kommunalbetriebe der Stadt Quickborn

Rückwirkend zum 01.01.2012 wurden die Sparten Bauhof, Freibad und Abwasser aus dem Eigenbetrieb „Kommunalbetriebe der Stadt Quickborn" ausgegliedert und in die Organisation / den Haushalt der Stadt integriert.

Wichtige Angelegenheiten

Das operative Geschäft des Bauhofes wurde am 01.07.2012 auf den neuen Fachbereich Tiefbauten und Kommunalbetriebe übertragen, das Freibad folgt nach dem Saisonende, der Bereich Abwasser zum 01.10.2012.

Nach Abschluss der wesentlichen Investitionstätigkeit soll die verbleibende Sparte Telekommunikation ebenfalls in die Organisation / den Haushalt der Stadt übernommen und der Eigenbetrieb aufgelöst werden.

Übernahme der Sparten Bauhof, Abwasser und Freibad von den Kommunalbetrieben

Die Übernahme der Sparten Bauhof, Abwasser und Freibad von den Kommunalbetrieben der Stadt Quickborn rückwirkend zum 01.01.2012 erfordert im Fachbereich Finanzen die Übernahme des Anlagevermögens, der Bankkonten, der aufgenommenen Darlehen, der Buchhaltung sowie die Einrichtung des neuen Fachbereiches „Tiefbauten und Kommunalbetriebe“ in die Haushaltskomponenten (Haushalt, Buchhaltung, Berichtswesen, Finanzsoftware).
Das Anlagevermögen wurde von den Kommunalbetrieben teilweise gar nicht aufgeführt, nicht abgeschrieben, mit anderen Nutzungsdauern abgeschrieben, als die vom Innenministerium für die doppisch buchenden Kommunen vorgegeben oder so aufgeführt, dass eine direkte Übernahme nicht möglich ist. So sind z.B. sind die Kanäle im Abwasserbereich straßenweise aufgeführt und sämtliche Neuinvestitionen seit 1995 in einer Sammelposition geführt worden. Die Stadt Quickborn hat die Kanäle für das Niederschlagwasser schachtweise aufgenommen und ordnet jede Investition dem bestehenden Vermögen zu oder verbucht einen neuen Kanal als Einzelinvestition. Für die Aufteilung und Trennung im Abwasserbereich wurde diejenige Firma beauftragt, die zur Doppikeinführung die Kanäle zur Oberflächenentwässerung aufgenommen und bewertet hat.
Für die Übernahme der Finanzdaten und die Einrichtung des neuen Fachbereiches sind zahlreiche Abstimmungsgespräche im Haus und mit den Kolleginnen und Kollegen der Kommunalbetriebe erforderlich sowie diverse Zusammenstellungen auf beiden Seiten zu erbringen.

Haus 25 - Umzug und Einrichtung des Kinder- und Jugendbüros

Am Freibad 25: Das ist der neue Standort für die Administration des Fachbereiches Jugend (Stadtjugendpflege).

Im unteren Bereich (ehemaliger Gardinen – Laden) entsteht ein Kinder- und Jugendbüro als Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern und alle, die mit Kindern und Jugendlichen ehrenamtlich oder hauptamtlich arbeiten. Die zentrale Anlauf-, Informations- und Vernetzungsstelle für Kinder- und Jugendarbeit in Quickborn verstehen wir auch als einen Stadtmarketing-Baustein für diesen Bereich.

Ziel ist es, einen Knotenpunkt zu gestalten, der im Netzwerk Quickborns alles vereinigt, was für und mit Kindern- und Jugendlichen bereit gehalten wird.
Dazu gehören alle Institutionen von Kinderschutz bis Wendepunkt und Suchtberatungsstelle, Schulen, Vereine, Verbände, Stadt Quickborn u.a.m., die hier über das Kinder- und Jugendbüro ihre Informationen, Angebote und Veranstaltungen etc. verbreiten wollen.

Jugendorganisationen, Vereine, Schulen, Institutionen können auch gern eines der großen Schaufenster zeitweise für sich nutzen, um Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Informieren, beraten und vermitteln sind die Absicht.

Das Kinder- und Jugendbüro bietet zusätzliche Möglichkeiten der Kommunikation und des Miteinanders aller.

Kinder- und Jugendbüro – der Name ist „Haus 25“ !.

Die offizielle Einweihung erfolgte am 12. September. Aber Ausstattung und Gestaltung sind noch nicht abgeschlossen.

Der Umzug sowie die erste Einrichtung und Gestaltung des Kinder und Jugendbüros erfolgte mit Unterstützung und unter Beteiligung der Klasse 9 der ehemaligen Heidkamp Realschule (jetzt Comenius-schule) im Juni 2012. Außerdem stand und steht die Einrichtung „Die Werkstatt“ jederzeit hilfreich zur Seite.

Schaffung von Krippenplätzen in Quickborn

Für die unter dreijährigen Kinder, deren Eltern nach dem Elterngeldbezug ein Betreuungsangebot suchen, sind bis 01.08.2013 ausreichend Plätze in Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege vorzuhalten. Ausreichend ist das Angebot lt. Gesetz dann, wenn für 35 % aller Null- bis Dreijährigen bis 2013 ein Platz zur Verfügung steht.
In Quickborn wird sich gemäß einer durchgeführten Bevölkerungsprognose die Zahl der Null- bis Dreijährigen vom Jahre 2007 von 470 Kindern auf 410 Kinder bis zum Jahre 2013 reduzieren. Die tatsächliche Entwicklung der Geburtenzahlen ergibt sich aus der nachfolgenden Übersicht:

Geburtszeitraum	Anzahl der Kinder
01.08.2007 - 31.07.2010	481
01.08.2008 - 31.07.2011	471
01.08.2009 - 31.07.2012	465

In dem Zeitraum vom 01.08.2009 bis 31.07.2012 gibt es 465 Kinder unter drei Jahren. Ein Anteil von 35 % entspricht 163 Kindern. Das bedeutet, dass bis zum Jahre 2013 mindestens 163 Plätze für unter Dreijährige in Quickborn in Kindertageseinrichtungen oder im Rahmen der Tagespflege bereitgestellt werden müssen.

Übersicht über die Entwicklung der Krippenplätze in Quickborn von 2006 bis 2013

Einrichtung	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
AWO-Kita	5	5	10	10	10	10	10	10
DRK-Kita	0	0	0	20	20	20	20	20
Ev. Kita	0	0	0	10	10	10	10	10

Kath. Kiga	0	0	0	0	0	0	10	10
JUH Quickelbü	5	10	10	15	15	15	15	15
JUH Wilde 13	5	5	5	10	10	10	10	10
Kita „Zauberbaum“	5	10	10	10	10	10	10	10
JUH „Kleine Wilde“	0	0	0	0	0	0	0	25
Zwischensumme	**20**	**30**	**35**	**75**	**75**	**75**	**85**	**110**
Tagespflegeplätze	30	28	38	36	36	51	60	60
Gesamtzahl	**55**	**58**	**73**	**111**	**11**	**121**	**145**	**170**

Zum 01.01.2012 ist gemäß Beschluss des Ausschusses für Kinder, Jugend und Soziales (AKJS) vom 08.06.2010 im Kath. Kindergarten eine Krippengruppe mit 10 Plätzen in Betrieb gegangen, so dass sich die Zahl der Krippenplätze in den Kitas auf insgesamt 85 Plätze erhöht hat.

Ferner werden in 2012 die Voraussetzungen zur Schaffung von weiteren Krippenplätzen im Rahmen der Tagespflege umgesetzt, sodass bis Ende des Jahres 2012 in diesem Betreuungsbereich insgesamt 60 Plätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stehen könnten.

In Quickborn werden somit in 2012 insgesamt aktuell 145 (der 163 geforderten) Plätze für unter dreijährige Kinder vorgehalten (aktuelle Betreuungsquote von 31,2 %).

Durch die Ausweisung weiterer Baugebiete (Bebauungspläne 94 und 104) wird sich der Bedarf zur Schaffung weiterer Krippenplätze erhöhen. Der AKJS hat daher am 08.11.2011 beschlossen, zum 01.08.2013 auf dem Grundstück der Johanniter-Kindertagesstätte Wilde 13 in der Ricarda-Huch-Straße 25 Krippen- und 30 Elementarplätze durch einen neuen Solitärbau zu schaffen. Die neue Kita wird „Kleine Wilde“ heißen. Dann stehen in Quickborn 170 Krippenplätze zur Verfügung und es ergebe sich aktuell eine Betreuungsquote von rd. 36,6 %.

Rückblick auf wichtige Veranstaltungen im Berichtszeitraum

Bürgerwochen vom 14. bis 29. April 2012
An den insgesamt 22 Veranstaltungen haben über 1.500 Bürgerinnen und Bürger teilgenommen.
Besonderer Dank gilt allen Vereinen, Verbänden und Institutionen, die sich an der Durchführung der Bürgerwochen beteiligt und damit auch zum Erfolg dieser Veranstaltung beigetragen haben.

Familientag am 03. Juni 2012
Auch der Familientag, der bereits zum 12. Mal durchgeführt wurde, war wieder ein voller Erfolg (ca. 2.500 Besucher). Auf dem Rathausplatz gab es wieder ein vielfältiges Programm für kleine und große Besucher. Das beliebte Bobby-Car-Rennen sowie Informations-, Verzehrstände und zahlreiche Aktivitäten für Kinder luden zum Verweilen ein.

Wichtige Angelegenheiten

20 Jahre Amt der Gleichstellungsbeauftragten in Quickborn

Am 1. April 2012 besteht das Amt der Gleichstellungsbeauftragten in Quickborn 20 Jahre. In Quickborn wurde 1992 zunächst Iris Freytag als erste Gleichstellungsbeauftragte berufen, danach Heide Pietsch und anschließend Gisela Glock-Pick.
Zum Anlass des 20igjährigen Amtsjubiläums luden Bürgermeister Thomas Köppl und die Gleichstellungsbeauftragte Gisela Glock-Pick am 8. März 2012 zu einem gemeinsamen Austausch mit Politikern und Politikerinnen sowie Akteuren aus dem sozialen Leben der Stadt ein. Motto des Abends: 20 Jahre Gleichstellungsarbeit in Quickborn! Brauchen wir noch Gleichstellungsarbeit in den kommenden 20 Jahren? Nach einer kurzen Zusammenfassung und Würdigung der bisherigen Arbeit wurde ein Blick auf die kommenden zwanzig Jahre Gleichstellungsarbeit geworfen und geschaut, auf welchen Gebieten diese Arbeit in Zukunft notwendig sein wird. Viele Anregungen dazu gab der erste Bundesgleichstellungsbericht, der im letzten Jahr der Bundesregierung vorgelegt wurde. Anke Cornelius-Heide von Frau & Beruf Meldorf stellte Schwerpunkte aus dem ersten Bundesgleichstellungsbericht „Neue Wege - Gleiche Chancen, Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf“ vor.

Vergabeverfahren

Der Schwerpunkt der Vergabeverfahren im ersten Halbjahr 2012 konzentrierte sich im Wesentlichen auf die Sanierung der Comenius-Schule, Haus 1. Darüber hinaus wurden die Landschaftsbauarbeiten – Hof C und D der Comenius-Schule sowie die Abbrucharbeiten für den Oberstufenturm und der Hausmeisterwohnung des Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasiums ausgeschrieben.
Es wurden von 108 Firmen die Ausschreibungsunterlagen abgefordert und von 46 Bietern ein Angebot zum jeweiligen Submissionstermin abgegeben. Insgesamt wurden 10 Vergabeverfahren abgeschlossen. Die Auftragssumme beträgt insgesamt 2.370.321,86 €.

Beitragsangelegenheiten

Ende des Jahres 2011 ist die Abnahme der Straßenausbaumaßnahme Bahnhofstraße erfolgt. Zurzeit wird hinsichtlich der Beitragsveranlagung die Endabrechnung vorgenommen. Ziel ist es, die Veranlagung bis zum Ende des Jahres abzuschließen.
Die Straßenausbaumaßnahmen „Theodor-Körner-Straße“ und „Hebbelstraße“ werden bis zum Ende des Jahres 2012 beendet sein. Die Beitragsveranlagung ist für die erste Jahreshälfte 2013 vorgesehen.

Durchführung der Landtagswahl

Die Landtagswahl wurde am 26.05.2012 ordnungsgemäß durchgeführt. Bei den zukünftigen Wahlen wird sich die Zahl der Wahlbezirke/Wahllokale reduzieren.

Wichtige Angelegenheiten

Asylbewerber – verstärkte Zuweisung

Die bereits seit 2011 bestehende Tendenz der verstärkten Zuweisung von Asylbewerbern hat sich auch in 2012 fortgesetzt. Insbesondere kamen die Asylbewerber aus Afghanistan, aber auch aus dem Iran und der Türkei. Wurden der Stadt Quickborn im Jahr 2011 3 Asylbewerber zugewiesen (Gesamtzahl zum 31.12.2011: 30 Personen), so sind es in 2012 bis heute bereits 9 weitere Personen (bis 30.06.2012: 7 Personen), so dass sich die Gesamtzahl auf 39 erhöht.

Öffentliche Sicherheit und Feuerwehr

Auf der Grundlage von **Hundehalteverboten** wurden im 1. Halbjahr 3 Hunde in Gewahrsam genommen. Außerdem wurden 3 Hunde zu gefährlichen Hunden aufgrund von Beißvorfällen erklärt.
Der Ausbau der **Feuerwache** ist soweit fortgeschritten, dass eine Einweihungsfeier im kleinen Kreis stattfinden konnte. Die Mängelbeseitigung ist noch nicht vollständig abgeschlossen.
Vermehrt wechseln die Betreiber der **Gaststätten** ihre Besitzer. So wurden im ersten Halbjahr bereits 5 Gaststättenkonzessionen neu vergeben. Auch nehmen die **Maklererlaubnisse** im Quickborner Stadtgebiet zu. Es wurden von Januar bis Ende Juni d.J. 6 neue Erlaubnisse ausgestellt. Insgesamt sind es jetzt 110 Makler, die in Quickborn ihren Betriebssitz haben.
Aus straßenverkehrsbehördlicher Sicht ist die **Verlegung der Lichtwellenleitungen** (LWL) die im gesamten Stadtgebiet für schnelle Datenübermittlung sorgt, hervorzuheben. Diese Arbeit macht Baustellenanordnungen in großem Umfang erforderlich.

EDV-Zweckverband Kommunit

Kommunit wurden inzwischen die Bereiche Telefonie, Druck und Kopie (tlw.) übertragen.
Zusätzlich betreut der Zweckverband

- die EDV-Arbeitsplätze des Hauses der Jugend und des Kinder- und Jugendtreffs
- die Anbindung des Gebäudes „Am Freibad 25“ (neue Räumlichkeiten des Fachbereiches Jugend)
- die Anbindung des Gebäudes „Am Freibad 27“ (Räumlichkeiten des neuen Fachbereiches Tiefbauten und Kommunalbetriebe)
- den gesamten IT-Bereich in Zusammenhang mit der Verwaltungsgemeinschaft mit den Gemeinden Bönningstedt und Hasloh.

Zum 01. März 2012 ist das Amt Rantzau dem Zweckverband beigetreten.

Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat am 22. März 2012 das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften verabschiedet. Dieses Gesetz beinhaltet auch Änderungen der für die Stadt Quickborn anzuwendenden Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein. Neuregelungen, auch solche, mit denen die Hauptsatzung der Stadt Quickborn nun nicht mehr im Einklang steht, sind am 13.04.2012 in Kraft getreten.

Eine Anpassungsphase gab es nicht. Da die örtliche Satzung dem höherrangigen Recht nachsteht, war die Stadt zur sofortigen Anwendung der Gesetzesänderung verpflichtet.
Von unmittelbarer besonderer Bedeutung war die Änderung im Bereich der Öffentlichkeit von Sitzungen. Zum einen gibt es nicht mehr die Möglichkeit, bestimmte Angelegenheiten durch die Hauptsatzung allgemein für nicht öffentlich zu erklären, zum anderen sind die Sitzungen der Ausschüsse grundsätzlich öffentlich, also auch die (zuvor grundsätzlich nicht öffentlichen) Sitzungen des Hauptausschusses der Stadt Quickborn. Ein Ausschluss der Öffentlichkeit muss zukünftig in jedem Einzelfall in der Sitzung beschlossen werden.

Der Hauptausschuss der Stadt Quickborn hat erstmals am 26.04.2012 in öffentlicher Sitzung getagt. Erforderliche Anpassungen (Zuschauerplätze, Namensschilder, ausliegende Informationsmaterialien, wie z.B. eine Einwohnerinformation zu jeder Sitzung) wurden vorgenommen.

Die in Folge der Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein notwendige Anpassung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung der Stadt Quickborn steht an. In diesem Zusammenhang sind auch Änderungen der Regelung für Bekanntmachungen nach Maßgabe neuer Rechtsprechung zu berücksichtigen.

Neugestaltung des Internetauftritts der Stadt Quickborn

Die Stadt Quickborn erarbeitet derzeit einen gänzlich neuen Internetauftritt. In diesem Zusammenhang werden alle Inhalte aktualisiert. Das neue Erscheinungsbild der Homepage soll klar strukturiert und übersichtlich sein.
Der neue Internetauftritt wird in Zusammenarbeit mit Kommunit erstellt und basiert künftig auf dem gleichen Content-Management-System, wie die Homepage des Kreises Pinneberg. Das Erscheinungsbild ist eigenständig, die Nutzung derselben Basis trägt aber zur Reduzierung von Kosten bei.

Die Freischaltung des neuen Internetauftritts ist zum 01.12.2012 geplant.

Stadt Quickborn

Ausführung von Beschlüssen

(Haus 25)

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
1.	ABKF	09.06.2011 10.05.2012	**Beschluss:** Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit bittet die Verwaltung, die **Realisierung einer Sportfläche**, ähnlich der Ausstattung des 1. Bauabschnittes der Außensportanlage Heidkamp, **auf dem erweiterten Gelände um den Mühlenberg** zu prüfen. In die Ideenfindung sollen neben den Fraktionen die Stadtjugendpflege, Vereine und Schulen einbezogen werden. Die Ergebnisse sollen innerhalb eines Jahres im Ausschuss beraten werden. Ggf. ist ein Zwischenbericht im 1. Quartal 2012 im Ausschuss vorzulegen.	(Ende 2011) Die Beratung erfolgt in 2012. (Mitte 2012) Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Freizeit hat am 10.05.2012 wie folgt beschlossen: Im Rahmen der Vorbereitungen zur Beratung des B-Plans 54 soll zum gegebenen Zeitpunkt eine Ermittlung der Höhe der Planungskosten im B-Planverfahren und der Kosten für das erforderliche Lärmschutzgutachten, die für die Berücksichtigung einer Sport- und Freizeiteinrichtung gem. DS-Nr. IX/421 sowie der „Umwidmung“ der Sport- und Begegnungsstätte für eine private oder gewerbliche Nutzung entstehen würden, erfolgen. Die ermittelten Kosten sollen dann dem Ausschuss zur Entscheidung über das weitere Vorgehen vorgelegt werden.
2.	AKD	04.10.2011	**Beschluss:** Der Ausschuss für kommunale Dienstleistungen beantragt, die Haushaltsmittel für Hebbelstraße und Hölderlinstraße in den Haushalt 2012 einzustellen. Die Liliencronstraße und Lenaustraße sind mit einem Sperrvermerk zu versehen, um in einer der nächsten Sitzungen grundsätzlich über die Fortführung der Sanierung unter den Gesichtspunkten des Haushaltes zu beraten.	(Mitte 2012) Der AKD hat am 21.08.2012 die Fortführung des Sanierungsprogramms „Dichterviertel“ entsprechend dem Zeitplan empfohlen.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
3.	AKD	14.02.2012	**Beschluss:** Die bei den Kommunalbetrieben verbleibende **Sparte Telekommunikation** ist nach Abschluss der wesentlichen Investitionstätigkeiten in den Haushalt der Stadt zu übernehmen, dann soll der Eigenbetrieb aufgelöst werden. Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit darüber eine erneute Beschlussfassung herbeizuführen.	(Mitte 2012) Zum jetzigen Zeitpunkt sollen die Erschließungen im Jahr 2015 abgeschlossen werden. Eine erneute Beschlussfassung über die Zukunft der Sparte Telekommunikation und der verbundenen Auflösung des Eigenbetriebes wird voraussichtlich in 2015 erfolgen.
4.	AKJS	07.06.2011	**Anfrage:** Herr Kruse bittet um Prüfung, ob in der **Stadtbücherei ein W-LAN-Zugang** installiert werden könnte.	(Mitte 2011) Über das Ergebnis der Prüfung wird der Ausschuss in der nächsten Sitzung unterrichtet. (Ende 2011) Mit dem Zweckverband „Kommunit“, der die Stadtbücherei betreut und auf dessen Servern der Zugang installiert werden muss, wird gemeinsam derzeit ein „Pflichten- und Lastenheft“ erstellt. Dabei muss auch die Sicherheit des Internetzuganges in Bezug auf Kinder und Jugendliche bedacht werden. Mit einem Ergebnis in absehbarer Zeit ist jedoch zu rechnen. (Mitte 2012) Während ein leitungsgebundener Internetzugang mit Jugendfilter zwischenzeitlich eingerichtet wurde, konnte Kommunit aus Kapazitätsgründen die W-LAN-verbindung noch nicht abschließend herstellen.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
5.	AKJS	06.03.2012	**Beschluss:** Die Verwaltung wird gebeten, nochmals zu prüfen, ob es in dem Gebiet Grandweg/Adlerstraße/Lerchenweg/Fasanenenweg eine Möglichkeit zur Ausweisung für eine nicht asphaltierte Freifläche gibt.	(Mitte 2012) Der Ausschuss wurde zwischenzeitlich unterrichtet, dass Flächen geprüft wurden, aber keine eigenen Grundstücke verfügbar sind, die dafür in Frage kommen. Möglicherweise können Verhandlungen mit Privatpersonen aufgenommen werden. Die Stadtjugendpflege wird sich nach den Sommerferien erneut um einen Kontakt bemühen.
6.	AKJS	06.03.2012	**Anregung:** AKTION SCHUTZ FÜR KINDER Ratsfrau Hecht verweist auf ihre Initiative aus dem Jahre 2007. Zum Schutz für Kinder vor sog. „Mitschnackern“ wurden in den Geschäften in Quickborn Schilder bzw. Plakate aufgehängt mit dem Hinweis, dass Kinder in den Geschäften Schutz finden können. Da es in der Bahnhofstraße eine Vielzahl neuer Geschäfte gibt, regt Ratsfrau Hecht an, dass der Fachbereich Jugend auf die neuen Geschäfte zugeht, mit dem Ziel, dass auch dort Hinweisschilder angebracht werden.	(Mitte 2012) Die Aktion nimmt die Stadtjugendpflege gern nochmals auf bzw. aktualisiert sie im Laufe des Herbst 2012.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
7.	ASU	03.12.2008	**Beschluss:** Der Bürgermeister wird gebeten den Ministerpräsidenten zur Nennung eines konkreten Gesprächstermins zum **Forderungskatalog Fluglärm** der Ratsversammlung Quickborn aufzufordern.	Auf die vorangegangene Berichterstattung zu diesem Thema wird verwiesen. (Ende 2011) Hinsichtlich der Gespräche über den 9-Punkte-Forderungskatalog hat sich während der 2. Jahreshälfte kein neuer Sachstand ergeben. Am 06.10.2011 hat der ASU beschlossen, eine evtl. Klage der IG Flugschneise Nord gegen die Bahnbenutzungsregelung nicht zu unterstützen, weil mit nachteiligen Folgen für die Stadt gerechnet werden müsste. (Mitte 2012) Hinsichtlich der Gespräche über den 9-Punkte-Forderungskatalog hat sich bisher kein neuer Sachstand ergeben. Ob dies noch Sinn macht, ist auch fraglich; zwischenzeitlich hat die IG-Flugschneise-Nord Klage erhoben.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
8.	ASU	20.05.2010	**<u>Anregung:</u>** Im Rahmen der Beschlussfassung zum Wohnungsmarktkonzept: Die Initiierung und Einrichtung einer umfassenden **Anlaufstelle** für alle Aspekte der **Wohnberatung** soll weiter verfolgt und konkretisiert werden.	(Ende 2010): Da vorrangig das Integrierte Stadtentwicklungskonzept und andere Planungen zu bearbeiten waren, konnte dieses Thema bislang nicht aufgegriffen werden. Die Verwaltung wird weitere Überlegungen zur sinnvollen Organisation einer Wohnberatung anstellen und sie dem ASU sodann vorstellen. (Mitte 2011) Die Angelegenheit ist weiterhin nicht beratungsreif, wird jedoch auch im Zusammenhang mit dem nunmehr bearbeiteten Thema „soziale Wohnraumförderung“ (Bebauungsplan Nr. 102) betrachtet. (Ende 2011) Sachstand wie zuvor (Mitte 2012) Die Entwicklung einer Konzeption für eine Anlaufstelle konnte wegen vordringlich zu bearbeitender Angelegenheiten noch nicht begonnen werden. Im Hinblick auf die Haushaltssituation ist im übrigen zu überdenken, die Angelegenheit vorerst nicht weiter zu verfolgen.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
9.	ASU	07.10.2010	**Beschluss:** Die Darstellung und Zielsetzungen der jeweiligen Handlungsfelder werden zustimmend zur Kenntnis genommen und dienen als Bestandteil des Endberichtes zum **integrierten Stadtentwicklungskonzept**. Die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen sollen – vorbehaltlich einer möglicherweise notwendigen zeitlichen und finanziellen Prioritätensetzung des jeweils zuständigen Fachausschusses – möglichst zügig umgesetzt werden.	(Ende 2011) Die Klärung von Prioritäten und Umsetzung der Handlungsempfehlungen steht noch aus. (Mitte 2012) Die Klärung von Prioritäten und Umsetzung der Handlungsempfehlungen ist mittlerweile in die Prioritäten der Stadtentwicklung integriert.
10.	ASU	20.01.2011	**Prüfung:** Zum Thema: **B-Plan 56** / **Gebiet der ehemaligen Munitionsfabrik an der Theodor-Storm-Straße**: Die Verwaltung wird sich wegen der Frage der künftigen Nutzung der Fläche mit dem Eigentümer in Verbindung setzen und über das Ergebnis berichten.	(Mitte 2011) Der Kontakt mit dem Grundstückseigentümer ist erst kürzlich zustande gekommen. Behandelt wurde zunächst der Untersuchungsbedarf zur Abklärung einer etwaigen Boden- und Grundwasserbelastung. Ergebnisse stehen noch aus. (Ende 2011) Die Überplanung hat für die Stadt Quickborn zur Zeit keine hohe Priorität (ASU-Beschluss vom 19.01.2012: Priorität 3, d.h. Beginn des Planverfahrens ist aktuell nicht absehbar). Der Grundstückseigentümer ist gefordert mitzuteilen, was er mit dem Grundstück zu tun beabsichtigt. (Mitte 2012) Die Angelegenheit ist in die Prioritäten der Stadtentwicklung integriert.

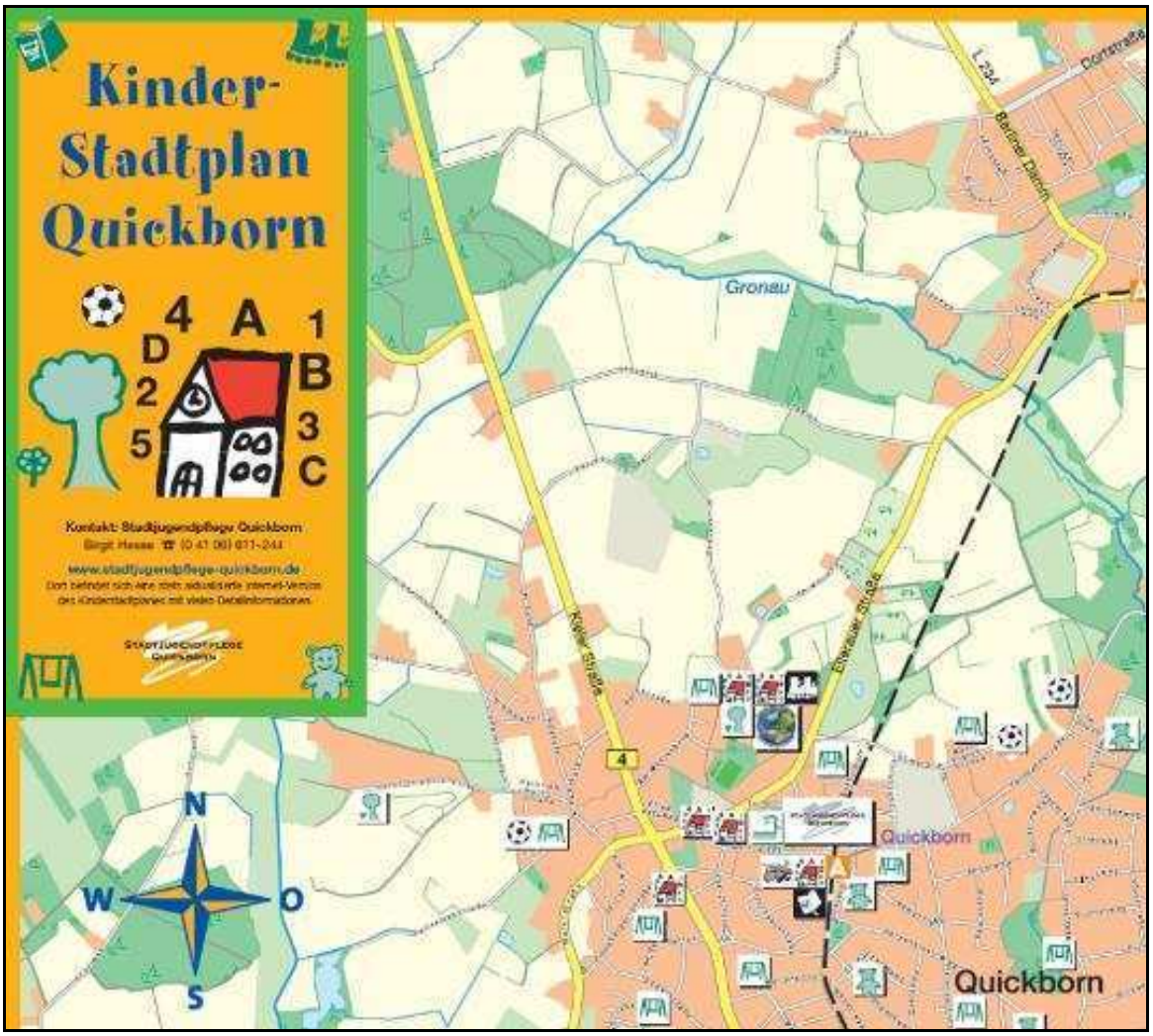
Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
11.	ASU	17.11.2011	**<u>Beschluss:</u>** Zur Verdeutlichung der Auswirkungen der möglichen Ausbauvarianten auf die Bestandsbebauung auf dem Quickborner Stadtgebiet wird die Verwaltung gebeten, graphische Darstellungen der möglichen Ausbaualternativen bei der Vorhabenträgerin anzufordern. Aus den Grafiken muss der Abstand in Meter und die Strahlungsbelastung in microTesla der Hochspannungsleitung zu der jeweiligen Bebauung im Einzugsbereich der Stromtrasse ersichtlich sein. Auch die Höhe der Wintrack-Masten und die Breite der Wintrack-Stromtrasse sollten angegeben sein.	(Mitte 2012) Die Netzbetreiberin hat die erbetenen Darstellungen nicht zur Verfügung gestellt. Den Ausschussmitgliedern wurden im Rahmen der Sitzungen des *Runden Tisches* die jeweiligen Kenntnisstände der Verwaltung vermittelt.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
12.	ASU + HA	28.10.2010	**Beschluss:** Der ASU / HA bittet den Bürgermeister, zu einer öffentlichen Bürgerveranstaltung einzuladen, in der die Marketingkonzeption für das **Stadtmarketing** vorgestellt wird. Ziel der Veranstaltung ist die Einrichtung eines Arbeitskreises mit Vertretern aus unterschiedlich interessierten Bereichen, der die weiteren Schritte für die Ausgestaltung eines Medien- und Vermarktungskonzeptes erarbeitet.	(Ende 2011) Inzwischen hat der Hauptausschuss erste Beratungen geführt und wird diese im April 2012 fortsetzen.
	HA	24.05.2012	**Beschluss:** Der Hauptausschuss beschließt, dass eine öffentliche Bürgerveranstaltung zum Stadtmarketing gem. Beschlussfassung vom 28.10.2010 vorzubereiten und durchzuführen ist. Hierzu soll sich die Verwaltung ggf. einer externen Firma bedienen. Für die kommenden Haushaltsjahre ist ein Betrag von jeweils 50.000 € vorzusehen.	(Mitte 2012) Der Hauptausschuss hat im Mai 2012 beschlossen, dass eine öffentliche Veranstaltung zum Stadtmarketing erfolgen soll und damit nachdrücklich an die Beschlussfassung vom Okt. 2010 angeknüpft. Die ggf. notwendige Unterstützung durch Dritte unter Inanspruchnahme der vorhandenen Geldmittel wurde angeregt. Die Verwaltung hat inzwischen den bisherigen Beratungsverlauf aufgearbeitet, die wichtigsten Intensionen der Politik zusammengefaßt und einen Vorschlag skizziert, wie eine öffentliche Auftaktveranstaltung gestaltet werden könnte. Die Verwaltung bindet das Büro Junker und Kruse, das auch bei der Erstellung des Einzelhandelsgutachtens mitgewirkt hat, in die Vorbereitung der Veranstaltung mit ein. Ein Besprechungstermin ist bereits für den 2.Oktober vorgesehen. Nach jetziger Planung wird davon ausgegangen, dass die Veranstaltung im November erfolgen kann. Der Hauptausschuss wurde in seiner Sitzung am 20.09.2012 entsprechend unterrichtet.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
13.	FA	22.08.06	**<u>Anregung:</u>** Wenn die Übernahme der **„Unteren Bauaufsicht“** von Seiten des Landes abschließend geklärt ist, ist die Angelegenheit noch einmal im Hauptausschuss zu beraten.	Auf die vorangegangenen Berichte wird verwiesen. (Ende 2011) Der Kooperationsbeirat hat Ende August empfohlen zu prüfen, die Bauaufsicht des Kreises auf 5 Standorte mit Gebietszuständigkeiten, die den Grenzen der derzeitigen Leistungszentren der ARGE im Kreis Pinneberg entsprechen, zu verlagern. Es wird eine Projektgruppe gegründet, die die Kostenersparnis prüfen sowie Standards und Umsetzungsschritte ausarbeiten soll. Im 2. Quartal 2012 soll das weitere Vorgehen in der Projektgruppe konkretisiert werden. Die Gremien der Stadt Quickborn werden dann entsprechend unterrichtet. (Mitte 2012) Unter Berücksichtigung der aktuellen Rückmeldungen der Städte, die eine eigene Bauaufsicht haben und der Ämter ist zurzeit eine kreisweite Regelung nicht zu erwarten. Die Haltung des Kreises Pinneberg ist aktuell sehr zurückhaltend. Lediglich die Städte Tornesch und Quickborn haben ein verstärktes Interesse zur Übernahme der Bauaufsicht. Es wird nunmehr ab 2013 ein Pilotprojekt für die Stadt Quickborn mit den Gemeinden Hasloh und Bönningstedt angestrebt.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
14.	FA	20.09.2011	**Anregung:** Die Verwaltung wird gebeten, zu gegebener Zeit Informationen zum Verfahren **„Kartell der Feuerwehrfahrzeughersteller“** zu geben**.**	(Ende 2011) Im November 2011 wurde die KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH beauftragt, die Stadt Quickborn im Insolvenzverfahren gegen einen Feuerwehrfahrzeughersteller zu vertreten. Insgesamt handelt es sich um 3 Fahrzeuge, bei denen voraussichtlich unzulässige Kartellabsprachen erfolgt sind. Für diese wurden Schadenersatzansprüche geltend gemacht. Am 16.01.2012 fand eine erste Gläubigerversammlung statt, bei der die Stadt von einem von KUBUS beauftragten Fachanwalt vertreten worden ist. (Mitte 2012) Der Insolvenzverwalter hat zwischenzeitlich die Forderungen pauschal bestritten. Dies hat zur Folge, dass die betroffenen Kommunen ihre Schadenersatzansprüche gerichtlich geltend machen müssen. Der Städteverband hat empfohlen, dass sich klagewillige Kommunen auf einen gemeinsamen Anwalt verständigen (vor dem Landgericht besteht Anwaltszwang). Die Stadt Quickborn hat ihr Interesse an einem derartigen Musterverfahren erklärt.

Nr.	Gremium	Datum	Beschluss, Anfrage	Stellungnahme
15.	RV	28.06.2010	**Maßgabe:** Eine generelle **Überarbeitung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung** sind weiterhin beabsichtigt.	(Mitte 2011) Inzwischen hat die Verwaltung Vorarbeiten für die verwaltungsinterne Entwurfsbearbeitung vorgenommen. Nach Abstimmung mit den Fachbereichen wird eine erste Beratungsvorlage erstellt. (Mitte 2012) Die kürzlich vorgenommenen Änderungen an der Gemeindeordnung erfordern nun ihrerseits Überarbeitungen an Hauptsatzung und Geschäftsordnung. Allerdings hat die Landesregierung bereits angekündigt, erneut Änderungen an der Gemeindeordnung vorzunehmen und tlw. auch erst kürzlich erlassene Regelungen ggf. rückgängig zu machen. Auf der Bürgermeisterkonferenz beim Innenminister im September wurde dies erneut bestätigt. Im Hauptausschuss am 13.06. wurde vorgeschlagen, dass zunächst eine Übersicht der derzeit ungültigen Regelungen in Hauptsatzung und Geschäftsordnung vorgelegt wird. Diese Arbeit konnte aufgrund anderer Arbeitsvorgänge noch nicht geleistet werden.



Zusammengestellt vom
Fachbereich Finanzen
und
Büro des Bürgermeisters

- 0.01 - Lattmann

24.09.2012